

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

158. Sitzung

Berlin, Freitag, den 15. März 2024

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 22:

Vereinbarte Debatte: Zum Internationalen Frauentag	20259 A
Ekin Deligöz, Parl. Staatssekretärin BMFSFJ .	20259 B
Dorothee Bär (CDU/CSU)	20260 B
Josephine Ortleb (SPD)	20261 C
Mariana Iris Harder-Kühnel (AfD)	20262 C
Nicole Bauer (FDP)	20263 B
Ricarda Lang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20264 A
Silvia Breher (CDU/CSU)	20265 A
Ariane Fäscher (SPD)	20266 A
Nicole Höchst (AfD)	20267 A
Bijan Djir-Sarai (FDP)	20267 D
Dr. Gesine Löttsch (Die Linke)	20268 B
Denise Loop (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	20269 B
Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU)	20270 A
Max Lucks (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	20271 A
Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU)	20271 D
Derya Türk-Nachbaur (SPD)	20272 C
Gyde Jensen (FDP)	20273 C
Heidi Reichinnek (Die Linke)	20274 B
Awet Tesfaiesus (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	20274 D
Susanne Mittag (SPD)	20275 B
Anne Janssen (CDU/CSU)	20276 A
Carmen Wegge (SPD)	20276 D
Dorothee Bär (CDU/CSU)	20277 B

Tagesordnungspunkt 23:

Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Länder und Kommunen in der Migrationskrise nicht im Stich lassen – Bund muss Vereinbarungen mit den Ländern umsetzen	20277 D
Drucksache 20/10611	
Alexander Throm (CDU/CSU)	20277 D
Helge Lindh (SPD)	20279 A
Dr. Christian Wirth (AfD)	20280 D
Marcel Emmerich (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	20281 C
Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP)	20283 A
Alexander Hoffmann (CDU/CSU)	20284 D
Dr. Lars Castellucci (SPD)	20286 A
Marcus Bühl (AfD)	20287 C
Karoline Otte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20288 B
Friedhelm Boginski (FDP)	20289 A
Petra Nicolaisen (CDU/CSU)	20289 D
Luiza Licina-Bode (SPD)	20290 C
Clara Bünger (Die Linke)	20292 A
Matthias Helferich (fraktionslos)	20293 A
Leon Eckert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	20293 C
Joana Cotar (fraktionslos)	20294 A
Detlef Seif (CDU/CSU)	20294 C
Zusatzpunkt 5:	
Antrag der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: Linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen – Unterwanderungen von Organi-	

**sationen verhindern und mehr Transparenz
bei Gefährdungslagen sicherstellen** 20295 D

Drucksache 20/10612

Martin Hess (AfD) 20296 A

Daniel Baldy (SPD) 20297 C

Michael Breilmann (CDU/CSU) 20298 D

Lamya Kaddor (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 20299 D

Philipp Hartewig (FDP) 20301 B

Alexander Hoffmann (CDU/CSU) 20302 B

Dorothee Martin (SPD) 20303 B

Moritz Oppelt (CDU/CSU) 20304 C

Tagesordnungspunkt 24:

Beratung der Antwort der Bundesregierung
auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/
CSU: **Projektförderung des Bundes im Be-
reich der Grundlagenforschung zu Long
COVID, ME/CFS und dem Post-Vac-Syn-
drom** 20305 C

Drucksachen 20/8846, 20/10544

Stephan Albani (CDU/CSU) 20305 C

Ruppert Stüwe (SPD) 20306 C

Martin Sichert (AfD) 20307 C

Laura Kraft (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .. 20308 B

Dr. Stephan Seiter (FDP) 20309 A

Erich Irlstorfer (CDU/CSU) 20309 D

Dr. Carolin Wagner (SPD) 20310 C

Dr. Michael Kaufmann (AfD) 20311 C

Maria Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 20312 A

Maximilian Funke-Kaiser (FDP) 20312 D

Kathrin Vogler (Die Linke) 20313 B

Dr. Holger Becker (SPD) 20313 D

Andrej Hunko (BSW) 20314 C

Thomas Jarzombek (CDU/CSU) 20315 A

Nächste Sitzung 20315 D

Anlage 1

Entschuldigte Abgeordnete 20317 A

Anlage 2

Amtliche Mitteilungen 20318 A

(A)

(C)

158. Sitzung

Berlin, Freitag, den 15. März 2024

Beginn: 9.00 Uhr

Präsidentin Bärbel Bas:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen einen wunderschönen guten Morgen. Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 22:

Vereinbarte Debatte:

Zum Internationalen Frauentag

Für die Aussprache wurde eine Dauer von 68 Minuten vereinbart.

(B) Ich eröffne die Aussprache, und zuerst hat das Wort für die Bundesregierung die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ekin Deligöz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ekin Deligöz, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Guten Morgen, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland braucht starke Frauen, und starke Frauen brauchen ein verlässliches staatliches System, das gleiche Chancen im Alltag und in der Arbeitswelt ermöglicht. Genau dafür setzt sich meine Ministerin Lisa Paus derzeit in New York bei der 68. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission ein. Ich weiß, dass einige Abgeordnete gerade frisch aus New York zurückgekommen sind, und ich weiß, dass NGOs aus Deutschland noch vor Ort sind, um sich genau dafür einzusetzen. Ihnen gebührt Dank für ihr Engagement und für ihren Einsatz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dieser Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Anlass zur Freude, weil bereits unsere Mütter, unsere Großmütter, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages schon einiges für Frauen erreicht haben. Dieser Tag ist aber auch ein Appell. Der 8. März ist ein Appell

an uns alle in der Politik, in der Gesellschaft; denn unser Weg liegt noch vor uns, und wir haben noch einiges zu verändern.

Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen. Laut Lagebild des Bundeskriminalamtes wurden 2022 mehr als 150 000 Menschen Opfer von Partnerschaftsgewalt – ein neuer, alarmierender Höchststand. Damit dürfen wir uns auf keinen Fall abfinden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der Bund hilft den Ländern und hat durch die investive Förderung von Frauenhäusern in den letzten Jahren bereits 349 neue Frauenhausplätze geschaffen und 418 bestehende Plätze im Zugang oder in der Ausstattung verbessert. Wir setzen diese Arbeit auch weiterhin fort.

Aber das reicht nicht. Wir wollen noch mehr. Wir wollen Ihnen ein Bundesgesetz vorlegen, um Frauenhäuser und Beratungsstellen besser abzusichern. Es ist gut, dass die EU-Mitgliedstaaten erstmals Mindeststandards beschlossen haben, die wir auch hier in Deutschland umsetzen möchten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das Kabinett hat erst vor Kurzem ein Gesetz zur Gestigbelastung beschlossen, damit Frauen, die vor einer sehr schwierigen Lebensfrage stehen, nämlich dem Schwangerschaftsabbruch, Zugang zu Beratungsstellen haben, Zugang zu Unterstützung, zu Hilfe, zu Menschen, die an ihrer Seite stehen. Dabei dürfen sie weder belästigt noch bedroht werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Fast zeitgleich mit dem Frauentag begehen wir den Equal Pay Day. Was heißt das? Frauen in Deutschland verdienen im Durchschnitt immer noch 18 Prozent weniger als Männer. Damit sind wir leider Schlusslicht in Europa. Das müssen wir ernst nehmen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Zu diesen Maßnahmen gehört un-

(D)

Parl. Staatssekretärin Ekin Deligöz

- (A) ter anderem, dass wir eine Reform der Steuerklassen angehen; denn dann haben Frauen mehr Netto vom Brutto, und Arbeiten lohnt sich für sie. Das müssen wir unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wir haben aber noch andere Hausaufgaben. Die Richtlinie zur Entgelttransparenz kommt nicht nur aus der EU. Es sollte vielmehr unser Anspruch sein, dass Frauen besser verhandeln und höhere Löhne und Gehälter erzielen können. Dazu gehört, dass sie wissen, was die anderen verdienen, damit sie eine Verhandlungsgrundlage haben. Auch das wollen wir in Deutschland umsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam kämpfen! Lassen Sie uns gemeinsam für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebenslagen, in allen Situationen eintreten und geschlechtsspezifischer Gewalt ein Ende setzen. Das sollte ein Mindestanspruch sein. Deutschland braucht starke Frauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion Dorothee Bär.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Dorothee Bär (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Staatssekretärin! Eigentlich hätten wir diese Debatte zum Weltfrauentag schon vor drei Wochen führen sollen. Vor drei Wochen wäre auch der richtige Zeitpunkt gewesen. Die Debatte war angesetzt, und dann wurde sie verschoben, weil es für diese Bundesregierung natürlich so viel Wichtigeres gab: Statt sich für Frauenrechte einzusetzen, mussten wir ja Cannabis legalisieren.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oah! – Anke Hennig [SPD]: Frau Bär, also ehrlich!)

Ich finde, das zeigt ganz deutlich, welche Prioritäten diese Bundesregierung setzt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Anke Hennig [SPD]: Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! – Zuruf der Abg. Gyde Jensen [FDP])

Was sagt uns das? Man kann sich hierhinstellen und sagen: Wir brauchen starke Frauen. – Frau Deligöz, eigentlich sind wir da schon ein Stück weiter. Keiner sagt: Wir brauchen starke Männer. Das ist eigentlich so 80er-Jahre-Wording, was Sie hier gebracht haben.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Anke Hennig [SPD]: Eine Frechheit!)

Also, was sagt uns das? Frauenrechte, Frauengesundheit, Frauenarmut, das sind die ganz drängenden Themen, die dringend angegangen werden müssen. Sie legalisieren eine Droge – übrigens auch ein Schlag ins Gesicht von vielen Frauen, vor allem von Müttern, die Angst um ihre Kinder haben –,

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das ist Ihre Prioritätensetzung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Also reine, eiskalte Klientelpolitik.

Wir priorisieren einfach anders. Uns geht es um den Schutz von Frauen vor Gewalt, um die Gleichstellung von Männern und Frauen, um die Sorgen von Müttern, um das Thema Chancengleichheit, darum, dass wir es endlich schaffen, die Lohnlücke zu schließen. Deswegen werden wir heute als Politikerinnen und Politiker der Union da wesentlich deutlicher als Sie.

Und da Sie jetzt sagen, die Ministerin sei in New York – angeblich ist sie schon weiter auf dem Weg nach Washington –: Sie wussten das doch. Warum verschieben Sie die Debatte, wenn Sie wissen, dass die Ministerin überhaupt nicht da ist? Das passt doch alles überhaupt nicht zusammen. Von daher: Sehr spannend.

(Beifall bei der CDU/CSU – Anke Hennig [SPD]: Reden Sie doch mal zum Thema! – Leni Breymaier [SPD]: Das macht doch das Parlament, nicht die Regierung!)

(D)

Was erleben wir momentan? Wir erleben, dass der Kampf gegen die weibliche Genitalverstümmelung nicht vorankommt. Wir haben nach Schätzungen des UN-Kinderhilfswerks mehr als 230 Millionen Mädchen und Frauen weltweit, die diese brutale Prozedur durchlaufen müssen – leider auch in Deutschland –, Tendenz steigend.

(Gyde Jensen [FDP]: Diese Bundesregierung fordert den Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung! Das haben Sie nicht getan!)

Viele erleben das vor dem fünften Geburtstag. Fakt ist, dass sexualisierte Gewalt in Konflikten massiv zugenommen hat. Zur Stunde üben rund 50 Staaten und nicht-staatliche Akteure geschlechtsspezifische Gewalt aus. Auch Monate nach dem Massaker der Hamas in Israel erfahren wir immer neue Berichte über verstörende sexuelle Gewalttaten gegen Frauen und Männer. Ich würde mir wirklich wünschen – ich habe das hier schon öfter gesagt, und ich meine das auch ganz ernst –, dass diese feministische Außenpolitik mehr mit Leben gefüllt wird.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, so wie vorher!)

Der Blick auf die Welt hat sich ja jetzt verschoben. Ich finde es schade, dass inzwischen nur noch so wenig über den Iran gesprochen wird. Wenn wir es damals auch vonseiten der Bundesregierung besser hinbekommen hätten, „Frau, Leben, Freiheit“ stärker als Momentum zu nutzen, wenn wir da wesentlich stärker vorangegangen wären, wenn wir die Revolutionsgarden viel härter angegangen wären, wäre es so vielleicht gar nicht zum 7. Oktober

Dorothee Bär

- (A) gekommen. Das sind keine rechtlichen Entscheidungen, sondern politische, und die sind an der Stelle einfach falsch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und es geht nicht nur um die Frauen auf der ganzen Welt. Es geht natürlich ganz besonders um die Frauen im eigenen Land. Es geht um die Frauen, die mitten unter uns – in unserer Gesellschaft, im familiären Raum, im öffentlichen Raum – Gewalt erfahren. Die Frauenhäuser sind hoffnungslos überfüllt. 6 800 Frauenhausplätze haben wir, 14 000 fehlen. 400 Frauenhäuser haben wir, doppelt so viele bräuchten wir. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben eine Kleine Anfrage gestartet, und was war die Antwort von Staatssekretär Lehmann? Mit sage und schreibe 90 Millionen Euro hat er in den letzten drei Jahren 349 Plätze neu schaffen können – von 21 000, die wir bräuchten. Auch das sind keine Zahlen, die Sie zufriedenstellen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das kann doch nicht das Niveau sein, das Sie erreichen wollen. Das kann mir doch niemand erzählen.

Wir hören von Ihnen immer: Ja, wir laden doch zu Runden ein. Wir arbeiten an einer Strategie. – Das sagen Sie immer, zum Beispiel bezüglich einer Strategie gegen Menschenhandel, von der bis heute noch nie jemand was gehört hat. Sie sprechen immer von einer Vielzahl an Maßnahmen, aber das Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ lassen Sie zum 31. Dezember 2024 auslaufen – aus, Ende. Ihre ganze Politik passt einfach nicht zusammen.

(B)

Zum geplanten nebulösen Gewalthilfegesetz streuen Sie selektiv ein paar Eckpunkte, so nach dem Motto: Ein paar Brotkrumen für die Opposition, da wird schon keiner genau nachfragen. – Das ist doch keine stringente Frauenpolitik. Das prangern wir wirklich an.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Bund muss sich beim Ausbau der Hilfesysteme auch an den Kosten beteiligen. Machen Sie es nicht, wie Sie es immer machen, dass Sie es wieder den Ländern hinkippen und sagen: Die müssen alles machen. Ziehen Sie sich nicht mit Tricks aus der Verantwortung. Handeln Sie endlich mal.

Ich würde mich freuen – ich hätte es Frau Paus heute gerne selber gesagt, wenn sie denn da gewesen wäre –, wenn wenigstens ein einziges Mal zu spüren wäre, dass sie bei einem einzigen Projekt, bei einem Thema wirklich dahintersteht. Das geht nicht nur uns so; das geht auch Bürgerinnen und Bürgern so. Jedes Mal heißt es: Diese Bundesfamilienministerin kennen wir überhaupt nicht. – Das ist schade.

(Martin Reichardt [AfD]: Das ist vielleicht ganz gut so, dass die keiner kennt!)

Das geht Journalisten so. Das geht Kolleginnen und Kollegen so.

Ich würde mich freuen, einmal hier stehen und sagen zu können: Da haben Sie mal was gut gemacht. – Ich ärgere mich auch, dass ich dauernd schimpfen muss. Machen Sie einmal ein Projekt richtig.

(Zurufe von der SPD)

(C)

Dann würden wir Sie auch mal loben, dass was vorangeht. So klappt es nicht mit den Frauen.

Deswegen sage ich Ihnen – das ist auch an Sie gerichtet, Frau Staatssekretärin –: Wir brauchen nicht nur starke Frauen, wie Sie meinen, sondern wir brauchen Frauen, die auch mal was in die Umsetzung bekommen.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die SPD-Fraktion Josephine Ortleb.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Josephine Ortleb (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie in jedem Jahr im März stehen wir auch heute hier, um klarzumachen: Frauenrecht sind Menschenrechte. Das ist besonders wichtig in einer Zeit, in der von Rechtsextremen in Deutschland vorgeschlagen wird, junge Frauen könnten zur Abgabe von Eizellen verpflichtet werden, um die Demokratie zu stabilisieren,

(Martin Reichardt [AfD]: www.ichglaubejedenscheiss.de/)

in einer Zeit, in der von der AfD hier im Deutschen Bundestag gefordert wird, Gleichstellung gänzlich abzuschaffen, und einzelne AfD-Mitglieder Dinge von sich geben wie: Ein Land, das jeden reinlässt, wird genauso geachtet wie eine Frau, die jeden ranlässt.

In dieser Zeit brauchen wir diese Debatte heute hier umso mehr.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Denn das, was Frauenrechtsbewegungen, die vielen Kämpferinnen und Vorreiterinnen erreicht haben, setzen wir nicht aufs Spiel. Das, was erreicht wurde, verteidigen wir gegen rechts bis zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der Linken)

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass Frauen frei, sicher und selbstbestimmt leben können. Dafür gehen Frauen von Saarbrücken bis New York am 8. März auf die Straße. Das ist eine weltweite Bewegung, die deutlich macht: Die Gleichstellung der Geschlechter ist kein Nice-to-have, sondern ein Must-have für eine gerechte und demokratische Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Lassen Sie uns daran arbeiten, dass das, was Frauen zu sagen haben, genauso viel wert ist wie die Forderung eines Mannes, dass Geschlecht bei Gehaltsverhandlungen keine Rolle spielt, dass Frauen sich nicht entscheiden

(D)

Josephine Ortleb

- (A) müssen zwischen Kind und Karriere, dass Frauen selbst über ihren Körper bestimmen können und dass Frauen gleich viel mitentscheiden können. Unsere Gesellschaft ist stark und stabil, wenn Frauen und Männer sie gemeinsam gestalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir müssen auch die Vorhaben, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, endlich konsequent umsetzen. Frauen in Deutschland müssen spüren, dass ihr Leben durch unsere Politik für sie besser wird. Wir brauchen einen spürbaren Gleichstellungscheck, der zeigt, wie Gesetze auf Frauen wirken. Wir brauchen endlich die Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes. Es kann ja nicht sein, dass wir jedes Jahr hier stehen und immer wieder die Lohnlücke bedauern.

Und: Wir brauchen mehr Frauen in den Parlamenten, mehr Frauen in der Politik. Wir brauchen ihre Lebensrealitäten. Wir brauchen ihre Erfahrung und ihre Stimmen. Deswegen brauchen wir Paritätsgesetze von der Kommune bis in den Bund, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der AfD)

Ja, vorgestern saß ich noch mit meinen Kolleginnen in New York bei der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen. Links und rechts neben mir Hunderte Frauen aus aller Welt, mit ihnen auch Hunderte unterschiedliche Perspektiven. Aber egal ob in Amerika, in Afrika oder in Europa, eine Sache ist gleich: Frauenrechte fallen nirgends vom Himmel. Sie müssen erkämpft, sie müssen erhalten, und sie müssen ausgebaut werden.

- (B)

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir dürfen nicht müde werden, die Momente der Ungerechtigkeit und Ungleichheit beim Namen zu nennen. Wir müssen immer wieder bestehende Strukturen hinterfragen und immer wieder neue Wege gehen, um echte Gleichstellung zu erreichen.

Dieser Weg ist nicht leicht, aber er ist es wert. Denn wenn wir in Gleichstellung investieren, investieren wir auch in unseren Zusammenhalt, in unsere Demokratie und in den Frieden weltweit. Dafür werden ich und meine Fraktion weiter kämpfen – auf allen Ebenen, heute und an jedem Tag, getreu dem Motto: Frauen wollen Menschenrechte und keine rechten Menschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Martin Reichardt [AfD]: Das war geistlos!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die AfD-Fraktion Mariana Iris Harder-Kühnel.

(Beifall bei der AfD)

Mariana Iris Harder-Kühnel (AfD):

(C)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn im Bundestag über den Weltfrauentag debattiert wird, fällt eines jedes Jahr besonders auf: Die, die sich stets lauthals als Vertreter der Interessen von Frauen aufspielen, sind in der Regel die Ersten, die diese Interessen verraten.

(Beifall bei der AfD)

So haben mittlerweile 46 Prozent der Frauen in Deutschland Angst davor, vergewaltigt zu werden, und Sie importieren und importieren und importieren Millionen junger Männer aus patriarchalischen Kulturen, obwohl diese überproportional häufig Vergewaltigungstäter sind.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der SPD)

Nichtdeutsche machen zwar nur 15 Prozent der Bevölkerung aus, sind aber für 50 Prozent der Gruppenvergewaltigungen verantwortlich. Am Weltfrauentag könnten Sie den Frauen einen Gefallen tun: Schieben Sie jeden Ausländer ab, der sich an Frauen vergeht, und zwar sofort.

(Beifall bei der AfD)

Dazu passt: Mehr als die Hälfte der Frauen glaubt, dass Deutschland für sie immer unsicherer wird – Ängste, die berechtigt sind. Diese Ängste gehen aufs Konto Ihrer Migrationspolitik.

(Anke Hennig [SPD]: So ein Quatsch!)

Deutschland wurde zu einem Multikultiversuchslabor transformiert, in dem Frauen leider immer öfter Freiwild sind.

Die häufig praktizierte Kuscheljustiz ist für diese Ängste mitverantwortlich. In Hamburg wurde ein 15-jähriges Mädchen Opfer einer Gruppenvergewaltigung. Von den neun verurteilten Tätern – übrigens alles Migranten – muss nur einer hinter Gitter. Für Meinungsdelikte wandert man mittlerweile in den Knast, für Gruppenvergewaltigungen kommt man mit Bewährung davon – und das alles im angeblich besten Deutschland, das es je gab. Das ist unfassbar.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der SPD)

Wie sollen sich Frauen hier sicher fühlen? Hören Sie einfach auf, die wirklichen Probleme der Frauen zu ignorieren, und fangen Sie an, den Frauen zuzuhören. Denn Frauen wollen keine Märchen über „Multikulti als Bereicherung“ hören. Frauen wollen keinen Genderunsinn links-woker Ideologen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was meinen Sie mit Meinungsdelikt? Den Straftatbestand der Volksverhetzung?)

Frauen wollen nicht zu belächelten Quotenfrauen herabgewürdigt werden, und Frauen brauchen auch keine staatliche Bevormundung über ihre persönliche Lebensgestaltung.

(Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was Frauen nicht brauchen, ist die AfD!)

Mariana Iris Harder-Kühnel

- (A) Deshalb ist es von der Politik hochgradig verantwortungslos, Frauen einzureden, sie fänden ihr persönliches Glück hauptsächlich und vorwiegend in beruflicher Selbstverwirklichung. Das zwanghafte Streben danach endet oft in einem ungewollten Dasein als Einzelwesen ohne familiäre Bindung.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Ehe, Familie und Kinder, das ist das, was Frauen und Männer neben dem beruflichen Erfolg glücklich macht.

(Beifall bei der AfD)

Statistisch betrachtet möchten nur 10 Prozent der Frauen kinderlos bleiben. 40 Prozent der Frauen wünschen sich zwei Kinder und fast genauso viele mindestens drei Kinder.

Setzen wir also am Weltfrauentag alles daran, viel mehr berufstätige Frauen wieder glücklich zu machen. Setzen wir dort an, wo uns das gelingt: Fördern wir Ehe und Familien, fördern wir Kinder, und fördern wir die Wahlfreiheit von Frauen, zum Beispiel durch steuerliche Entlastungen, wie durch das Familiensplitting.

(Beifall bei der AfD)

Denn natürlich wollen viele Frauen beruflich erfolgreich sein. Aber: Frauen wollen auch Frauen sein – mit Familie, mit Kindern, ganz klassisch, ganz traditionell.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also lassen Sie unsere Frauen einfach Frauen bleiben.

Vielen Dank.

- (B) (Beifall bei der AfD – Anke Hennig [SPD]: Sie sollten sich schämen! Schande! Schande!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die FDP-Fraktion Nicole Bauer.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicole Bauer (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Staatssekretärin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 8. März haben wir den Weltfrauentag gefeiert – ein Tag, der dazu aufruft, die unglaubliche Stärke, die historischen Errungenschaften und den unermüdlichen Einsatz der Frauen zu würdigen. Ob Mutter, Großmutter, Fachkraft, Ärztin oder Geschäftsführerin – Frauen sind Alltagsheldinnen und Vorbilder.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist wichtig, sie zu stärken und ihnen alle Chancen zu ermöglichen. Das hat gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Vorteile. Frauen sind Inspirationsquellen für neue unternehmerische Initiativen und treibende Kräfte für wirtschaftliche Fortschritte. Frauen, meine Damen und Herren, Frauen sind die Architektinnen des Wandels.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Und auch mit ihrem Mut zur Selbstständigkeit prägen sie den Markt und setzen neue Impulse. Sie schaffen Arbeitsplätze, bringen Perspektiven und beleben die Wirtschaft. Frauen bringen neben ihrem Wissen und Können auch eine besondere Sensibilität und Empathie in Führungsrollen ein. Sie setzen auf Kooperation statt Konfrontation, auf Ermächtigung statt auf Unterdrückung. Diese Art der Führung fördert ein positives Arbeitsumfeld, schafft Innovation und Kreativität, meine Damen und Herren.

Und all das, was ich Ihnen jetzt gesagt habe, klingt doch eigentlich wunderbar. Aber woran liegt es denn, dass Frauen immer noch weniger verdienen als Männer? Woran liegt es denn, dass Frauen weniger in den hohen Führungspositionen in großen Unternehmen vertreten sind?

Die Nobelpreisträgerin Claudia Goldin beschrieb den Hintergrund dieser Kluft ganz klar: Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen im gleichen Beruf entstehen mit der Geburt des ersten Kindes. – Und über alles, was nach der Geburt folgt, wissen wir: Den Großteil der unbezahlten Carearbeit übernehmen die Frauen in unserem Land. Genau deshalb setzen wir als FDP darauf, eine qualitativ hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung flächendeckend auszubauen, zeitgemäße Arbeitsmodelle auf den Weg zu bringen: flexible Arbeitszeiten und Top- und Jobsharing zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- sowie eine fairere Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit. (D)

Da möchte ich noch ein ganz besonderes Herzensanliegen meinerseits erwähnen: den Mutterschutz für Selbstständige.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es darf und kann nicht sein, dass Frauen von der Selbstständigkeit ferngehalten werden, weil sie keinen Mutterschutz bekommen.

All das, was ich Ihnen jetzt genannt habe, sind doch Entlastungen in der Rushhour des Lebens unserer Frauen. Deshalb möchte ich Ihnen ganz klar zurufen: Nicht das Geschlecht ist entscheidend für den Erfolg, sondern das Talent und die Leidenschaft. Wir wollen Freiheit, gleiche Chancen und Möglichkeiten schaffen, damit Frauen ihr volles Potenzial verwirklichen können, in allen Lebenslagen.

Ich werde nicht müde, an jeder Stelle erneut zu sagen: Frauenpolitik ist echte Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ricarda Lang.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

(A) Ricarda Lang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine Rede zum 8. März damit beginnen, Danke zu sagen. Denn auch wenn wir an so einem Tag oft darauf schauen, was mit Blick auf die Zukunft noch fehlt, und auch wenn wir wenig darauf schauen, was in der Vergangenheit schon erreicht wurde, und auch wenn manche Generation der Politik, auch meine, immer das Gefühl hat, dass das Rad gerade neu erfunden wird, wenn man sich einen Film wie zum Beispiel „Die Unbeugsamen“ anschaut, dann wird einem noch einmal sehr bewusst, wie viele Freiheiten meine Generation bereits erkämpft bekommen hat, welche Hürden wir nicht mehr überwinden müssen, was für uns bereits durchgesetzt wurde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nichts davon wurde uns Frauen geschenkt. Alles davon wurde erkämpft. Deshalb will ich sagen: Rita Süsmuth, Hildegard Hamm-Brücher, Renate Schmidt oder Petra Kelly – wir stehen auf den Schultern von Riesinnen, und dafür bin ich unfassbar dankbar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber gerade weil uns nichts geschenkt wurde und weil wir das erkämpft haben, muss es auch weiter verteidigt werden.

(B) (Zuruf des Abg. Martin Reichardt [AfD])

– Sie müssen gar nicht so viel reinrufen; das ist schlecht für den Blutdruck.

(Martin Reichardt [AfD]: Machen Sie sich mal über Ihren eigenen Blutdruck Gedanken! Ich glaube, der ist gefährdeter als meiner! Das hat aber andere Gründe!)

Vor allem wissen wir aber auch so schon, wofür Ihre Partei eigentlich steht. Denn ja, viele Frauen in diesem Land fühlen sich unsicher, weil sie wissen, dass hier im Deutschen Bundestag eine Partei sitzt, die die Uhr zurückdrehen will.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie will Frauen zurück an den Herd, Frauen als Gebärmaschine. Aber ich kann Ihnen eines versprechen: Die Frauen in diesem Land werden sich von Ihnen ihre hart erkämpften Rechte nicht wegnehmen lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und weil es hart erkämpft wurde, ist es aber auch ein Auftrag für die Zukunft. Denn ja, es gibt noch vieles zu tun. Dabei würde ich vorschlagen, dass wir uns alle gemeinsam nicht von Ablenkungsdebatten ablenken lassen, sei es über manchen Sprachgebrauch oder sei es über Cannabis – was anscheinend das Hauptthema in der Debatte zum Frauentag ist –, sondern dass wir uns auf das

fokussieren, worum es im Wesentlichen geht: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, eine gerechte Aufteilung von Sorgearbeit, keine Altersarmut von Frauen, eine gute Daseinsvorsorge. Im Zentrum geht es bei der Gleichberechtigung um Fragen der Gerechtigkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Bei dieser Gerechtigkeit gibt es tatsächlich noch einiges zu tun. Der Gender-Pay-Gap wurde schon angesprochen: 18 Prozent. Und ja, jetzt kann man sagen: Das ist ja nur der unbereinigte. – Aber ich finde 6 Prozent akute Lohndiskriminierung schon genug. Vor allem: Es ist ein Problem, wenn gerade in Jobs, wo viele Frauen arbeiten, es schlechtere Löhne gibt, weniger Tarifbindung. Das heißt, diese Fragen der Gerechtigkeit müssen wir angehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Entgelttransparenzgesetz, mehr Tarife mit einem Tariftrueugesetz, einen gemeinsamen Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen beim Kitausbau für mehr Kitaplätze – das sind Fragen der Gleichberechtigung. Aber wem das als Argument noch nicht genügt: Das sind auch Fragen der wirtschaftlichen Vernunft.

(Martin Reichardt [AfD]: Die ist ja bei Ihnen nicht so ausgeprägt!)

Die Bertelsmann-Studie hat gezeigt: Wir hätten in Deutschland 850 000 Vollzeitäquivalente, wenn Frauen so viel arbeiten könnten, wie sie wollen – nicht, wie ich mir es wünsche, sondern, wie sie es wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das heißt, Gleichberechtigung und eine feministische Politik ist eines der besten Instrumente gegen den Fachkräftemangel.

Ich möchte zum Ende sagen: Wir erleben gerade so was wie das Ende vom Ende der Geschichte hinsichtlich der Frage, wie sich Demokratien eigentlich in dieser Welt, in einer Welt der Unordnung, nach innen, aber auch nach außen verteidigen können. Dabei geht es immer auch um Fragen von Freiheit und Emanzipation. Denn die autoritären Herrscher dieser Welt, sie hassen Frauenrechte, sie hassen den Kampf um Emanzipation. Und auch das ist etwas, was uns als Demokratien von autoritären Regimen unterscheidet.

Deshalb ist für mich klar – es bleibt dabei –: Frauenrechte sind und werden immer der Gradmesser für Demokratie sein. Und genau als solche verteidigen wir sie.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion Silvia Breher.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)
(D)

(A) **Silvia Breher** (CDU/CSU):

Guten Morgen, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Vereinbarte Debatte rund um den Weltfrauentag bedeutet aber auch, jedes Jahr wieder auf all die Herausforderungen und auf all die Schicksale von Frauen in der Welt hinzuweisen. Man könnte ja meinen: Ist denn mal irgendein Thema abgeräumt? Nein, das ist es eben nicht!

Wenn ich nachlese, worüber wir gerade vor einem Jahr in so vielen Reden insbesondere gesprochen haben, dann stelle ich fest: Das waren die Frauen in Afghanistan und die Frauen im Iran. Darüber spricht heute leider niemand mehr,

(Zuruf von der FDP: Noch nicht!)

auch die Öffentlichkeit so gut wie selten. Es ist so normal im Verlauf der Geschichte: Dinge sind kurz katastrophal, und dann kommt das nächste große Drama. Aber all die großen Themen, die bleiben, müssen wir im Blick behalten und jedes Jahr wieder über all die Herausforderungen für Frauen hier bei uns und in der Welt debattieren.

Stichwort „hier bei uns“. Ich habe mal Google gefragt und „Weltfrauentag“ eingegeben. Der Toptreffer ist „Feiertag in Berlin“; da war ich schon dankbar, dass es nicht „Geschenke und Blumen“ war. Es kommen natürlich auch noch andere Begriffe wie „Equal Pay Day“, „Partnerschaftsgewalt“, „Gleichstellung der Geschlechter“, „Chancengleichheit“, „Frauenrechte sind Menschenrechte“ – all das, was wir schon gehört haben und heute noch öfter hören werden. Nicht vor kommt allerdings „starke Frauen“. Frau Deligöz, ich glaube, diese Unterscheidung brauchen wir nicht mehr: Frauen sind stark, und zwar alle.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Welcher Begriff in dieser Aufzählung aber völlig fehlt, ist „Männer“ bzw. „Väter“. Die Durchsetzung der Gleichstellung, der Gleichberechtigung der Geschlechter – darum geht es am Weltfrauentag – liegt vor allem auch im Interesse der Männer; denn sie profitieren davon mindestens genauso wie die Frauen. 86 Prozent der Väter mit Kindern im Vorschulalter finden, in Unternehmen sollte es für Väter genauso akzeptiert sein wie für Mütter, für Carearbeit ihre Erwerbsarbeit zu reduzieren. Aber das Rollenbild ist nach wie vor ein völlig anderes. Männer werden vor allen Dingen an ihrer beruflichen Position gemessen, alles andere wird ihnen als Schwäche ausgelegt.

Wenn wir aber jedes Jahr über den Equal Pay Day sprechen, wenn wir jedes Jahr den Gender-Care-Gap, die Mehrarbeit für Frauen, aufzeigen und gleichzeitig jede zweite Frau in Deutschland nur einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen kann,

(Martin Reichardt [AfD]: Das stimmt doch gar nicht!)

während jedes Unternehmen händeringend Fachkräfte sucht, dann dürfen wir bei der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht immer nur die Vereinbarkeit für die Mütter im Blick haben, dann müssen wir auch die Väter mitdenken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD] – Zurufe von der SPD) (C)

Dafür brauchen wir neue Debatten, neue Angebote der Unternehmen, aber auch neue politische Lösungen.

Wir brauchen Angebote an Eltern, an beide Elternteile, für eine gerechtere Verteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit, und das nicht nur in den ersten zwei Wochen nach der Geburt und nicht nur im ersten Jahr nach der Geburt.

Wir brauchen flexible Arbeitszeitmodelle, aber auch Konzepte, die den gesamten Lebenslauf von Familien in den Blick nehmen, und zwar nicht ideologisch – so oder so –, sondern flexibel und dynamisch nach dem Wunsch und nach den Bedürfnissen der Familien.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Ministerin ist ja durch die Verschiebung dieser Debatte auf diese Sitzungswoche heute entschuldigt; aber ich habe mal in der Rede der Ministerin zum Weltfrauentag des letzten Jahres nachgesehen. Sie hat gesagt:

„Wenn alle Frauen mit Kindern unter sechs Jahren so viel arbeiten könnten, wie sie wollen, dann hätten wir auf einen Schlag 840 000 Arbeitskräfte mehr.“

Und dann hat die Ministerin aufgezählt, welche Maßnahmen dafür nötig sind. Genau diese Maßnahmen hat die Kollegin Lang gerade auch wiederholt. Ich zähle jetzt mal die Maßnahmen auf und mache einen Haken dran, wenn wir etwas erreicht haben:

Wir investieren in die Betreuungsinfrastruktur Kita. – Stimmt nicht, kein einziges Investitionsprogramm. (D)

(Widerspruch bei der SPD)

Wir investieren in die Qualität der Kitas. – Jede Menge Bundesprogramme sind gestoppt worden: „Sprach-Kitas“, Fachkräfteoffensive „Kita-Einstieg“.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Machen sie einfach nicht! – Zurufe von der SPD)

Das Gute-KiTa-Gesetz ist zu einem KiTa-Qualitätsgesetz weiterentwickelt worden; aber ob es 2025 und 2026 das Geld dafür noch gibt, ist fraglich.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ja! – Zuruf der Abg. Leni Breymaier [SPD])

Die Elternstartzeit liegt nicht vor.

Sie wollten das Entgelttransparenzgesetz verbessern –

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stimmen Sie denn da zu?)

das ist heute mehrfach gefallen –: Liegt nicht vor.

Wagniskapital für Gründerinnen. – Haben wir nicht.

Den Gleichstellungsscheck für alle Gesetze. – Haben wir nicht.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind Sie denn dabei?)

All das sind Maßnahmen, die die Ministerin im vergangenen Jahr angekündigt hat. Unterm Strich steht leider nichts. Die Bilanz des Bundesfamilienministeriums

Silvia Breher

- (A) des vergangenen Jahres, gemessen an der Rede der Ministerin, ist: nothing, gar nichts, null. Sie sind nicht einen Millimeter weitergekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dass das das Ergebnis Ihrer Koalition ist, von der wir so viel mehr erwartet hätten, ist total enttäuschend.

(Zuruf der Abg. Leni Breyer [SPD])

Es herrscht gleichstellungspolitischer Stillstand im Bundesfamilienministerium. Und das ist für mich die eigentliche Botschaft des heutigen Tages. Es ist einfach traurig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ganz schlimm! – Zuruf von der SPD: Ihre Rede war traurig!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die SPD-Fraktion Ariane Fäscher.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ariane Fäscher (SPD):

- (B) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Demokratinnen und Demokraten in den Reihen und auf den Rängen! Indem wir das, was wir erreichen, schlechtreden, Frau Breher, indem wir immer wieder darauf fokussieren, dass alles katastrophal wird, kommen wir keinen Schritt weiter.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ihr macht gar nichts!)

Wir würden uns konstruktive Unterstützung wünschen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das ist vernünftige Oppositionsarbeit bei so einer Regierung! Immer nur Mimimi! Jetzt reicht es mal! Nichts machen, und dann noch meckern!)

Und zur AfD möchte ich sagen: Wahlfreiheit für Frauen in der Lebensgestaltung setzt strukturelle Gleichberechtigung voraus, sonst klappt das nämlich nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

400 000 Arbeitskräfte fehlen in Deutschland; das ist eine Binsenweisheit. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zeigt, dass durch angemessene Aufteilung der Sorgearbeit, durch paritätische Arbeitszeitmodelle und eine bessere Betreuungsinfrastruktur dem Arbeitsmarkt sogar 900 000 Fachkräfte – Vollzeitäquivalente – kurzfristig zur Verfügung stehen könnten. Aber wir vernachlässigen dieses Potenzial noch.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wer regiert denn? – Jörn König [AfD]: Sie sind in der Regierung! Machen Sie doch mal was!)

McKinsey belegt, dass gemischte Teams effizienter sind, auch aufgrund kultureller Diversität. Was sind also die Umsetzungshemmnisse, wenn Gleichberechtigung doch wirtschaftlich vernünftig ist? Iris Bohnet zeigt in „What Works“, dass tiefsitzende, unterbewusste Vorurteile und Zuschreibungen sogar objektivierte Personalauswahlverfahren unterwandern. Unsere Einstellungen zu Frauen, zu anderen Kulturen, zu Menschen mit Beeinträchtigungen bestimmen also die Personalauswahl viel mehr als die tatsächlichen Kompetenzen der Person. Eindrucksvoll belegt ist das in der Musik. Namhafte Orchester waren vor Jahren ausschließlich von weißen, männlichen Musikern besetzt. Vorspiele erbrachten stets den Beweis für die deutlich überlegene Qualität dieser Musiker, der männlichen Bewerber. Aber als man anfing, Vorspiele hinter Vorhängen zu absolvieren, also ohne die Person sehen zu können, änderte sich das dramatisch. Jetzt sind in diesen Orchestern 40 Prozent Frauen vertreten, und sie sind auch deutlich internationaler geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In den Köpfen ist Ungleichheit fest verankert. Veränderte Verfahren wie beim Vorhangbeispiel – die kosten auch nicht viel – könnten uns also zum Umdenken motivieren. Sie würden uns helfen, tief Verankertes besser zu überlisten. Es reicht also nicht, dass wir Gleichheit im Grundgesetz festgeschrieben haben. Es braucht konkrete Ziele und Regeln für Gleichstellung und Diversität, um unsere unterbewussten Tricks auszutricksen; die wollen uns nämlich nur helfen, unsere Welt kontrollierbar zu halten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Bijan Djir-Sarai [FDP])

Der Anteil von kleinen und mittleren Unternehmen mit einer Frau an der Spitze liegt aktuell bei 15,8 Prozent – 4 Prozentpunkte niedriger als 2022. Wo Frauen führen, sind sie allerdings meistens Gründerinnen. Der Frauenanteil in den Vorständen von DAX-Unternehmen hat sich hingegen seit Einführung der Frauenquote von 7,3 auf 23,5 Prozent erhöht. Die geteilte Elternzeit führt dazu, dass Männer eher Sorgearbeit übernehmen. In Schweden ist geteilte Elternzeit Pflicht. Das führt zu einer Umkehrung der Interpretation. Hier machen Männer, die weniger Elternzeit nehmen, auch weniger Karriere, weil sie als sozial inkompatibel gelten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn also tatsächlich nicht die Vernunft uns steuert, sollten wir klug genug sein, unsere volkswirtschaftlichen Potenziale einer gerechten Gesellschaft durch entsprechende Regelwerke zu erschließen. Spoiler: Auch Männer sind zufriedener, gesünder, erfolgreicher, wenn sie nicht die Last des Versorgers und des Gesellschaftsgestalters allein auf ihren Schultern tragen.

„Wir können uns stundenlang darüber unterhalten, daß in diesem System die Schwächeren unterjebtert werden, det nützt ja nüscht – wir müssen wat dagegen tun!“

Ariane Fäscher

- (A) Das hat Regine Hildebrandt gesagt. Recht hat sie. Machen wir. Allein die Aufhebung des Ehegattensplittings wird positive Anreize für eine ausgewogene Beschäftigungsquote setzen, den Gender-Pay-Gap verringern, weniger Altersarmut bedingen und die häusliche Gewalt vermindern. Denn das allein kostet 54 Milliarden Euro jedes Jahr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man im selben Boot sitzt, ist es schlicht blöd, in verschiedene Richtungen zu rudern. Gleichstellung ist ein Gewinnerthema für alle. Punkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die AfD-Fraktion Nicole Höchst.

(Beifall bei der AfD)

Nicole Höchst (AfD):

Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Unsere friedlosen Zeiten brauchen eine Mutter, die die Menschheitsfamilie wieder eint“, sagte Papst Franziskus in seiner Predigt zum Hochfest der Gottesmutter Maria am Neujahrstag im Petersdom. Das gestaltet sich schwierig. Die Angriffe auf Frauen erfolgen in unserer Zeit leider auf so vielen Ebenen.

- (B) Eine gottlose Zeitgeistgesellschaft zwingt Frauen in die Erwerbstätigkeit.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch der Abg. Yvonne Magwas [CDU/CSU])

Sie werden mit Altersarmut erpresst.

(Anke Hennig [SPD]: Wie kann man so einen Blödsinn reden?)

Der Zeitgeist korrumpiert Frauen zu Wesen, die die Gnade ihrer Fähigkeit, Leben schenken zu können, Familie und Gesellschaft zu einen, Frieden und Liebe zu stiften, in sich töten.

(Beifall bei der AfD – Lachen der Abg. Leni Breymaier [SPD])

Damit werden Frauen zunehmend von ihrem natürlichen Wesenskern entfremdet, in der Mutterrolle überhaupt erst Erfüllung zu suchen.

(Zuruf der Abg. Leni Breymaier [SPD])

Ein Menschheitsskandal! Die Frau wird in ihrem sinnstiftenden Sehnen nach Identität als Mutter infrage gestellt.

Vielen Frauen bleibt die Mutterrolle aber auch grundsätzlich verwehrt. Das ist sehr traurig.

(Zurufe von der SPD)

Der Gesellschaft fehlt mütterliche Güte, bedingungslose Liebe, Fürsorge, Geduld, Lebensmut und Opferbereitschaft.

(Beifall bei der AfD)

(C)

Diese urweiblichen Wesenszüge werden ins Erwerbsleben gezwungen

(Lachen der Abg. Leni Breymaier [SPD])

und dort gewinnorientiert ausgebeutet.

(Beifall bei der AfD – Lachen der Abg. Leni Breymaier [SPD] – Zurufe von der SPD)

Unter meinen persönlichen Heldinnen sind viele große Frauen, vor allem die Trümmerfrauen. Sie haben sich als fleißige Namenlose über ihr Leid erhoben und mit viel Liebe, Fleiß, Schweiß, Blut und Tränen etwas wiederaufgebaut, was größer ist, als sie selbst es waren: Unsere Heimat! Deutschland!

(Beifall bei der AfD)

Heute sind es die vielen namenlosen Frauen, die mit ihren Leistungen im Alltag unsere Gemeinschaft zusammenhalten. Sie werden von vielen als Selbstverständlichkeit angesehen,

(Zuruf der Abg. Franziska Mascheck [SPD])

obwohl sie Großartiges leisten.

Ich danke zum Weltfrauentag ganz besonders meiner Mutter

(Leni Breymaier [SPD]: Dafür ist der Muttertag da!)

und allen Müttern, die zu allen Zeiten ihre Kinder und damit die Zukunft sicherten, pflegten, nährten, kleideten, erzogen

(Leni Breymaier [SPD]: Hatten Sie auch einen Vater?)

und im besten Fall auch mehr liebten als sich selbst.

(Beifall bei der AfD)

Frauen waren immer sichtbar und einzigartig, egal für welches Leben sie sich entschieden haben. Ihre Freiheit, ihre Sicherheit, ihre Lebensleistung und ihre einzigartige Gabe müssen respektiert, geehrt und bewahrt bleiben.

(Leni Breymaier [SPD]: Und bezahlt!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Anke Hennig [SPD]: Und jetzt wieder zurück in die Gegenwart!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die FDP-Fraktion Bijan Djir-Sarai.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bijan Djir-Sarai (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr dankbar, bei dieser wichtigen Debatte heute mitzuwirken. Mir ist es wichtig, bei dieser Gelegenheit vor allem an jene Frauen zu erinnern, die sich weltweit für Frieden, Freiheit und Demokratie einsetzen.

(D)

Bijan Djir-Sarai

- (A) (Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vor einigen Wochen, auf der Münchner Sicherheitskonferenz, habe ich eine junge Frau kennengelernt, die bei Demonstrationen im Iran durch die barbarische Vorgehensweise der Sicherheitskräfte ein Auge verloren hat.

(Abg. Dr. Gesine Löttsch [Die Linke] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Diese mutige Frau sagte mir, sie habe zwar ein Auge verloren, werde aber eines Tages mit dem anderen Auge den Sieg der Freiheit sehen. Sie sagte, dass der Kampf für die Freiheit, für Menschenrechte, für Bürgerrechte und für die Demokratie bis zum Untergang der Diktatur weitergehen wird.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist beeindruckend, und das ist heute kein Einzelfall im Iran.

Präsidentin Bärbel Bas:

Herr Djir-Sarai, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung von Frau Löttsch?

Bijan Djir-Sarai (FDP):

Ich habe ja noch nicht mal mit der Rede angefangen.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Ja! Aber wirklich!)

(B)

Präsidentin Bärbel Bas:

Sie hat sich gemeldet. Sie müssen nicht.

Bijan Djir-Sarai (FDP):

Bitte.

Dr. Gesine Löttsch (Die Linke):

Herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage bzw. -bemerkung zulassen. – Und ich finde es auch sehr gut, dass Sie als Mann in dieser Debatte hier das Wort ergreifen; denn über alle Gesetze, auch über Gesetze, die ausschließlich Frauen betreffen, stimmen ja auch Männer hier im Bundestag mit ab.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ach so!)

Das wäre ja auch eine Frage, die man mal diskutieren könnte.

(Lachen bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Was? – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Sie hat das repräsentative Prinzip nicht verstanden! Sie stellt es infrage! – Enrico Komning [AfD]: Das war ja wohl ein Scherz!)

Da Ihre Redezeit kurz ist, will ich an dieser Stelle die Frage stellen, ob Sie wahrgenommen haben, dass in unserem Nachbarland Frankreich

(Enrico Komning [AfD]: Die sind verfassungswidrig da hinten!)

das Recht auf Abtreibung in die Verfassung aufgenommen wurde. Da Ihre Partei ja auch den Justizminister stellt: Würden Sie diese Position unterstützen? (C)

(Beifall bei der Linken – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Er redet gerade über Iran! Was ist das denn? – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das ist wirklich eine Unverschämtheit!)

Bijan Djir-Sarai (FDP):

Liebe Frau Kollegin, normalerweise hat man ja auf jede Frage eine Antwort. Aber es gibt Fragen, die einen fassungslos zurücklassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Ja! – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Aber wirklich! Peinlich ohne Ende!)

Ich bin hier nach vorne gekommen, um bewusst bei dieser Debatte über ein wichtiges Thema zu reden, nämlich über die Rolle der Frau vor allem im Nahen und Mittleren Osten.

(Yvonne Magwas [CDU/CSU]: Ja! Das ist wichtig!)

Denn dort werden Frauen unterdrückt.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Ja!)

Dort kämpfen Frauen. Dort nehmen es Frauen in Kauf, ins Gefängnis zu gehen, gefoltert zu werden, sogar ermordet zu werden. Und Sie stehen an dieser Stelle auf und stellen diese blöde Frage. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der AfD und der Abg. Susanne Mittag [SPD] – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Richtig!)

Bei allem Respekt: Setzen Sie sich hin, und schämen Sie sich für diese Frage!

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Die einzig richtige Antwort war das!)

Meine Damen und Herren, Millionen Menschen kämpfen heute im Iran für ein freies Leben und für ein freies Land. Die politischen Machthaber der Islamischen Republik haben heute mehr Angst vor der Frauenbewegung als vor ihren innen- und außenpolitischen Gegnern. Über die Unterdrückung der Frau kontrolliert dieses Regime seit 1979 die gesamte Gesellschaft.

Wenn es einen großen Wandel im Iran oder im Nahen und Mittleren Osten geben sollte, dann wird er auf die mutigen Frauen zurückgehen, die seit Jahrzehnten für gesellschaftliche und politische Veränderungen kämpfen. Diese Frauen stehen an vorderster Front, wenn es darum geht, Veränderungen herbeizuführen.

Die Menschen im Iran wollen heute nicht die Reform der Islamischen Republik, sondern ihre komplette Abschaffung. Für dieses Ziel nehmen vor allem junge Frauen in Kauf, ins Gefängnis zu gehen, gefoltert zu werden, ja sogar vom Regime ermordet zu werden.

Bijan Djir-Sarai

- (A) Es waren zunächst Frauen, die vor knapp zweieinhalb Jahren nach der Ermordung von Jina Mahsa Amini für ein Ende des verbrecherischen Mullah-Regimes auf die StraÙe gegangen sind, Frauen, die ihr Leben und ihre körperliche Unversehrtheit riskiert haben und weiterhin riskieren, um für die Freiheit zu demonstrieren. Genau das sind auch unsere Werte, meine Damen und Herren, und wir dürfen diese Frauen niemals vergessen. Diese Frauen haben unsere volle Solidarität und Unterstützung.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Mörder von Jina Mahsa Amini, die Folterer und die Verbrecher des Regimes, die weiterhin massenhaft eklatante Menschenrechtsverletzungen begehen, werden im heutigen Iran nicht zur Rechenschaft gezogen. Daher müssen diese Leute für ihre Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen international zur Verantwortung und zur Rechenschaft gezogen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

Bürgerrechte, Menschenrechte, Freiheit und Demokratie: Für diese Werte haben viele Frauen im Iran alles riskiert. Diese Frauen dürfen wir niemals vergessen. Ihre Werte sind auch unsere Werte, und ihre Revolution ist auch unsere Revolution.

Meine Damen und Herren, Freiheit ist weiblich oder, wie die Kernaussage der Revolution lautet: Frau, Leben, Freiheit – Zan, Zendegi, Azadi.

- (B) Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Denise Loop.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Denise Loop (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu einer vielfältigen Demokratie gehört, dass alle Menschen ihre Meinung frei äußern können – frei von Angst vor Gewalt. Für Frauen und queere Menschen ist die Realität oft eine andere. Ein Drittel aller jungen Frauen erfährt Hass und Gewalt im Netz. Offline sind sie Belästigungen und Angriffen ausgesetzt. Dies hat nicht nur verheerende Auswirkungen auf das Leben und die Gesundheit der Betroffenen, sondern bedroht auch unsere Demokratie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Denn Gewalt und Hass führen zu einem Rückzug von Frauen aus dem politischen Diskurs. Und das dürfen wir nicht hinnehmen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der

FDP und der Abg. Yvonne Magwas [CDU/CSU] (C)

Unsere Demokratie muss sich daran messen, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Geschlechts gleichberechtigt teilhaben.

Frauenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie wurden und werden erkämpft, und wir müssen sie verteidigen. Wir sehen momentan weltweit, wie autoritäre Regierungen die Rechte von Frauen einschränken. Selbst in Deutschland sehen wir, dass antifeministische Positionen immer stärker werden. Das zeigt sich in der Debatte um körperliche Selbstbestimmung, in der Mobilisierung gegen eine angebliche Gender-Ideologie und leider auch in den steigenden Zahlen zu häuslicher Gewalt. Auch das gefährdet unsere Demokratie. Wir stellen uns diesen rückwärtsgerichteten Tendenzen entschlossen entgegen:

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wir stärken die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und das Familienpflegezeitgesetz.

Wir sorgen endlich für eine rechtliche Gleichstellung von lesbischen Eltern durch ein reformiertes Abstammungsrecht.

(Abg. Dr. Gesine Löttsch [Die Linke] begibt sich zu Abg. Bijan Djir-Sarai [FDP] – Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Und wir werden entschieden gegen Gewalt an Frauen durch die vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention vorgehen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Bärbel Bas:

Frau Kollegin, ich habe Ihre Redezeit angehalten, weil ich kurz diesen Tumult, der sich in den Reihen abspielt, aufhalten möchte.

(Heidi Reichinnek [Die Linke]: Der Kollege könnte sich ja mal entschuldigen!)

– Vielleicht klären Sie das noch mal bilateral. Dass der Kollege vorhin unparlamentarisch war, das habe ich ihm von hier vorn aus schon gesagt. Auch wenn er sich schnell entschuldigt hat; das ist so.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das war eine blöde Frage!)

Aber jetzt kommen wir wieder zur Debatte zurück, und die Kollegin hat das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Da gibt es überhaupt nichts zu entschuldigen! Und das war auch nicht unparlamentarisch! Wir sind doch hier nicht im Kindergarten!)

(A) Denise Loop (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Mit all diesen Maßnahmen kämpfen wir gleichzeitig für die Rechte von Frauen und queeren Menschen, für mehr Gleichberechtigung und damit letztendlich für unsere Demokratie. Denn wir dürfen nicht zulassen, dass Frauenhass die demokratische Debatte vergiftet und die Rechte von Frauen einschränkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Anke Hennig [SPD])

Deswegen bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Lassen Sie uns gemeinsam für eine vielfältige und offene Demokratie streiten und uns für gelebte Gleichberechtigung einsetzen!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion Annette Widmann-Mauz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Weg zur Gleichberechtigung und politischen Teilhabe von Frauen ist nicht blumig; er ist domig. Für viele ist er gefährlich, ja, sogar lebensgefährlich: Julija Nawalnaja, Swetlana Tichanowskaja, Maria Kalesnikava – sie alle stehen beispielhaft für die Stimmengewalt und die unerschütterliche Entschlossenheit vieler mutiger Frauen weltweit, die Autokraten, Nazisten und Diktatoren die Stirn bieten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Religiöse Fundamentalisten, rückwärtsgewandte Gruppierungen, rechtsextreme Parteien, sie wollen die Errungenschaften der Aufklärung zurückdrehen. Emanzipation und Gleichstellung sehen sie als Widerspruch zu einer vermeintlich natürlichen Ordnung. Sie fühlen sich in ihrer Vorstellung von Männlichkeit infrage gestellt. Hass, Hetze, Verächtlichmachung und Einschüchterung sind mittlerweile zu einem Mittel geworden, um Gleichberechtigung und politische Teilhabe von Frauen zurückzudrängen. Wir alle, die Frauen aus der demokratischen Mitte dieses Hauses, bekommen diesen Hass und diese Hetze immer wieder zu spüren. Frauenfeindlichkeit und Antisemitismus rechtfertigen für diese Gruppen brutalste Gewalt, bis hin zu Femiziden.

Antifeminismus eint insbesondere auch Rechtsextreme; wir haben das heute Morgen wieder gehört. Dem, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir in Deutschland ganz entschieden entgegenreten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Frauenfeindliche Straftaten müssen wir als solche erkennen und benennen, und sie müssen auch konsequent verfolgt und bestraft werden. Beim Thema Rechtsextremismus können wir gleich bei uns hier im Hohen Haus anfangen; denn Rechtsextremisten als Mitarbeiter von Abgeordneten haben hier überhaupt nichts zu suchen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zuruf der Abg. Heidi Reichinnek [Die Linke])

In Kriegen und bewaffneten Konflikten erdulden Frauen und Kinder unsägliches Leid, aber nicht nur durch Bomben, Flucht, Vertreibung, Hunger und Not. Die perfide Strategie zum Beispiel des „Islamischen Staates“ gegen die Jesidinnen, des iranischen Regimes und der Revolutionsgarden, Putins in der Ukraine, Chinas gegen die Uiguren oder der Hamas in Israel folgt immer demselben Muster: systematische, brutalste Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen. Sie werden als Waffe im Krieg und zur systematischen Unterdrückung und Machtausübung in totalitären Systemen eingesetzt. Und sie finden leider immer mehr Nachahmer, solange wir dem nicht entschlossen und wirksam Einhalt gebieten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Meine sehr verehrten Kollegen, es erschüttert mich immer wieder, wenn auch hier im Parlament, manchmal von ganz rechts oder von ganz hinten links, für die Lage dieser Frauen Empathie – wenn überhaupt – höchst selektiv aufgebracht wird. Und das ist unerträglich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber erschütternd ist auch, wie lange und wie zögerlich selbst die Frauenorganisation der Vereinten Nationen gebraucht hat, bis sie zum Beispiel die brutalen Vergewaltigungen durch die Hamas in Israel anerkannt und verurteilt hat. Diese Vergewaltiger, Geiselnahmer, Kriegsverbrecher und ihre Auftraggeber müssen vor den internationalen Gerichtshöfen zur Rechenschaft gezogen werden. Dazu muss sexualisierte Gewalt auch vor deutschen Gerichten als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verfolgt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Die Gräueltaten der Hamas dürfen aber nicht den Blick auf die humanitäre Katastrophe und das Leid von Frauen und Kindern in Gaza verstellen. Deshalb: Wir brauchen mehr Zugänge und auch die Luftbrücke mit deutscher Beteiligung zur Lieferung von Hilfsgütern.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich eines aber auch ganz deutlich sagen. Wir haben seit einem Jahr Leitlinien zur feministischen Außenpolitik. Die Wirklichkeit ist ernüchternd.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Annette Widmann-Mauz

- (A) Denn warum bietet die Außenministerin zwar Lawrow die Stirn, bleibt beim iranischen Mullah-Regime aber schweigsam?

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner [CDU/CSU])

Warum dürfen Treffen der Regierung mit iranischen Aktivistinnen wie zum Beispiel Masih Alinejad nicht veröffentlicht werden? Warum stehen die Revolutionsgarden immer noch nicht auf der Terrorliste? Und warum ist Deutschland noch immer der größte Handelspartner der Europäischen Union mit dem Iran, zum Teil mit Wachstumsraten von bis zu 12 Prozent?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist an dieser Außenpolitik feministisch?

(Zurufe der Abg. Dorothee Bär [CDU/CSU] und Julia Klöckner [CDU/CSU])

Millionen von Frauen in dieser Welt brauchen wirksame Hilfe. Sie warten auf Antworten von uns. Enttäuschen wir sie bitte nicht!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Bärbel Bas:

Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe: Gerade ist von dem Kollegen Lucks eine Kurzintervention beantragt worden. – Sie haben das Wort.

- (B) **Max Lucks** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke schön für diese Möglichkeit, Frau Präsidentin. – Liebe Kollegin Widmann-Mauz, in Ihrer wirklich sehr guten und empathischen Rede, von der wir alle hier sehr viel unterschreiben können, haben Sie allerdings auch angesprochen, dass die Außenministerin zu still bezüglich des Irans sei. Ihre Kollegin Dorothee Bär hat in der ersten Rede heute gesagt, diese Woche sei nicht die richtige Woche für die Debatte zum Internationalen Frauentag.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das habe ich nicht gesagt! – Julia Klöckner [CDU/CSU]: Das hat sie nicht gesagt!)

Ich finde, diese Woche, in der bei den Vereinten Nationen das Ergebnis des Fact-Finding Mechanismus zum Iran vorgelegt wird, weil die deutsche Außenministerin dafür gekämpft hat, ist genau die richtige Woche für eine Debatte zum Internationalen Frauentag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Zuruf der Abg. Dorothee Bär [CDU/CSU])

Es war nicht die französische Außenministerin, nicht der amerikanische Außenminister, nicht das britische Außenministerium, die diesen Dokumentationsmechanismus bei den Vereinten Nationen durchgesetzt hat – übrigens lange vor dem 7. Oktober, Frau Bär –; es war die deutsche Außenministerin. Und das zeigt: Während die Union 16 Jahre lang Appeasement betrieben und Überwachungskameras exportiert hat,

- (C) (Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wer hat denn die Außenminister gestellt?)

ist diese Bundesregierung, ist diese Außenministerin in den internationalen Institutionen gegen das Regime im Iran aufgestanden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Denken Sie an die Zeit!

Max Lucks (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Und wir werden es weiter tun, weil es so wichtig ist, für die Frauen im Iran zu kämpfen.

Die Außenministerin hat, wie Sie der Presse entnehmen können –

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ich dachte, er hat keine Zeit mehr! Ist er jetzt der Pressesprecher vom AA, oder was? Kurz!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Herr Lucks, es handelt sich um eine Kurzintervention! Kurz!

Max Lucks (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Geben Sie mir noch einen Satz. – Ich möchte nämlich die Kollegin noch zu einer Sache einladen. Die Außenministerin steht, wie Sie der Presse entnehmen können, gegen die Blockade von Sanktionen durch Herrn Borrell auf. Ich möchte Sie bitten, Frau Widmann-Mauz: Seien Sie genauso aktiv gegenüber den Kollegen in Ihrer Europapartei EVP, die teilweise wirksame Sanktionen gegen dieses Regime blockieren.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Frau Widmann-Mauz, möchten Sie reagieren?

Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU):

Herr Kollege Lucks, zunächst einmal ist es gut, wenn man den Kolleginnen zuhört. Meine Kollegin Dorothee Bär hat nicht den Zeitpunkt der Debatte infrage gestellt.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch! – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben Ihnen sehr genau zugehört!)

Es ist aber doch schon spannend, dass die Bundesfrauenministerin an der heutigen Debatte nicht teilnimmt, obwohl der Wunsch extra geäußert wurde,

(Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist lächerlich!)

die Debatte auf diesen Tag zu legen. Sie kompensieren das mit anderen Ministern, aber es erklärt trotzdem nicht, warum sie heute nicht da ist.

Annette Widmann-Mauz

- (A) (Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fragen Sie mal Ihren Parlamentarischen Geschäftsführer! Der weiß ganz genau, wo sie ist! Das müssten Sie auch wissen! Meine Güte!)

Der Bundeskanzler hat gestern gefehlt; er fehlt heute wieder.

Lassen Sie mich einen zweiten Aspekt aufgreifen. Ich habe nicht gesagt, dass sich die Bundesaußenministerin überhaupt nicht für Frauen einsetzt. Aber wenn man Leitlinien in einer ganzen Breite definiert, aber auf einem Auge, insbesondere wenn es um den Iran geht – –

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie setzt sich ständig für Frauen ein! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie erst mal mit bei der feministischen Außenpolitik! – Zuruf der Abg. Katja Mast [SPD] – Gegenruf des Abg. Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das ist unmöglich! Frau Präsidentin!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Frau Widmann-Mauz hat jetzt das Wort! Immer mit der Ruhe. – Frau Widmann-Mauz hat das Wort.

Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU):

Allein Ihre Betroffenheit und Reaktion zeigen es ja einmal mehr, dass Sie hier einen wirklich wunden Punkt haben. Sie werden auch von der Zivilgesellschaft, von den Frauenaktivistinnen, von den Frauen im Iran, von den Exiliranerinnen hier in Deutschland massiv dafür kritisiert, dass Sie nicht den Mut haben, an dieser Stelle dem Mullah-Regime klar entgegenzutreten

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

und die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die Hisbolah steht auch auf der Terrorliste.

Ich kann nur sagen: Ohne den Iran und die Revolutionsgarden – Sie wissen es – wäre der Angriff auf Israel nicht möglich gewesen. Und Sie bleiben an dieser Stelle tatenlos.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir unterstützen Sie in jeder Frage, wenn es darum geht, hier voranzuschreiten – im Übrigen auf der Grundlage von Beschlüssen der Vereinten Nationen, für die die Bundeskanzlerin Angela Merkel die Grundlage geschaffen hat. Sie wissen ganz genau, woher die Resolution „Frauen, Frieden und Sicherheit“ stammt: nicht aus der Zeit der Ampelregierung,

(Beifall bei der CDU/CSU)

sondern lange vorher.

Lassen Sie uns also gemeinsam diese Punkte angehen, aber nicht mit Scheuklappen, insbesondere wenn es um den Iran geht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das hat sich jetzt nicht gelohnt, Herr Lucks!)

Präsidentin Bärbel Bas:

(C)

Nach meinem Wissen ist die Familienministerin heute bei der UN-Frauenkonferenz. Das wissen auch alle Fraktionen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wir hätten die Debatte auch vor drei Wochen geführt!)

Ich will es nur einmal sagen, bevor wir uns weiter darüber aufregen: Sie ist offiziell entschuldigt.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das macht es nicht besser! Sie hat es extra auf einen Tag gelegt, an dem sie nicht da ist!)

Das wollte ich damit einmal für die kundtun, die es vielleicht bisher nicht gewusst haben.

Jetzt hat das Wort für die SPD-Fraktion Derya Türk-Nachbaur.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Derya Türk-Nachbaur (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Demokratinnen! Ich freue mich sehr, dass das Kabinett heute – die Ministerin ist in New York; das haben wir gehört – so großartig bei dieser wichtigen Debatte vertreten ist. Vielen Dank dafür!

(D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das ist doch selbstverständlich, dass das Kabinett mal anwesend ist!)

Es ist ein Schlachtfeld, für das Mann keine Panzer braucht, keine Kalaschnikows, keine Granaten, keine Minen, nicht einmal Geld; ein Schlachtfeld, auf dem perfide Kriegshandlungen auch ohne Bomben schlimmste Schäden, Narben und Krater hinterlassen; ein Schlachtfeld, das Hunderttausenden Frauen das Leben genommen hat, ohne sie getötet zu haben. Das Schlachtfeld ist der Körper einer Frau.

Es ist kein neues Phänomen: Nicht nur in der Antike oder im Zweiten Weltkrieg wurde sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe eingesetzt. Wir reden hier nicht von einem Phänomen aus längst vergangenen und sehr dunklen Zeiten. Sexuelle Gewalt als Kriegswaffe soll das angegriffene Volk demütigen, demoralisieren und die Gesellschaft zerstören. Eine Gesellschaft, die noch nicht mal ihre Frauen schützen kann und die sich nicht dagegen wehren kann, dass ihre Frauen von ihren Feinden geschwängert werden – vielfach werden diese Frauen dazu gezwungen, die Kinder ihrer Peiniger zu gebären –, wird gebrochen. Darum geht es; das ist der widerwärtige, perfide Plan hinter sexueller Gewalt als Kriegswaffe.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Derya Türk-Nachbaur

- (A) Es ist gerade mal 30 Jahre her, dass diese abscheuliche Waffe mitten in Europa auf brutalste Weise im Bosnien-Krieg benutzt wurde. Bosnisch-serbische Truppen vergewaltigten bosniakische Frauen. Man geht von 20 000 bis 50 000 betroffenen Frauen aus; genaue Zahlen gibt es nicht. Als das Abkommen von Dayton unterzeichnet wurde, um den Krieg zu beenden, saßen – oh Wunder! – keine Frauen am Tisch, wie bei vielen anderen Friedensverhandlungen auch. Die Betroffenen, die an den Folgen des Krieges am meisten litten, hatte Mann nicht bedacht. Dabei ist es erwiesen, dass Friedensabkommen deutlich nachhaltiger sind, wenn Frauen mitverhandeln dürfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Im Juni 2008 setzte die UN endlich ein klares Zeichen gegen Gewalt. Vergewaltigungen im Kontext bewaffneter Konflikte gelten seither endlich als Kriegsverbrechen. Die Grausamkeiten in Bosnien waren der Auslöser zu diesem Schritt. Seitdem ist es eine gemeinsame Aufgabe aller, in Kriegsregionen Beweise für derartige Verbrechen zu dokumentieren und vor allem zu sichern.

- (B) Dokumentiert werden auch mit unserer Hilfe die Gräueltaten des IS, der Tausende Jesidinnen und Jesiden gefoltert, vergewaltigt und versklavt hat. Der Völkermord an dieser Minderheit jährt sich im August zum zehnten Mal. Seit einer Dekade erleiden die Opfer dieser Unmenschlichkeit die Hölle auf Erden. Nach wie vor sind noch Tausende dieser Frauen in den Händen ihrer Peiniger. Auf den Märkten wurden diese Mädchen und Frauen zum Verkauf angeboten; zwischen 10 und 100 Dollar zahlte man pro Frau, pro Mädchen. Ein Mädchen erzählt, dass sie 10- bis 12-mal verkauft worden ist. Der einzige Weg aus dieser Hölle war für viele Frauen der Freitod.

Der Versuch der ethnischen Säuberung führt über den Körper der Frau. Das haben wir in Ruanda erfahren, das sehen wir in der Ukraine, das haben die Hamasterroristen auf bestialische Art am 7. Oktober in Israel gezeigt. Wir erleben das im Iran, in Afghanistan, im Sudan und auf ganz perfide Weise in Xinjiang, wo Zwangssterilisationen der uigurischen Frauen an der Tagesordnung stehen. Nicht nur heute, sondern jeden Tag ist unsere internationale Solidarität gefragt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir wollen diese Peiniger hinter Gittern sehen. Wir fordern Gerechtigkeit. Gerechtigkeit entsteht nicht aus natürlicher Evolution. Gerechtigkeit muss mühsam erkämpft werden. „Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen – sie bekommen nichts“, sagte Simone de Beauvoir. Und wir wollen was.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

(C) Als Nächste hat das Wort für die FDP-Fraktion Gyde Jensen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gyde Jensen (FDP):

Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Staatssekretärin! Als sich die Zweite Internationale Konferenz der Kommunistinnen im Juni 1921 erstmals auf den Internationalen Frauentag verständigte, stand ein Ziel im Vordergrund: der Kampf für Gleichberechtigung und gegen die Diskriminierung von Frauen weltweit. Und auch wenn die Ziele und die Forderungen der sozialistischen und der bürgerlichen Frauenbewegungen dann über die nächsten Jahrzehnte sehr weit auseinandergehen sollten, so waren sie dennoch zu Kompromissen durchaus auch in der Lage.

Dieser gemeinsame Kampf der damaligen Zeit hatte auch einen ersten Erfolg, nämlich als die UN-Vollversammlung den 8. März dann offiziell zum „Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“ erklärte. Und seit 103 Jahren erinnern wir, streiten wir, kämpfen wir für unsere Rechte.

(D) Doch statt weiter miteinander für Frauenrechte zu streiten, streiten Frauen heute, so nehme ich das zumindest wahr, auch immer mal wieder miteinander, übereinander. Spätestens seit dem Streit zwischen den feministischen Zeitschriften „Emma“ und dem „Missy Magazine“ 2017 – Sie erinnern sich vielleicht – erleben wir ein Ringen um feministische Deutungshoheit. Unversöhnliche Fronten, das Absprechen persönlicher Perspektiven, das bewusste Ignorieren von Realitäten haben dabei durchaus die Fähigkeit zur Kompromissfindung mindestens erschwert.

Viele moderne Feministinnen scheinen heute sogar manchmal über jeglichen Zweifel erhaben zu sein. Das hat mir – deswegen möchte ich den Blick einmal auf diese Debatte richten – die aktuelle Debatte um die EU-Gewaltschutzrichtlinie gezeigt. Es gab erhebliche juristische Zweifel von Bundesjustizminister Buschmann, vom französischen Justizminister Dupond-Moretti, vom Juristischen Dienst des Rates, von vielen Staatsrechtlern. Diese wurden als reine Blockadehaltung, als Kalkül und – Zitat – als absolute Spitze eines Machtgefälles gescholten. Die „Emma“ hat sogar gefragt: „Was hat Buschmann gegen Frauen?“

Ich möchte kurz erklären, worum es eigentlich in dieser Frage ging. Es ging um eine unterschiedliche Rechtsauffassung zu der Frage, ob die EU mit einem Vorstoß zu einer Harmonisierung des Vergewaltigungstatbestands in Artikel 5 dieser Richtlinie gegen EU-Recht verstößt. Ich habe dann im Rahmen dieser Frage auch mit vielen Aktivistinnen gesprochen und möchte sinngemäß einen Satz zitieren, der mich doch auch ein bisschen schockiert zurückließ, und zwar: Im Zweifelsfall müssen wir es darauf ankommen lassen, ob das Vorgehen und diese Richtlinie in Karlsruhe scheitern. – Dieses schiere Desinteresse und leichtfertige Ignorieren von verfassungsrechtlichen Bedenken, finde ich, wird auch dem aktivistischen Auftrag,

Gyde Jensen

- (A) Frauenrechte zu verteidigen, überhaupt nicht gerecht. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frauenrechte, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Resolution 1325 verteidigen wir mit dem Rechtsstaat. Wir verteidigen sie, indem wir Recht sprechen und auslegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen bin ich Marco Buschmann sehr dankbar dafür, dass er in Europa dafür gesorgt hat, dass am Ende die EU-Gewaltschutzrichtlinie durchgebracht wurde. Das war möglich, weil man verhandelt hat. Auch daran muss sich ein moderner Feminismus heute messen lassen: ob es ihm gelingt, gemeinsam mit der Politik, gemeinsam mit unterschiedlichen feministischen Strömungen dafür zu arbeiten, dass Frauenrechte mit den Mitteln des Rechtsstaats weltweit verteidigt werden. So ziehen wir weltweit Täter zur Verantwortung, und so sorgen wir dafür, dass Frauenrechte weltweit auch in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten verteidigt werden können.

Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Yvonne Magwas [CDU/CSU])

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die Gruppe Die Linke Heidi Reichinnek.

- (B) (Beifall bei der Linken)

Heidi Reichinnek (Die Linke):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Und vor allem: Liebe Frauen! Was haben wir doch für ein Glück! Letzte Woche, zum 8. März, gab es Blumen, und heute erfreut uns der Bundestag mit einer vereinbarten Debatte zum Frauentag. Nach dieser Debatte passiert übrigens exakt nichts; aber es ist ja schön, dass wir mal wieder über die Situation der Frauen in Deutschland geredet haben.

(Zuruf von der SPD)

Dabei stehen im Koalitionsvertrag ein paar gute Forderungen, liebe Kolleginnen und Kollegen; aber den Worten müssen dann langsam auch mal Taten folgen.

(Beifall bei der Linken)

Denn was sind die Fakten?

Erstens. Frauen verdienen in Deutschland 18 Prozent weniger als Männer. Diese Lohnlücke hat mehrere Gründe; aber besonders zentral ist die ungleiche Verteilung von Pflege- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen.

Sie wollten das Elterngeld vereinfachen und erhöhen und die Familienstartzeit einführen. Wir warten bis heute. Und statt Kitas auszubauen und massiv in Fachkräftegewinnung zu investieren, macht die Ampel einfach weiter wie bisher. Die Probleme sind nicht über Nacht entstanden; das ist klar. Aber jetzt sind Sie in der Verantwortung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Als Linke haben wir deswegen einen Kitagipfel gefordert und ein umfassendes Konzept vorgelegt, um den Kitakollaps zu verhindern. Also hören Sie auf, sich wegzuducken, und handeln Sie endlich!

(Beifall bei der Linken)

Zweitens. In Deutschland fehlen 14 000 Frauenhausplätze. Das weiß hier jede und jeder; aber wissen Sie auch, dass Frauen, die ohne Hab und Gut vor Gewalt in ein Frauenhaus fliehen müssen, für diesen Schutz teilweise selbst auch noch bezahlen? Das muss man sich mal vorstellen! Man will als Frau Partnerschaftsgewalt entkommen, die eigenen Kinder schützen, und dann heißt es: Geld her! – Das ist doch ein absoluter Skandal.

(Beifall bei der Linken)

Sie wollten das ändern und die Finanzierung von Frauenhäusern bundeseinheitlich regeln. Dafür gibt es bisher nicht mal einen Vorschlag. Dabei kostet Gewalt gegen Frauen den Staat jedes Jahr 54 Milliarden Euro an Folgekosten im Gesundheitswesen, bei der Polizei oder durch Arbeitsausfall. Der Ausbau des Gewaltschutzsystems würde nur 1,6 Milliarden Euro kosten und vor allem viel Leid verhindern. Setzen Sie doch endlich, wie versprochen, die Istanbul-Konvention um, und finanzieren Sie Prävention, Beratungsstellen und Frauenhäuser.

(Beifall bei der Linken)

Drittens. Verhütung ist Frauensache – und ziemlich teuer. Frauen kümmern sich um Verhütung, Frauen leiden unter den Nebenwirkungen, und Frauen zahlen. Die Ampel hat versprochen, Verhütungsmittel erstattungsfähig zu machen, für Geringverdienende sogar kostenlos. Auch hier bewegt sich nichts. Deswegen haben gerade auch 36 Verbände an dieses Versprechen erinnert. Also: Worauf warten Sie noch?

(Beifall bei der Linken)

Wahrscheinlich sagen Sie mir, Sie würden das ja alles gerne machen, aber es gäbe kein Geld. Ich sage Ihnen eins: Was der Staat in diesen Bereichen einspart, wird trotzdem gezahlt, und zwar von den betroffenen Frauen.

Also: Danke für die Blumen, aber endlich gute Politik für Frauen von der Ampelkoalition würde uns deutlich mehr helfen.

(Beifall bei der Linken)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Awet Tesfaiesus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Awet Tesfaiesus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gern meine Zeit dazu nutzen, eine neue Perspektive einzubringen. Ich würde Ihnen gerne von meinen 15-jährigen Erfahrungen als Rechtsanwältin berichten: von den Richtern, die mich für eine Dolmetscherin hielten, obwohl ich mit Robe vor ihnen stand, von den überraschten Gesichtern der Mandanten, als sie verstanden, dass ihre Rechtsanwältin schwarz ist,

Awet Tesfaiesus

- (A) von den Postboten, die meinten, meine weiße Angestellte sei meine Chefin. All diesen Personen ist gemein, dass sie sich nicht vorstellen können, dass eine schwarze Frau eine Rechtsanwältin ist.

Ich erzähle Ihnen das, weil das die Botschaft ist, die jedem kleinen Kind in diesem Land, jedem kleinen Mädchen, das nicht dem Stereotyp eines deutschen Mädchens entspricht, immer wieder vermittelt wird.

Unsere Gesellschaft hat es noch nicht geschafft, alle Frauen in ihrer Vielfalt zu sehen. Wir müssen erkennen, dass Gerechtigkeit und Gleichberechtigung nicht in einem Vakuum existieren. Die Kämpfe gegen Sexismus, Rassismus, Klassismus, gegen alle Formen der Diskriminierung sind natürlich miteinander verwoben. Die Perspektive, die uns leiten muss, ist Intersektionalität. Das ist kein bloßes Schlagwort. Wir brauchen sie, um eine wirklich inklusivere und gerechtere Gesellschaft für alle Frauen aufzubauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Unser Weltfrauentag ist ein Frauentag, der die komplexen Schichten der Diskriminierung und damit jede Frau sieht. Frei nach Audre Lorde: Keine Frau ist frei, solange nicht alle Frauen frei sind.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

- (B) **Präsidentin Bärbel Bas:**

Als Nächste hat das Wort für die SPD-Fraktion Susanne Mittag.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Susanne Mittag (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun machen wir mal thematisch einen großen Schlenker. – Wer kennt sie nicht, unsere Bauernweisheit: „Melkt die Bäuerin die Kühe, hat der Bauer keine Mühe“? Diese Weisheit zeigt, es geht nicht ohne Frauen, ganz besonders im ländlichen Raum. Umso erstaunlicher ist es, dass das Wirken der Frauen in der Landwirtschaft und auch im Handwerk so gut wie unsichtbar ist.

Während mehr als ein Drittel der Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft Frauen sind, werden landwirtschaftliche Betriebe zu fast 90 Prozent von Männern geführt. In landwirtschaftlichen Betrieben gelten Frauen häufig als mithelfende Angehörige. Sie arbeiten in Bereichen wie Buchhaltung, Direktvermarktung oder Tourismus. Sie führen körperlich anstrengende Arbeiten auf dem Hof durch und leisten dazu noch Fürsorgearbeit in der nachfolgenden Generation und in der älteren Generation; eigentlich schmeißen sie den ganzen Laden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(C) Es wundert nicht, dass in der Landwirtschaft tätige Frauen häufiger als Frauen in anderen Berufsbranchen an Überlastung – und das ganz still – leiden. Und erst wenn es den Landwirtinnen dann wirklich schlecht geht oder sie ihren Partner, den Betriebsinhaber, verlieren, fällt oft auf, wie mangelhaft ihre soziale Absicherung ist. Ich erinnere an die Studie der Landfrauen, die wir hier auch schon debattiert haben.

Aber es sind die unternehmerischen Tätigkeiten der Frauen, die die ländlichen Räume beleben, Arbeitsplätze schaffen, die lokale Wirtschaft ankurbeln und positives Marketing auf den Höfen ermöglichen. Häufig leisten die Frauen all das neben ihrem ausgeprägten ehrenamtlichen Engagement.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Sie sind in jedem Falle systemrelevant, vor allem im ländlichen Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Trotzdem ist die Lebenssituation von Frauen in der Landwirtschaft heute immer noch von Ungleichheit und Zugangsbarrieren aufgrund sehr alter Rollenbilder geprägt.

Und wenn es hier schon um tradierte Rollenbilder geht, sollten wir auch einen Blick auf die im Handwerk beschäftigten Frauen werfen; denn ihr Anteil liegt – kaum zu glauben! – nur bei etwa 10 Prozent. Wir reden hier gerade von der Hälfte der Bevölkerung, will ich nur mal sagen. Und es überrascht nicht, dass die meisten Frauen in kreativen Handwerksberufen beschäftigt sind und kaum in gewerblich-technischen.

(D) Immerhin gibt es viele Bemühungen im Handwerk, um Frauen mehr in Tätigkeiten zu bekommen, die außerhalb der klassischen Rollenbilder liegen, sei es durch Praxisstage, Zukunftstage, Mentoringprogramme oder die Förderung von Mädchen in MINT-Berufen.

In der Landwirtschaft fehlen diese Programme fast gänzlich, obwohl sie wirken würden. Während im Handwerk fast jede vierte Frau ein Unternehmen führt, wenn auch eher im kreativen Bereich, liegt der Anteil der Frauen bei der Unternehmensführung in der Landwirtschaft nur bei 11 Prozent. Nur zur Erinnerung – noch mal: Es ist die Hälfte der Bevölkerung auch im ländlichen Bereich.

Auch im Jahre 2024 fällt die Bilanz, wie schon in den Jahren zuvor, am Internationalen Weltfrauentag für Frauen im ländlichen Raum nicht so doll aus. Sie sind systemrelevant in der Landwirtschaft, im Handwerk. Aber sie stellen in der Unternehmensführung eine absolute Minderheit dar, obwohl sie in diesen Bereichen einen sehr großen Teil der Tätigkeiten ausüben.

Frauen müssen vor allem auf dem Lande sichtbar werden; denn sie sind die starken Kräfte in der Entwicklung unserer ländlichen Räume, über die wir hier ja auch immer reden. Eine geschlechtergerechte Absicherung, mehr Beratung und Aufklärung, eine gerechte Aufteilung der Fürsorgearbeit auch dort und eine Unterstützung von

Susanne Mittag

- (A) selbstständigen Frauen sind die Aufgaben, deren wir uns als Politik, aber deren sich auch ganz besonders die landwirtschaftlichen Verbände und Institutionen endlich mehr annehmen müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir gehen diesen Schritt für gleiche Rechte und Chancen für die Frauen in der Landwirtschaft, im Handwerk und in weiteren grünen Berufen, damit ihr Wirken überall sichtbar wird. Denn wir wollen nicht nur den halben Kuchen, wir wollen die halbe Bäckerei.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion Anne Janssen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Anne Janssen (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Woche hatte ich die Ehre, an der 68. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission in New York teilzunehmen. Wie auch in den letzten beiden Jahren vertrat ich da nicht nur meine Fraktion, sondern mit meinen Kolleginnen gemeinsam Deutschland als Teil der Vereinten Nationen.

(B)

Und als Vertreterin eines der reichsten und fortschrittlichsten Mitgliedstaaten habe ich mich in diesem Jahr gefragt, mit welcher Haltung und mit welcher Position wir vor Ort in den Austausch treten werden. Denn verglichen mit anderen Mitgliedstaaten befinden wir uns zurzeit leider oft in der Rolle, gute Ratschläge geben zu wollen. Aber meine Vorrednerinnen haben deutlich gemacht: Auch unsere Bundesregierung hat ihre Hausaufgaben längst nicht vollständig erledigt.

Die Frauenrechtskommission widmet sich in diesem Jahr schwerpunktmäßig der Beschleunigung der Gleichstellung der Geschlechter und Teilhabe aller Frauen durch Armutsbekämpfung sowie durch die geschlechtergerechte Stärkung von Institutionen und Finanzpolitik. Und die Beratungen zeigen: Die Bekämpfung von Frauenarmut ist keine Kostenfrage. Es sind institutionelle und strukturelle Gegebenheiten, die über die ökonomische Selbstbestimmung der Frauen entscheiden. Armut – das wissen wir – hat immer noch ein weibliches Gesicht, und der schlechtere Zugang zu Bildung und politischer Teilhabe begrenzt die wirtschaftlichen und persönlichen Freiheiten von Frauen um ein Vielfaches.

Durch die so entstehende Abhängigkeit ist auch die Flucht aus der häuslichen Gewalt nicht möglich. In Deutschland stieg die Zahl der Opfer von häuslicher Gewalt im Jahr 2022 um 8,5 Prozent. Offenbar aber zu wenig, um das von uns auf den Weg gebrachte Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ fortzuführen oder die Vorhaben aus Ihrem Koalitionsver-

trag wie den Ausbau von Hilfesystemen für gewaltbetroffene Frauen oder den einheitlichen Rechtsrahmen für Frauenhäuser umzusetzen. Das ist sehr bedauerlich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich frage mich außerdem, wann die angekündigten Initiativen zur Unterstützung Alleinerziehender zu erwarten sind; denn Alleinerziehende haben in unserer Gesellschaft unter allen Haushaltstypen das höchste Armutsrisiko. Jede fünfte Familie hat nur ein Elternteil, und – Sie werden es sich schon denken können – in 85 Prozent der Fälle sind es eben die Frauen, die sich dann überwiegend oder ausschließlich um die Kinder kümmern.

Während Jungen und Mädchen in Deutschland von Geburt an noch die gleichen Chancen haben, so kann eine Mutterschaft das auf einmal völlig ändern. Wir haben schon vor zwei Jahren in einem Antrag auf dieses offensichtliche Problem hingewiesen. Der gesetzgeberische Bedarf ist also da. Handeln Sie bitte!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zum Schluss möchte ich noch einen Appell an Sie alle richten. In der letzten Sitzungswoche haben wir von der Union einen Antrag zur Beendigung von menschenunwürdigen Zuständen in der Prostitution in den Deutschen Bundestag eingebracht. In den letzten Tagen und auch heute habe ich immer wieder den Satz gehört: Frauenrechte sind Menschenrechte. Deswegen: Lassen Sie uns gemeinsam so schnell wie möglich diese Menschenrechte umsetzen und die schreckliche Situation von Frauen in der Prostitution in unserem Land umgehend beenden!

(D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die SPD-Fraktion Carmen Wegge.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Carmen Wegge (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Sehr geehrte Frauen! Wie häufig habe ich, habt ihr diesen Satz schon gehört: Frauen sind doch gleichgestellt in Deutschland, das steht doch im Grundgesetz. – Ich habe diesen Satz sehr häufig gehört, und oft ist er der Startpunkt einer Debatte mit Menschen, die das auch wirklich glauben. Wir Frauen wären in Deutschland gleichberechtigt, hätten die gleichen Chancen, unsere Träume und Ziele zu erreichen, die gleichen Chancen wie Männer.

Aber, liebe Frauen, wir wissen doch, dass das nicht stimmt. Wir müssen härter arbeiten. Wir müssen mehr arbeiten. Wir müssen uns verbiegen, um unsere Ziele und Träume zu erreichen. Ja, manche von uns hatten bessere Startchancen als andere. Aber ich will es mit den Worten der Schriftstellerin und Aktivistin Audre

Carmen Wegge

- (A) Lorde sagen: „Ich bin nicht frei, solange noch eine einzige Frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere Fesseln trägt als ich.“

Und diese Aussage, die gilt auch für mich. Ich bin nicht frei, solange es Frauen gibt, die in einer der schwersten Situationen ihres Lebens, einem Schwangerschaftskonflikt, vor Beratungsstellen und Kliniken von religiösen Fanatikerinnen und Fanatikern bedrängt und beleidigt werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP und des Abg. Ralph Lenkert [Die Linke])

Ich bin nicht frei, solange es Menschen gibt, die denken, die Strafbarkeit für Frauen bei einem Schwangerschaftsabbruch würde einen gesellschaftlichen Kompromiss darstellen, den wir nicht aufkündigen können. Das Selbstbestimmungsrecht der Frau zu stärken, das ist das, was Frauen in dieser Gesellschaft wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Bärbel Bas:

Frau Wegge, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung von Frau Bär?

Carmen Wegge (SPD):

Gerne.

Präsidentin Bärbel Bas:

- (B) Frau Bär, Sie haben das Wort.

Dorothee Bär (CDU/CSU):

Vielen herzlichen Dank, Frau Kollegin Wegge, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich finde es sehr beeindruckend und sehr schön von Ihnen, dass Sie sagen, dass Sie selber nicht frei sind, wenn es Frauen schlecht geht. Dafür danke ich Ihnen sehr.

Deswegen einfach nur die kurze Frage: Sind Sie dann beispielsweise mit Ihrer Kollegin Leni Breymaier und anderen aus Ihrer Fraktion auch für unseren Antrag „Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden“ und unterstützen unseren Weg?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Carmen Wegge (SPD):

Sehr geehrte Frau Bär, ich bin selbstverständlich bereit, Ihren Antrag zu diskutieren; denn ich glaube, im Bereich der Sexarbeit gibt es viele Frauen, die unfrei sind, die ausgebeutet werden und dort in menschenunwürdigen Verhältnissen sind. Deswegen bin ich gerne bereit, über Ihren Antrag zu diskutieren, und ich finde es auch gut, dass Sie ihn stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es gibt noch viel mehr Gründe, warum ich nicht frei bin. Denn ich bin nicht frei, solange Jugendämter und Familiengerichte nicht wissen, was die Istanbul-Konven-

tion ist und Frauen und ihre Kinder immer wieder in einen retraumatisierenden und erzwungenen Umgang mit Gewalttätern schicken. Ich bin nicht frei, solange Männer denken, dass Frauen hinter den Herd gehören und Kinder zu bekommen haben. Ich bin nicht frei, solange Frauen dafür sterben müssen, wenn sie sich dafür entscheiden, ihr Kopftuch nicht mehr zu tragen. Ich bin nicht frei, solange sogenannte Frauenberufe immer noch schlechter bezahlt werden. Ich bin nicht frei, solange das Gesicht von Altersarmut immer noch weiblich ist. Und ich sage auch eins: Ich bin nicht frei, solange queere Menschen in unserer Gesellschaft nicht auch frei sind. Wenn jemand zusammenhalten muss, dann sind das ja wohl wir.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Und letztendlich bin ich genau hier, an diesem Ort, in diesem Plenum, auch nicht frei. Ich bin nicht frei, weil hier in diesem Hohen Hause 109 Frauen fehlen, 109 Frauenstimmen, 109 Frauenperspektiven, 109 Plätze, die uns Frauen zustehen würden, wenn wir wirklich die Hälfte der Macht haben würden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frauen, lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir irgendwann frei sein werden – mit gleichen Chancen für Träume und Ziele, mit dem gleichen Recht, Fehler zu machen, mit der Gewissheit, dass auch deine und unsere Stimme zählt. Dafür braucht es Mut. Dafür braucht es den Willen, nicht aufzugeben. Ich habe den. Ihr auch? Frauen, (D) Leben, Freiheit!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Damit schließe ich die Aussprache.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 23:

Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU

Länder und Kommunen in der Migrationskrise nicht im Stich lassen – Bund muss Vereinbarungen mit den Ländern umsetzen

Drucksache 20/10611

Für die Aussprache wurde eine Dauer von 68 Minuten vereinbart. – Ich bitte Sie, die Platzwechsel vorzunehmen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zuerst für die CDU/CSU-Fraktion Alexander Thom.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Thom (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Bundeskanzler Olaf Scholz ist bekannterweise ein Freund großer Worte und Superlative, vor allem,

Alexander Throm

- (A) wenn es um Eigenlob geht. Das Problem ist nur: Er schraubt damit die Erwartungshaltung nach oben und kann sie regelmäßig nicht erfüllen.

Ich will Ihnen das belegen. In der Generaldebatte am 31. Januar sagte er: Wir haben alle Fragen mit den Ländern abgearbeitet und mit den Gesetzen vom Januar alles geliefert. – Das war damals und ist bis heute falsch. Denken Sie nur an die Bezahlkarte: Die Grünen blockieren erneut, täglich grüßt das Murmeltier. Denken Sie aber auch an die Frage der sicheren Drittstaaten: Da haben Sie überhaupt nichts geliefert. Der Bundeskanzler versucht mit seinen großen Worten, die Öffentlichkeit zu täuschen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Herbst, „Spiegel“-Titelseite: Wir werden jetzt in großem Stil abschieben. – Wumms! Da war er wieder, der Wumms. Und dann im Gesetzentwurf: 600 zusätzliche Abschiebungen seien damit möglich. Ein Wümmchen. In letzter Minute kamen wieder die Grünen um die Ecke, mit einem Pflichtverteidiger für alle Menschen, die in Ausreisegewahrsam genommen werden.

(Zuruf der Abg. Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit werden alle zukünftig vorher gewarnt sein. Damit werden wir sie nicht mehr erreichen. Damit werden wir keinen Einzigen mehr abschieben, als das vorher der Fall war.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Der Bundeskanzler ist gescheitert, und er wird in diesem Punkt die Vereinbarung mit den Ländern auch nicht mehr erfüllen können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende der Ministerpräsidentenkonferenz vom November hat er diese in der Pressekonferenz als „sehr historisch“ bezeichnet. Aber das war doch ein Kompromiss zwischen der Bundesregierung und 16 völlig unterschiedlich regierten Bundesländern, und zwar auf relativ niedrigem Niveau. Daran war überhaupt nichts historisch. Wenn etwas historisch ist, dann sind es die absolut geringen Ansprüche dieses Bundeskanzlers an sich selbst und seine Bundesregierung, mehr aber nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denken Sie doch an die sicheren Herkunftsländer Indien und im Maghreb! Diese fehlen. Denken Sie an die Fortsetzung des EU-Türkei-Abkommens! Dieses fehlt. Denken Sie überhaupt einmal an eine Aktion gegenüber der Türkei! Der zweitgrößte Anteil aller Asylbewerber im letzten Jahr kommt erstaunlicherweise aus der Türkei. Keine Aussetzung des Familiennachzugs. Straftäter wollen Sie nicht beispielsweise nach Afghanistan abschieben. Nein, daran war nichts historisch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie doch mal zu Ihrem Antrag!)

Dann gab es die Pressekonferenz nach der letzten MPK am vergangenen Mittwoch: „Wahrscheinlich haben wir im vergangenen Jahr die grundlegendsten Veränderungen seit 20 oder 25 Jahren auf den Weg gebracht“, so der Bundeskanzler. Erst dachte ich, ich habe mich ver-

- hört. Nach ein bisschen Nachdenken habe ich gemerkt, was er gemeint hat. Er hat gemeint, dass die Ampel im vergangenen Jahr die Begrenzung als Ziel im Aufenthaltsrecht gestrichen hat. Er hat gemeint, dass es einen generellen Spurwechsel mit Ihrer Politik gibt, einen Zweckwechsel bei der Visaerteilung, dass Sie Bleiberechte für Identitätstäuscher geschaffen haben, dass Sie die Wohnsitzauflage gelockert haben, dass Sie eine doppelte Staatsbürgerschaft und die Turboeinbürgerung gemacht haben und einmalig in der Geschichte ein Sonderaufnahmeprogramm für Afghanistan, womit wir die Menschen direkt nach Deutschland holen.

(Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen Sie denn tun? Kommen Sie mal zum Punkt!)

Das ist das, was er gemeint hat. Das sind Ihre Veränderungen. Aber das hat nichts mit einer geordneten und schon gar nichts mit einer begrenzten Migrationspolitik zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das ist das Gegenteil davon!)

Nein, Sie haben bei vielen kleinen Stellschrauben die Schleusen erst geöffnet.

(Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In Ihrem Antrag finde ich nicht mal Stellschrauben! Ich lese ihn gerade!)

Sie haben Anreize geschaffen und wundern sich, dass das im letzten Jahr quasi ein Konjunkturprogramm für die Schleuser war. „Die Zahlen werden runtergehen“, sagte der Bundeskanzler ebenfalls vergangene Woche. Das ist aber nicht der Fall, obwohl die Grenzkontrollen wirken und sie eindämmen. Wir haben in diesem Jahr, Januar, Februar, schon wieder knapp 50 000 Asylanträge. Zu den Ankunftsahlen gibt es eine Frühwarnung: Sie sind auf den griechischen Inseln im Winter um 200 Prozent gestiegen und auf der Westafrika-Route um 1 300 Prozent. Wir wissen alle, wo die Menschen zum Schluss hinwollen: vor allem nach Deutschland, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Kanzler versucht, mit viel Verbalakrobatik ein Problem kleinzureden, die Öffentlichkeit zu täuschen. Diese lässt sich davon aber nicht beeindrucken. 76 Prozent der deutschen Bevölkerung wünscht sich eine Begrenzung der Migration.

(Enrico Komning [AfD]: Ja! Dann lassen Sie es uns doch mal machen! – Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was machen Sie denn?)

Sie machen genau das Gegenteil; deswegen spalten Sie diese Gesellschaft mehr und mehr.

(Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind doch der Spaltpilz!)

Sie sorgen mit dieser Politik auch dafür, dass unsere Demokratie gefährdet ist.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sebastian Hartmann [SPD]: Was Sie alles bei Frau

Alexander Throm

- (A) Merkel verhunzt haben, müssen wir aufräumen!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die SPD-Fraktion Helge Lindh.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Dr. Ann-Veruschka Jurisch [FDP] – Zuruf von der AfD: Wo ist die Bomberjacke?)

Helge Lindh (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ausgerechnet bei „NIUS“ meinte Jens Spahn, der heute hier in der Debatte ist – jedenfalls vorhin da war –:

„Entweder beendet die demokratische Mitte die illegale Migration oder die illegale Migration beendet die demokratische Mitte.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage: Entweder beendet die demokratische Mitte, gerade die CDU, ihre Anbiederung an den Rechtspopulismus, oder der Rechtspopulismus beendet die demokratische Mitte, die CDU eingeschlossen. Darum geht es.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU/CSU)

- (B) In diesem Gespräch mit dem äußerst seriösen Medium „NIUS“ sagten Sie auch noch, dass Deutschland „kein Einwanderungsland“, sondern „ein Einreiseland“ wäre. Sie sagten auch noch, nach Ihrer eigenen Expertise wäre Afghanistan „in weiten Teilen kulturell noch im Mittelalter“.

Wer so über Migration und Vielfalt spricht, der bewegt sich kulturell und politisch im Mittelalter. Gestern haben Sie hier gefordert, wir müssten Einreiseverbote für Taliban erlassen, und erweckten den Eindruck, dass deren Einreise ein Massenphänomen wäre. Was ist aber mit Ihrer Verantwortung? Was ist mit denjenigen Personen wie Frauen, denen gegenüber wir verantwortlich sind, die höchst gefährdet, besonders schutzwürdig sind? Sie blockieren, argumentieren vehement gegen ein Bundesaufnahmeprogramm und gegen humanitäre Aufnahme. Sie haben immer erklärt, besonders Schutzbedürftige stehen im Zentrum unseres Fokus; aber Sie verhindern, dass gerade die besonders Schutzbedürftigen geregelt und gesteuert nach Deutschland kommen können. Was Sie machen, ist eine Politik der Scheinheiligkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch des Abg. Thorsten Frei [CDU/CSU])

Und sie endet nicht da. In Ihrem Entwurf des Grundsatprogramms entdecken Sie wieder das ganz großartige Thema Leitkultur. Nicht nur das; Sie kommen zu der besonderen Weisheit – ich zitiere –: „Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.“ Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das ist der ganz bewusst strategisch formulierte Gegenentwurf zu Christian Wulffs vernünftigen „Der Islam gehört inzwischen zu Deutschland“.

- (C) (Thorsten Frei [CDU/CSU]: Wir sind gerade bei einem anderen Thema! Das sehen Sie aber, oder?)

Wie hört sich das wohl an im Ohr von Musliminnen und Muslimen? Also wird von Ihnen vorausgesetzt, es gibt einen Unterschied zwischen „Wir“ und „Muslime“, und es gibt laut Ihnen eine Grundvoraussetzung, dass Muslime erst mal nicht unsere Werte teilen. Das ist leider das Niveau, auf dem Sie mittlerweile Migrationspolitik betreiben, ganz weit weg von Merkels „Wir schaffen das“, was noch – bei aller berechtigten Kritik – getragen war von Optimismus

(Lachen des Abg. Jürgen Braun [AfD])

und der Bereitschaft, diese Gesellschaft zu öffnen und ein Herz zu haben und auch gesunden Menschenverstand walten zu lassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Sie müssen nicht vom gesunden Menschenverstand sprechen!)

Es kommt noch mehr hinzu. Sie gebärden sich ja als Anwälte der Länder. Dann schauen wir in die Länder. Herr Wüst tritt in Berlin groß auf, sagt: „Es geht alles zu langsam, der Kanzler handelt nicht, nichts passiert“, und fordert Bezahlkarten, alles muss schnell gehen. Und was passiert in Nordrhein-Westfalen? Die Verantwortung für die Kosten und die Entscheidung über die Einführung der Bezahlkarte werden auf die Kommunen delegiert. Die Kommunen werden alleingelassen. Die Unterbringungs-kapazitäten in diesem CDU-regierten Land machen nur einen Bruchteil der Kapazitäten aus, die es unter der SPD-geführten rot-grünen Regierung 2016 gab. Die kommunale Finanzierung ist mangelhaft. Es werden große Unterbringungseinrichtungen in Problemvierteln und Brandvierteln eingerichtet, und darüber hinaus werden keine Regelungen getroffen, wie man die Kommunen und Ausländerbehörden dauerhaft entlasten kann. Was ist das für eine scheinheilige und doppelgesichtige Politik: einerseits groß im Bund fordern, vor Ort aber die verdammt Hausaufgaben nicht erledigen und dann so tun, als wären ausgerechnet Sie die Anwälte der Kommunen und der Länder? Nein, das ist eben nicht der Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie sagen, der Kanzler müsse handeln, weil Asylverfahren zu lange dauern würden. Warum dauern die denn so lang? Erstinstanzliche Verfahren dauern manchmal mehrere Jahre – auch in CDU-geführten Ländern. Warum steht da nicht Herr Wüst auf? Warum stehen Sie nicht auf und starten eine Initiative, damit die Länder endlich ihrer Verantwortung gerecht werden, bei sich die Justizabteilung ausbauen und dafür zu sorgen, dass Verfahren schneller laufen? Es passiert nichts – und auch da: Täuschung, Anschein erwecken und Doppelgesichtigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Ann-Veruschka Jurisch [FDP])

Sie können das weiter betreiben. Sie können das so machen, aber das Ergebnis ist klar. Horst Seehofer, den ich nicht generell verurteile, weil er zum Beispiel bei der Seenotrettung weit offener und progressiver war als die

Dr. Christian Wirth

- (A) schnaufpause geben. Das heißt, dass Sie die Migration auf null zurückführen, und zwar mindestens so lange, wie sie aus dem Ruder gelaufen ist, nämlich zehn Jahre, oder bis die EU ihren Vertragsverpflichtungen nachkommt. Ja, auch der EU-Vertrag ist ein Vertrag, und hier gibt es Regeln. Jeder kennt das aus zivilrechtlichen Verträgen: Wenn eine Seite nicht leistungsbereit oder nicht in der Lage ist, zu leisten, hat die andere Seite das Kündigungsrecht, das Zurückbehaltungsrecht, das Anfechtungsrecht und Ähnliches. Letztendlich gibt es das Rechtsinstitut des Wegfalls der Geschäftsgrundlage.

Gleiches gilt auch in öffentlichen und in völkerrechtlichen Verträgen. Hier greift der römische Rechtssatz „Clausula rebus sic stantibus“ – Bestimmung der gleichbleibenden Umstände –, was dem Wegfall der Geschäftsgrundlage entspricht. Dieser Grundsatz ist in Artikel 62 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge seit 1969 kodifiziert.

Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt Artikel 3 Absatz 2 des 1993 ratifizierten EU-Vertrages. In Artikel 3 Absatz 2 wird den Vertragspartnern des EU-Vertrages ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen versprochen. Als Gegenleistung garantiert die EU geeignete Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität.

- (B) Spätestens seit 2015 ist jedem klar, dass das europäische Asylsystem gescheitert ist. Die EU kann die Außengrenzen nicht wirksam kontrollieren, Dublin III ist gescheitert, jeder EU-Staat macht, was er will, schließt Grenzen oder schickt Migranten weiter nach Deutschland. Was den Raum der Sicherheit und Freiheit betrifft, genügt ein Blick in unsere Kriminalitätsstatistiken. Dieses Ausmaß der Migrationsbewegung konnte bei Vertragsschluss 1993 nicht abgesehen werden. Demnach ist die Geschäftsgrundlage des Artikel 3 Absatz 2 des EU-Vertrages entfallen.

Da die EU offensichtlich weder in der Lage ist, die Außengrenzen wirksam zu kontrollieren noch ein wirksames Asylsystem zu installieren,

(Zuruf des Abg. Dr. Lars Castellucci [SPD])

kann die Bundesrepublik Deutschland europäisches Asylrecht nach Artikel 69 des Wiener Übereinkommens zumindest suspendieren und auf die nationalen Regelungen des § 18 Asylgesetz und Artikel 16a Absatz 2 Grundgesetz zurückgreifen.

(Beifall bei der AfD)

Demnach hat niemand einen Anspruch auf Asyl, der aus einem sicheren Drittstaat kommt, und ist deswegen an der Grenze zurückzuweisen. So sieht es übrigens auch der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, der in der Regel jeden Asylantrag an der Grenze als rechtsmissbräuchlich betrachtet, der von jemandem gestellt wird, der aus einem sicheren Drittstaat kommt. Diese Vorgehensweise ergibt sich aus der Staatsräson und dem Gedanken der Ordre Public – diese Begriffe führen Sie gerne im Munde, wenn es um

- andere Staaten geht. So können wir Kommunen, Länder (C) und unseren Staat wieder auf gesunde Füße stellen. Das wird mit der AfD geschehen.

Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Marcel Emmerich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Marcel Emmerich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Man wundert sich schon, wo die Union in den letzten Wochen und Monaten war; denn diese Koalition hat mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen auf die Migrationslage reagiert.

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Aha!)

Die Beschlüsse der MPK sind fast vollständig umgesetzt. Deutschland hat GEAS zugestimmt und das Rückführungsverbesserungsgesetz beschlossen. Es gibt mehr Geld.

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Der große Wurf!)

Die Binnengrenzkontrollen werden aufrechterhalten und ausgeweitet, das Personal bei BAMF und in den Jobcentern wird aufgestockt. (D)

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Super Idee der Grünen!)

Die Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende werden erweitert, es werden mehr Länder als sichere Herkunftstaaten ausgewiesen und Leistungen gekürzt.

Die Zustimmung zu diesem Maßnahmenkatalog – ich sage das so offen, weil das kein Geheimnis ist –, fällt meiner Fraktion, meiner Partei in Teilen sehr schwer und stellt eine Zumutung dar. Aber er ist das Ergebnis eines politischen Kompromisses, und den tragen wir auch in Verantwortung für unser Land mit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Den tragen Sie mit, weil er nichts bringt!)

Das aber, was die Union hier mit diesem Antrag macht, ist schon ein starkes Stück und hat überhaupt nichts mit Verantwortung zu tun. Sie ignorieren den Kompromiss der MPK vollkommen

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: War der abschließend? – Gegenruf der Abg. Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr habt doch allem zugestimmt bei der MPK!)

und tun in Ihrem Antrag so, als wäre überhaupt gar nichts umgesetzt.

„Wir haben sehr viel auf den Weg gebracht“,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Marcel Emmerich

(A) sagt Boris Rhein. Und weiter: „Ich hätte mir nicht träumen lassen, dass wir so viel hinbekommen.“ Auch Boris Rhein, CDU-Ministerpräsident, letzte Woche beim Bund-Länder-Treffen.

(Helge Limburg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha! Aha! – Sebastian Hartmann [SPD]: Ach!)

Aber für die Union des Friedrich Merz ist das nach acht Tagen keinen Pfifferling mehr wert. Das zeigt doch schon die ganze Absurdität dieser Debatte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Ann-Veruschka Jurisch [FDP] – Sebastian Hartmann [SPD]: Er ist ja auch gegangen!)

Sie sollten mal eine gesunde Form der Anerkennung an den Tag legen; da würde Ihnen kein Zacken aus der Krone fallen. Sie könnten es Ministerpräsident Rhein leichtun und Ruhe reinbringen, mit Ruhe und Weitblick schauen, was die Maßnahmen bewirken. Stattdessen kommen Sie mit immer weiteren Forderungen um die Ecke.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Die waren vorher schon da!)

Und wem nützt das alles? Sie denken vielleicht: „Super Wahlkampfthema für den Juni!“, aber die rechts von Ihnen können ihr Glück kaum fassen, was für ein Wahlkampfgeschenk Sie denen bescheren.

(B) (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Luiza Licina-Bode [SPD] und Dr. Ann-Veruschka Jurisch [FDP] – Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Sorry, das ist Ihre Politik! – Alexander Throm [CDU/CSU]: Das sind doch Sie! Entschuldigung!)

Wir müssen weg vom Populismus und von Scheinlösungen und weiter sachlich fundiert an diesen Fragen arbeiten. Es geht auch darum, wie wir den Menschen, die hier sind, eine Perspektive bieten. Es gibt unzählige Beispiele dazu, wie uns diese aufgeheizte Debatte schadet, auch wirtschaftlich.

In den letzten Tagen kam beim MDR ein Bericht über Ahmad: syrischer Flüchtling aus Erfurt, spricht Deutsch, arbeitet seit einem Jahr in einer Elektroinstallationsfirma. Die Firma suchte händeringend nach Personal. Und plötzlich entzieht ihm die Ausländerbehörde die Arbeits-erlaubnis, weil seine – ich zitiere – „immer bessere Integration einer späteren Abschiebung im Weg stehen könnte“.

(Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ergebnis: Er bekommt jetzt Sozialhilfe, statt Steuern zu zahlen, und die Firma hat niemanden, der den Job machen wird.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach so!)

(C) Gleichzeitig diskutieren wir hier in diesem Land über einen Arbeitszwang für Geflüchtete. Die Leute wollen arbeiten, aber sie dürfen nicht. Da wird doch der Hund in der Pfanne verrückt!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Ann-Veruschka Jurisch [FDP] – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das ist doch einfach eine Falschinformation! Und das wissen Sie auch ganz genau! – Alexander Throm [CDU/CSU]: Das stimmt überhaupt nicht! 600 000 Anerkannte leben im Bürgergeld! – Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Sie nehmen einen Einzelfall raus! – Zuruf des Abg. Albrecht Glaser [AfD])

Wir brauchen Zuwanderung, um unsere wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit zu erhalten – hektische und ungeduldige Schnellschüsse helfen da überhaupt nicht weiter –, und deswegen müssen wir gerade auch bei der Abschaffung der Arbeitsverbote weiterkommen. Die Koalition hat da auch schon was auf den Weg gebracht. Aber es muss vollkommen klar sein, dass wir alle Arbeitsverbote abschaffen müssen.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Sie finden doch gar kein Arbeitsverbot mehr! Was ist denn das für ein Unsinn!)

Das ist unser Ziel und daran werden wir weiterarbeiten.

(Beifall des Abg. Leon Eckert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(D) Das sind die Punkte, bei denen man einfach mal feststellen muss, dass es zu einer Migrationspolitik im 21. Jahrhundert

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Eine Politik der offenen Tür betreiben Sie, Herr Emmerich!)

bei der Lage Deutschlands auch dazugehört, anzuerkennen, dass wir 400 000 Beschäftigte zu wenig haben. Wir brauchen 400 000 Menschen mehr in diesem Land, um den Laden am Laufen halten zu können.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Also keine 32-Stunden-Woche, oder? – Alexander Throm [CDU/CSU]: Haben Sie mal die offenen Stellen angeguckt bei Ihrer Wirtschaftspolitik? Quatsch!)

Das könnten Sie auch mal anerkennen, statt sich hier immer nur populistisch zu gebaren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Thorsten Frei [CDU/CSU]: So ein Unsinn!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die FDP-Fraktion Dr. Ann-Veruschka Jurisch.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(A) Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe an dieser Stelle und auch im Zusammenhang mit einem Unionsantrag im Bereich der Migrationspolitik schon einmal das Wort „Chuzpe“ verwendet. Inzwischen und gerade nach dieser Woche glaube ich, dass das C in CDU/CSU auch für das Wort „Chuzpe“ steht; denn sonst hätten Sie diesen Antrag nicht eingereicht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Eijeijeijeijeijeije!)

Es geht Ihnen offenkundig nicht um die Sache, sondern ums Klappern – Klappern, um dieses Narrativ zu verstärken, dass in den letzten zwei Jahren in der Migrationspolitik nichts passiert sei, Klappern, um zu übertönen, dass in dieser Legislaturperiode endlich etwas passiert und wir gerade in mühevoller Kleinarbeit einen gigantischen Scherbenhaufen in der Migrationspolitik aufräumen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Sebastian Hartmann [SPD]: Richtig! Genau! – Dr. Gottfried Curio [AfD]: Auftürmen! – Alexander Throm [CDU/CSU]: Sie haben den doch erst angerichtet! Mein Gott!)

Dass in Ihrem Antrag nichts, aber auch gar nichts Neues drinsteht – geschenkt. Aber wenigstens ein neuer Gedanke wäre ja ganz schön gewesen.

(B) Dann kommt derjenige inhaltliche Anteil, den ich unter „versuchte Irreführung, aber mit hoher Eigentorqualität“ abbuchen würde. Ich möchte Ihnen dazu drei Beispiele nennen:

Erstens. Sie beklagen, dass die Asylverfahren und Asylgerichtsverfahren so lange dauern. Das ist schon sehr absurd; denn die Asylverfahren werden in Wirklichkeit kürzer: zuletzt innerhalb von einem Jahr von 7,6 Monaten auf 6,8 Monate.

Noch absurder wird es aber, wenn man mal diesen Link zum Zeitungsartikel aufmacht, den Sie in Ihrem Antrag haben, und sich die Statistiken zur Verfahrenslänge von Asylgerichtsverfahren anschaut.

(Helge Lindh [SPD]: Ja!)

Da steht doch tatsächlich drin, dass die Asylgerichtsverfahren in Rheinland-Pfalz

(Daniel Baldy [SPD]: Von der Ampel regiert!)

knapp sechs Monate dauern – Klammer auf: FDP-Justizminister; Klammer zu – und in Brandenburg 39 Monate, mit der CDU. Unerhört!

(Beifall bei der FDP – Manuel Höferlin [FDP]: Das ist ja ein Unding! Wie kann das sein? Da stimmt ja irgendwas nicht! – Weitere Zurufe von der FDP: Was?)

Zweitens. Sie fordern, dass das EU-Türkei-Abkommen erneuert werden müsse. Ja, natürlich, richtig. Dann sprechen Sie doch bitte unbedingt auch einmal mit Frau

Ursula von der Leyen, CDU, damit sie sich da reinhängt und Allianzen schmiedet, um das zu erneuern, anstatt immer neue Bürokratiemonster in Brüssel zu erfinden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Sebastian Hartmann [SPD]: Die muss erst mal Wahlkampf machen!)

Drittens. Sie fordern mehr Migrationsabkommen. Auch da soll Ihr Klappern davon ablenken, dass in dieser Wahlperiode schon dreimal mehr Abkommen abgeschlossen wurden als in zwei Wahlperioden mit Unionsinnenministern.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Mit welchen Ländern denn? – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Mit was für Ländern denn? Da kommen doch keine Migranten her! – Alexander Throm [CDU/CSU]: Und sie wirken nicht! Mehr Asylbewerber! Keine Abschiebungen!)

Und wenn Sie schon davon sprechen, Herr Kollege Throm, isolierte sichere Herkunftsstaaten zu fordern, dann ist das doch reine Spiegelfechterei; das wissen Sie doch auch.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Und warum? – Alexander Throm [CDU/CSU]: Sie haben es doch selber gefordert! Die FDP hat es doch selber gefordert, Frau Kollegin! Jetzt wird's aber wunderbarlich!)

Nur mit einem wasserdichten Migrationsabkommen ergibt das doch Sinn, damit die Menschen auch tatsächlich abgeschoben werden können. **(D)**

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann kommt das nächste Kapitel in Ihrem Antrag, Überschrift: „Heiße Luft“.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Genau! Die Rede ist heiße Luft!)

Sie haben mehrere Forderungen dazu, was jetzt alles noch auf EU-Ebene im Bereich der Migrationspolitik nachverhandelt oder im bestehenden EU-System verbessert werden sollte. Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass Ende Dezember 2023 – vor drei Monaten – eine historische Einigung zur Reform des europäischen Asylsystems erzielt wurde.

(Lachen des Abg. Dr. Christian Wirth [AfD] – Dr. Gottfried Curio [AfD]: Komplette lächerlich! Und das wissen Sie! – Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Trotz der Bundesregierung!)

Die letzten Abstimmungen finden in ein paar Wochen statt. Jetzt muss es doch allein um die Umsetzung dieser Reform gehen, um nichts anderes – alles heiße Luft!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Alexander Throm [CDU/CSU]: Arbeit einstellen, ja? Okay!)

Dr. Ann-Veruschka Jurisch

(A) Dann fordern Sie Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan. Ja, gut, darüber kann man wirklich mal nachdenken. Sie stellen es aber einfach so in den Raum. Wie das konkret gehen soll mit Ländern, zu denen wir keinerlei diplomatische Beziehungen haben, erwähnen Sie nicht – alles heiße Luft!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Exakt!)

Insgesamt ist festzustellen: Mit solchen blutleeren, abgeleuchteten Forderungen funktioniert Migrationspolitik nicht.

Ich möchte noch mal erinnern, von wo aus wir hier eigentlich gestartet sind: Als diese Regierung ihren Dienst angetreten hat, war der migrationspolitische Instrumentenkasten im Schrank so gut wie leer. In den letzten 15 Monaten haben wir das damals Versäumte mit Siebenmeilenstiefeln nachgeholt:

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Alexander Throm [CDU/CSU]: Sie haben geöffnet! Sie haben die Schleusen geöffnet! Genau! Anreize geschaffen! Sie haben die Situation erst geschaffen! Mensch, ist das irre! Wirklich wahr!)

(B) Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, Chancen-Aufenthaltsgesetz, Fachkräfteeinwanderungsgesetz, Rückführungsverbesserungsgesetz, Staatsangehörigkeitsgesetz, mehr Leistungen erst nach 36 statt nach 18 Monaten, Bezahlkarte, die jetzt kommen wird, zwei weitere sichere Herkunftsstaaten, drei Migrationsabkommen, fünf weitere Migrationsabkommen in der Pipeline, über 1 000 Stellen mehr im BAMF, endlich ein volldigitalisiertes Ausländerzentralregister,

(Manuel Höferlin [FDP]: Das hört ja gar nicht auf! – Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], an die CDU/CSU gewandt: Das muss wehtun! – Alexander Throm [CDU/CSU]: Die FDP schaufelt sich selbst ihr Grab!)

mehr Geld für die aufnehmenden Kommunen. Ja, da staunen Sie!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lachen des Abg. Thorsten Frei [CDU/CSU])

Was aus meiner Sicht jetzt noch kommen muss – und da gebe ich Ihrem Antrag ausnahmsweise mal recht –: Wir brauchen jetzt schnellstmöglich eine umfassende Analyse auf dem Tisch, ob und wie Asylanträge auch in Transitländern und Drittstaaten gestellt werden können, und zwar in einem transparenten Verfahren.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Nein! Keine Anträge stellen! Das Verfahren durchführen!)

Das brauchen wir auf dem Tisch.

(Beifall bei der FDP)

(C) Sie wollen angeblich den Kommunen helfen. Ich sage Ihnen jetzt, wie Sie als Union das machen können. Denn Sie haben da tatsächlich den Hebel in Ihrer eigenen Hand; das sind Ihre Ministerpräsidenten in den Bundesländern. Ganz einfacher Tipp: Sprechen Sie mit denen!

(Beifall des Abg. Konstantin Kuhle [FDP])

Sagen Sie ihnen, dass sie die Geflüchteten während des Verfahrens in den Landesaufnahmeeinrichtungen lassen sollen!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dann müssen nämlich die Kommunen sie nicht unterbringen. Das steht auch als Regelfall so im Gesetz.

Fragen Sie Ihre Ministerpräsidenten, ob sie die Kapazitäten in den Landeserstaufnahmeeinrichtung auch wirklich nutzen!

(Dr. Lars Castellucci [SPD]: Sehr richtig!)

Fragen Sie Ihre Ministerpräsidenten, ob wirklich genügend Personal in den Verwaltungsgerichten für die Asylfälle da ist und ob da alle Anstrengungen zur Gewinnung von mehr Personal unternommen wurden!

(Beifall der Abg. Dunja Kreiser [SPD])

Fragen Sie, ob es in dem Bundesland genügend Ausreisegewahrsamplätze gibt, und zwar dezentral, über das Bundesland verteilt! Denn das spart der Polizei viel Arbeit und Zeit.

(D) Ermutigen Sie Ihre Ministerpräsidenten, da, wo es noch nicht der Fall ist, schnell zentrale Ausländerbehörden zu schaffen, zumindest für bestimmte Bereiche!

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Das ist Stuhlkreisrhetorik!)

Das sind alles Dinge, die jetzt wirklich helfen würden. Sie wollen den Kommunen helfen, also tun Sie es!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Reden Sie mit den Ministerpräsidenten! Nutzen Sie Ihre und auch unsere Arbeitszeit effektiver als mit diesem Antrag!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion Alexander Hoffmann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Hoffmann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin! In meinem Wahlkreis, im Landkreis Main-Spessart, muss die Landrätin mittlerweile Schulturnhallen heranziehen, um die Menschen unterzubringen, die zu uns kommen.

Alexander Hoffmann

(A) (Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielleicht versagt ja Bayern als Land!)

Ich finde es, mit Verlaub, liebe Kollegin Jurisch, etwas zynisch, wenn Sie sich hierhinstellen und sagen: „Reden Sie doch mal mit Ihren Ministerpräsidenten!“ Da gibt es nicht viel zu reden;

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

denn die Wahrheit ist: Die Kommunen haben das Limit nicht nur erreicht, sondern es schon lange überschritten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In dieser Wetterlage stellt sich der Bundeskanzler am Mittwoch in der Kanzlerbefragung hierhin und sagt, diese Bundesregierung habe alles getan, um die Zuzugszahlen zu senken. Wir wissen, weitere migrationspolitische Vorhaben der Ampel sind nicht angedacht. Der Bundeskanzler garniert das Ganze dann noch mit dem Satz – der ist heute schon zitiert worden –, dass alle Fragen der Bundesländer-Beschlüsse abgearbeitet seien. Ich will zu Beginn diesbezüglich zwei Feststellungen treffen: Erstens. Beide Behauptungen des Bundeskanzlers sind schlichtweg falsch. Und zweitens. Diese Aussagen und Ihre Reden heute zeigen, wie weit weg die Ampel, die Bundesregierung und der Bundeskanzler von den Problemen in diesem Land, von der Lage der Kommunen und von der Stimmung der Bevölkerung sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B) Die Bund-Länder-Beschlüsse sind nicht abgearbeitet. Zwei Beispiele: Bei der Bezahlkarte hatte der Bund zugesichert, mit einer bundesgesetzlichen Regelung den gesetzlichen Rahmen zu setzen. Wir erleben einen riesigen Streit. Die Grünen wollen davon nichts mehr wissen und stehen auf der Bremse.

Bei dem Thema „Rückführung“ war es den Ländern wichtig, dass die Rückführungen gesteigert werden müssen. Dann legen Sie ein Rückführungsverbesserungsgesetz vor, das sage und schreibe, Frau Ministerin, 600 Abschiebungen mehr im Jahr ermöglicht. Dann lassen Sie sich aber von den Grünen viele Spezifika reinverhandeln, vor allem den Anspruch auf einen Pflichtverteidiger, der das Verfahren noch sehr viel länger macht und die Möglichkeit eröffnet, sich länger im Land aufzuhalten. Ich sage Ihnen: Das ist kein Rückführungsverbesserungsgesetz; das war schlichtweg Arbeitsverweigerung von Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Jetzt suggerieren Sie, die Zahlen gingen runter – mal ganz abgesehen davon,

(Dr. Lars Castellucci [SPD]: Ach!)

dass die Zahlen im Herbst und Winter letzten Jahres deshalb heruntergegangen sind, weil Sie mit Grenzkontrollen begonnen haben, die wir über ein Jahr lang gefordert haben. Am Anfang hieß es, Frau Ministerin, dass das rechtlich nicht möglich sei. Wir haben nachgewiesen, dass es rechtlich möglich ist. Dann hieß es, die nützten nichts. Jetzt laufen sie, und wir merken, es wirkt. Aber die Wahrheit ist: Die Zahlen sind zu hoch. Im Januar und

Februar dieses Jahres sind schon 50 000 Menschen zu uns gekommen. Wenn ich das hochrechne – da sind Frühjahr und Sommer noch gar nicht dabei –, sind wir bei 300 000 Menschen für dieses Jahr. Und es gäbe Stellschrauben. (C)

Vorhin wurde dazwischengerufen: „Machen Sie doch mal Vorschläge!“. Ich wundere mich. Haben Sie unseren Antrag nicht gelesen? Man könnte an einem ganzen Sammelsurium von Stellschrauben drehen, zum Beispiel durch die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten auf Indien und die Maghreb-Staaten.

(Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie doch mal mit Frau von der Leyen!)

Für die Maghreb-Staaten verhindern das die Grünen schon seit 2017 im Bundesrat. Oder schauen Sie in die Türkei! Im letzten Jahr sind circa 40 000 Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit zu uns gekommen, und die Bundesregierung unternimmt – nichts. Kein Gespräch mit der Regierung in Ankara,

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie kommen Sie denn darauf?)

kein Rückführungsabkommen!

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Das ist schlicht falsch! – Helge Lindh [SPD]: Fake News!)

Selbst wenn ich vorsichtig schätze, haben ungefähr 90 Prozent keine Bleibeberechtigung. Bei mir sind die Turnhallen voll. Dort haben wir eine größere Anzahl von Menschen, um die Sie sich überhaupt nicht kümmern. Sie tragen wie eine Monstranz vor sich her: Ja, wir machen Rückführungsabkommen. – Ich habe einmal nachgesehen. Da sind ganz historische Dokumente dabei. Das Rückführungsabkommen mit Kirgistan reißt es am Ende bestimmt raus. 0,03 Prozent der Asylanträge kommen aus diesem Land. (D)

Auch die Aussetzung des Familiennachzugs – der ist im letzten Jahr auf Rekordniveau gewesen – in verschiedenen Spezifika wäre eine Möglichkeit. Aber Sie unternehmen gar nichts.

Das waren jetzt nur einige Beispiele. Meine Damen, meine Herren und Frau Ministerin, ich sage Ihnen: Sie werden das hier nicht wegschwurbeln und wegdiskutieren können. Die Wahrheit ist: Sie machen sich gern zur Speerspitze des Kampfes gegen rechts. Das lassen wir Ihnen, Frau Ministerin.

(Luiza Licina-Bode [SPD]: Das ist aber nett!)

Aber Sie sind mittlerweile Garantin der Konjunkturpakete für die AfD und auch Garantin für hohe Umfragerate der AfD. Das ist das Problem.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU – Helge Lindh [SPD]: Das war verräterisch!)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Dr. Lars Castellucci für die SPD-Fraktion ist der nächste Redner.

Vizepräsidentin Yvonne Magwas

(A) (Beifall bei der SPD sowie der Abg. Leon Eckert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ann-Veruschka Jurisch [FDP])

Dr. Lars Castellucci (SPD):

Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fast zehn Jahre liegt dieser Satz zurück, der mutige Satz: „Wir schaffen das.“ Aber die Union ist bei einem kleinmütigen „Wir schaffen das nicht“ angekommen. Das Erbe von Angela Merkel ist über Bord gegangen, und – wie man das bei Ihnen erwarten kann – von Seenotrettung ist natürlich keine Rede. Ich finde, Deutschland hätte auch von seiner Opposition mehr Mut und mehr Zuversicht verdient.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Deutschland hätte vor allem von der Regierung mehr verdient, Herr Castellucci!)

Sie haben in den Redebeiträgen, die heute von Ihnen kamen, erstaunlich wenig Zahlen gebracht. Wenn man den Kommunen helfen will – das müssen wir natürlich tun, und dafür sind die Verabredungen auch getroffen –, dann gibt es dafür sehr viele Stellschrauben. Aber entscheidend ist, dass die Zahlen der Geflüchteten sinken, und das tun sie. Im letzten Quartal sind die Zahlen gesunken.

(B) (Alexander Throm [CDU/CSU]: Dank der von Ihnen persönlich abgelehnten Grenzkontrollen! Sie haben die Grenzkontrollen abgelehnt, Herr Castellucci! Sie persönlich!)

Wenn man sich nicht die Asylanträge anschaut, weil bekannt ist, dass die Asylanträge nachlaufen und im letzten Herbst gar nicht alle abgearbeitet werden konnten, sondern die Asylzugänge, also die Zahl derer, die an den Grenzen aufgegriffen worden sind, dann sind die Zahlen im letzten Quartal fast um ein Viertel zurückgegangen. Das ist ein Teil der Wahrheit, die man hier auch einmal aussprechen kann und die ich bei Ihnen vermisst habe. Das sind anscheinend Fakten, die Sie hier nicht so gerne vortragen.

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Das sind hohe Zahlen! – Alexander Throm [CDU/CSU]: Ich habe gesagt, dass ich sie kenne!)

Die Bundesregierung handelt, und sie handelt wirksam. Grenzkontrollen wirken,

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Genau!)

Migrationsabkommen wirken,

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Nein, die wirken nicht!)

und die polizeiliche Zusammenarbeit für die Schlepperbekämpfung wirkt. Wir zeigen als Bundesregierung, dass die Probleme im Bereich der Migration lösbar sind, und zwar so, dass die Menschenwürde gewahrt bleibt und wir Kommunen und Ländern helfen.

(C) (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Dr. Ann-Veruschka Jurisch [FDP])

Der Bund muss seine Aufgaben machen. Aber auch die Länder müssen ihre Aufgaben machen; das ist heute Morgen schon erwähnt worden. Ich schaue nach Baden-Württemberg, ich schaue nach Bayern, zu den Vorrednern der Union. Die Bezahlkarte hätten Sie schon vor sehr langer Zeit einführen können. Warum warten Sie denn eigentlich darauf, dass es eine bundeseinheitliche Regelung gibt? Das sind doch Ihre Versäumnisse, die hier zur Sprache gebracht werden müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Ihr kriegt das nicht hin!)

Herr Throm, in unserem Bundesland ist eine CDU-Ministerin zuständig. Sie schafft es nicht einmal, Standortentscheidungen zu fällen und zu sagen, wo Landeserstaufnahmestellen entstehen sollen. Die Kapazitäten reichen nicht, und es kommen Menschen in die Kommunen, bei denen noch nicht einmal eine Anhörung gemacht wurde. Das sind doch keine Zustände. Aber das ist Länderaufgabe. Sie sind am Zug.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Sie sollten den Menschen im Land auch nicht vorgaukeln, dass es einfache Lösungen gibt. Die Drittstaaten sind angesprochen worden.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Das tut Ihr Bundeskanzler! Ich habe Ihnen die Zitate genannt!)

Herr Dobrindt, der heute Morgen nicht da war, ist nach Ruanda gereist und hat dann festgestellt: Ruanda, da können jetzt einmal die Flüchtlinge hin. – Das ist genauso durchdacht wie seine Arbeit als Bundesverkehrsminister. Deswegen ist die Bahn heute auch so pünktlich, und deswegen hat das mit der Maut auch so hervorragend geklappt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich will Ihnen einmal die Unterschiede herausarbeiten. Sie wollen das Grundrecht auf Asyl abschaffen. Wir wollen mehr Länder auf der Welt dafür gewinnen, ein Grundrecht auf Asyl zu gewähren, Partnerschaften, um die Menschenrechte auszuweiten.

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Wir wollen das nicht abschaffen!)

Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Ruanda dabei ist, dann sind Sie herzlich eingeladen, mitzuwirken. Wenn wir dabei helfen können, machen wir das sehr gerne. Mehr Menschenrechtsschutz durch mehr Länder, die ein Asylrecht anbieten, das ist ein guter Weg.

Dr. Lars Castellucci

- (A) Sie wollen das Asylrecht aber nicht nur abschaffen, sondern durch Kontingente ersetzen – Rechte abschaffen, Almosen geben.

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Wir wollen keine Rechte abschaffen!)

Ich kann Ihnen für die Sozialdemokratie versichern: Seit 160 Jahren arbeiten wir für die Rechte von Menschen: für Menschenrechte, für Arbeitnehmerrechte, für Frauenrechte, für Kinderrechte. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Mit Almosen werden wir uns nicht zufriedengeben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Sandra Bubendorfer-Licht [FDP])

Schließlich soll Afrika unsere Probleme lösen, also unsere Flüchtlinge aufnehmen, obwohl ohnehin schon 90 Prozent der Geflüchteten in den Ländern außerhalb Europas in prekären Verhältnissen leben müssen. Lesen Sie doch einmal, was Ihr Fraktionskollege Rouenhoff zur Afrika-Strategie aufgeschrieben hat! Das ist ein Papier Ihrer Fraktion, durchaus lesenswert. Und dann müssen Sie beides nebeneinanderlegen. Die Ignoranz, die bei Ihnen hier durchschlägt, was das Verhältnis zu unserem Nachbarkontinent angeht, ist nicht verträglich mit dem, was die Afrika-Politiker Ihrer Fraktion richtigerweise aufgeschrieben haben. Wir müssen auf diesem Kontinent neue Partnerschaften gewinnen. Wir können denen nicht einfach unsere Probleme vor die Tür karren.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ausweislich von Umfragen sagen die meisten Menschen, dass Asyl und Migration das größte Problem im Land sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist es nicht. Das größte Problem ist die Frage, wie wir Freiheit und Sicherheit in diesem Land aufrechterhalten können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die größte Aufgabe in diesem Land ist eine Strategie, wie wir unseren Wohlstand und unseren Industriestandort erhalten und gleichzeitig die natürlichen Lebensbedingungen sichern und den Klimawandel aufhalten. Es ist gefährlich, wenn man den Menschen vorgibt, sich Sorgen über Dinge zu machen, die gar nicht zu den Dingen gehören, über die man sich am meisten Sorgen machen sollte, weil wir so die Kraft für die wirklich großen Aufgaben verlieren.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Das machen die Menschen von allein! 70 Prozent!)

Wenn wir über den Wohlstand dieses Landes und den Industriestandort in der Zukunft reden, dann ist Migration eher ein Teil der Lösung als ein Teil des Problems. Ziehen Sie doch mal die Hunderttausenden, die seit 2015 gekommen sind und heute in Krankenhäusern, in Fabriken und in Verwaltungen arbeiten, ab!

(Zuruf des Abg. Josef Oster [CDU/CSU])

(C) Wir brauchen mehr Menschen, weil bis 2060 ein Drittel der Beschäftigten in diesem Land wegfällt. Es ist unsere Aufgabe, eine Stimmung und eine Kultur in unserem Land aufrechtzuerhalten, die Offenheit gewährleistet. Der Bundeskanzler hat in dieser Woche zu Recht gesagt, wir sollten aufhören, bei diesem Thema immer nur rumzurühren, und uns an die Umsetzung machen, mit aller Konsequenz und auf allen Ebenen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Marcus Bühl für die AfD-Fraktion ist der nächste Redner.

(Beifall bei der AfD)

Marcus Bühl (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach der Ministerpräsidentenkonferenz zum Thema Migration in der letzten Woche, also der üblichen Runde, mit der das politische Versagen in der Asylpolitik beschwichtigt werden soll, befassen sich CDU und CSU heute in ihrem Antrag ebenfalls mit der Migrationspolitik. Es ist schon erstaunlich, dass ausgerechnet die CDU das Thema für sich entdeckt, die gleiche CDU, die 2015 die Grenzen für eine ungebremsste Masseneinwanderung geöffnet hat und damit einer der Hauptverursacher der Asylkatastrophe ist.

(D)

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

Da kann ich nur sagen: Willkommen im Superwahljahr 2024! Die Nebelkerzensaison ist eröffnet.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

Was die CDU begonnen hat, führt die links-grüne Koalition mit großen Schritten fort. Der Haushalt für 2024 spricht darüber Bände: 70 Millionen Euro gibt es für Umsiedlungsprogramme nach Deutschland und über 1 Milliarde Euro für betrugsanfällige Integrationskurse. 25 Millionen Euro gibt es für die Asylindustrie, um behördenunabhängig in Asylverfahren zu beraten.

(Helge Lindh [SPD]: Widerlich!)

Das sind nur einige Beispiele der migrationspolitischen Geisterfahrt dieser Bundesregierung. Die Irrfahrt wird auch der Antrag der CDU nicht aufhalten; denn in dem Antrag fehlt nicht nur die Glaubwürdigkeit, sondern auch die Bereitschaft für einen tiefgreifenden Politikwechsel.

(Beifall bei der AfD – Sebastian Hartmann [SPD]: Wie läuft denn eigentlich Ihr Verfahren in Münster?)

Wir als AfD-Bundestagsfraktion fordern eine konsequente Migrationswende, das heißt: erstens lückenloser Grenzschutz und konsequente Zurückweisung illegaler Einwanderer, zweitens konsequente Abschiebung abge-

Marcus Bühl

- (A) lehnter Asylbewerber und drittens, sämtliche Anreize zu illegaler Einwanderung, also den Sozialmagneten, endlich abzustellen.

(Beifall bei der AfD – Sebastian Hartmann [SPD]: Ist die Rede mit Moskau abgestimmt?)

Der Übergang von Geldleistungen zu Sachleistungen an Asylbewerber wird von uns seit Langem gefordert. Erste Umsetzungen beweisen, dass die Kommunen damit finanziell entlastet werden. Im Kreis Eichsfeld in Thüringen haben 25 Prozent der Empfänger der Bezahlkarte den Landkreis verlassen, 10 Prozent suchten sich eine Arbeit. Die Bezahlkarte zeigt also Wirkung und ist ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

Darüber hinaus fordern wir: Keine Asylverfahren für Personen, die aus sicheren Drittstaaten oder ohne Identitätsdokumente einreisen! Allein im CDU-regierten Sachsen leben aktuell rund 13 000 Ausreisepflichtige. Im gesamten Jahr 2023 sind nicht mal 1 000 Personen abgeschoben worden, und in allen anderen CDU-regierten Bundesländern sind die Ergebnisse genauso erschütternd.

Es ist geradezu grotesk, dass ausgerechnet die CDU sich nun als Partei darzustellen versucht, die etwas Maßgebliches gegen die illegale Zuwanderung unternehmen will. Wer den Asylmissbrauch konsequent stoppen will, entscheidet sich für das Original, nämlich die AfD.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

- (B) (Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos] – Enrico Komning [AfD]: Sehr schön war das!)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für Bündnis 90/Die Grünen ist die nächste Rednerin Karoline Otte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Karoline Otte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! „Länder und Kommunen in der Migrationskrise nicht im Stich lassen“, so betitelt die Union ihren Antrag. Name ist dabei keinesfalls Programm. Maßnahmen, die den Kommunen schnell und konstruktiv helfen, sucht man in Ihrem Antrag leider vergeblich. Von Maßnahmen zur besseren Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt oder auch stärkerer finanzieller Unterstützung für Städte, Gemeinden und Landkreise ist an keiner Stelle zu lesen.

Im Antrag reihen sich stattdessen die altbekannten Scheinlösungen aneinander. Ich will das an einem Beispiel, das gerade in der Debatte ist, deutlich machen, nämlich der Bezahlkarte. Kommt die Bezahlkarte nach den Plänen der CDU Berlin, dann kostet sie das Land circa 10 Millionen Euro pro Jahr.

(Mechthilde Wittmann [CDU/CSU]: Für Bayern ist das anders!)

- (C) Das bisherige Verfahren verursacht nicht mal 5 Prozent dieser Kosten, nämlich 360 000 Euro an Personalkosten. Das ist blanker Irrsinn.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Überweisungen nicht möglich und maximal 50 Euro Bargeld im Monat, das sind unter anderem die Regulierungen, die in vielen Ländern für die Bezahlkarte im Raum stehen. Selbst wenn ich mich in die Position hineinversetze, geflüchtete Menschen seien mir egal und deren Würde stelle ich mal ganz hintenan, dann muss ich doch feststellen, dass hierdurch geflüchtete Menschen ganz aktiv davon abgehalten werden, sich um sich selber zu kümmern. Am Ende müssen das dann die Städte und Gemeinden vor Ort richten. Wenn ich Möbel und Klammotten nicht mehr Second Hand kaufen kann, wenn das Schulmittagessen und das Busticket nicht mehr bezahlt werden können, wenn das Kopiergeld, das die Lehrer einsammeln will, einfach fehlt, dann wird das für unsere Städte und Gemeinden vor Ort zum Problem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum dann das Ganze? Die Union glaubt, dass weniger Menschen nach Deutschland fliehen, wenn man Menschen, die hier sind, einfach noch ein bisschen schlechter behandelt. Grundrechte sollen immer stärker eingeschränkt werden, und zwar so sehr, dass die Union jetzt eine Grundgesetzergänzung fordern muss, damit ihre Vorschläge, Geflüchtete noch weiter unterhalb des Existenzminimums zu drängen, nicht von vornherein gegen unsere Verfassung verstoßen. Na, herzlichen Glückwunsch! Als Begründung für diese massiven Grundrechtseinschränkungen muss dann das Märchen vom Pull-Faktor herhalten. Dabei gibt es in der Wissenschaft einen breiten Konsens darüber, dass das absoluter Quatsch ist:

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Weder Ländern noch Kommunen noch Geflüchteten helfen Sie mit Ihrem Antrag.

Bis 2030 fehlen in Deutschland bis zu 3 Millionen Fach- und Arbeitskräfte.

(Zuruf von der AfD)

Gleichzeitig werden Geflüchteten aber bei der Jobaufnahme viel zu oft Steine in den Weg gelegt – das hat mein Kollege Emmerich schon ausgeführt – durch lange Arbeitsverbote, bürokratische Hürden und im Zweifel auch mal durch die Rücknahme einer Arbeitsgenehmigung. Statt am Grundrecht auf Asyl zu sägen, wie es die Union hier tut, müssen wir endlich Arbeitsverbote abschaffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Und wir müssen die Kommunen weiter bei ihrer wichtigen Arbeit vor Ort unterstützen. Es braucht vor allem auch Geld, um Geflüchtete aufzunehmen und Integration möglich zu machen. Das brauchen wir in den Kommunen vor Ort. Davon würden wir alle profitieren. Von Ihrem Antrag profitiert leider niemand.

(D)

Karoline Otte

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die FDP-Fraktion ist der nächste Redner Friedhelm Boginski.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Friedhelm Boginski (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine kleine Zeitreise. 2015 – Sie erinnern sich: „Wir schaffen das!“ – war ich Bürgermeister in Eberswalde, ebenso in den folgenden Jahren. Wir haben dort über 2 000 Geflüchtete aufgenommen, wir haben Kitaplätze organisiert, wir haben Schulplätze organisiert, wir haben Unterkünfte organisiert. Ich kann mich nicht daran erinnern, vom Bund dafür etwas bekommen zu haben. Was ich damit sagen will: Ich finde, man sollte nicht so laut rufen, wenn man selber irgendwann einmal eine Aufgabe vermasselt hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, wir haben heute eine ganz andere Welt. Die Problemlage dürfte wesentlich größer sein als 2015. Wenn wir uns die Fluchtbewegungen aufgrund der Kriege und Krisen in der Welt anschauen, dann ist natürlich zu konstatieren, dass wir den Kommunen mit der Last der Migration, die sie tragen müssen, wieder enorm viel zumuten. Aber heute – und das ist der Unterschied – ist der Bund mit im Boot. Der Bund versucht trotz aller Herausforderungen, den Kommunen zur Seite zu stehen und die Probleme mit ihnen gemeinsam zu lösen. Dabei will ich noch einmal deutlich machen – auch das haben wir 2015 erkannt –: Viele von den Menschen, die wir damals aufgenommen haben, arbeiten heute in unseren Krankenhäusern oder sind in Wirtschaftsbetrieben und Ähnlichem in Eberswalde und Umgebung untergebracht. Das heißt: Man muss auch immer wieder mal das Positive sehen, das wir de facto erreichen können.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Was haben wir gemeinsam mit oder vor allen Dingen durch den Bund geschafft? Die Einstufung von weiteren sicheren Herkunftsländern ist beschlossen. Verstärkte Grenzkontrollen sind eingeführt worden, und deren Wirksamkeit – das merken wir schon – ist vorhanden. Abschiebungen werden erleichtert; das entsprechende Gesetz ist beschlossen. Die Absenkung der Sozialleistungen für Flüchtlinge wurde teilweise umgesetzt, und eine schnellere Arbeitsaufnahme für Asylbewerber ist erleichtert worden. Wir arbeiten an der Einführung der Bezahlkarte. Dazu gibt es eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern. Der Bund arbeitet an der Gesetzgebung, aber – wir haben es ja heute schon gehört – die Länder können sie einführen. Außerdem arbeiten wir an einer europäischen Asylreform.

Was mir wichtig ist – das, glaube ich, sollten wir uns alle in diesem Haus noch einmal vergegenwärtigen –: Mit solchen Anträgen lösen wir die Probleme nicht. So kommen wir keinen Schritt weiter.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Dann sollten wir gar keine Anträge mehr stellen als Unionsfraktion!)

Wir müssen vielmehr versuchen, durch einen steten Austausch, aber auch durch gemeinsame Arbeit Lösungen für die Migration in Deutschland zu finden, und zwar für eine gesteuerte Migration, für eine gesteuerte Einreise. Ich sage es noch einmal sehr deutlich: Die Belastung der Kommunen ist groß; sie ist riesig. Aber wir können die Kommunen nur unterstützen, indem Bund und Länder gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Anders wird es nicht gehen. Hier sind die Länder sehr stark in der Pflicht, die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel tatsächlich an die Kommunen weiterzuleiten; denn nur so kann Integration gelingen.

Ich will noch etwas sehr deutlich sagen: Ich habe in der Presse öfter von einer Obergrenze für die Zuwanderung, für die Migration gelesen.

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Friedhelm Boginski (FDP):

Doch wir alle wissen natürlich, dass dies gesetzlich überhaupt nicht realisierbar ist. Ich bin der Meinung: Nur wenn wir alle zusammenarbeiten, können wir diese Migrationskrise meistern, –

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Lieber Herr Boginski, Ihre Redezeit ist um.

Friedhelm Boginski (FDP):

– und zwar für etwas Positives für Deutschland.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Alexander Throm [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die Unionsfraktion hat Petra Nicolaisen das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Petra Nicolaisen (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Flüchtlingskrise, mit der wir jetzt seit Jahren konfrontiert sind, ist nicht nur eine statistische Herausforderung, sondern ein menschliches, ein soziales und letztendlich natürlich auch ein kommunales Phänomen. Im Jahr 2023 wurden knapp 330 000 Erstanträge auf Asyl gestellt, und allein in den beiden ersten Monaten im Jahr 2024 kamen noch einmal 47 000 Erstanträge hinzu. Das sind Hunderttausende Menschen, die in den Schulen,

Petra Nicolaisen

- (A) in den Kitas und in den Sozialeinrichtungen unserer Städte und Gemeinden unter menschenwürdigen Bedingungen untergebracht werden müssen. Die Bedeutung der heutigen Debatte für unsere kommunalen Einrichtungen und Entscheidungsträger liegt auf der Hand. Die Frage, wie wir als Bundesrepublik Deutschland auf die nicht abreißenden Flüchtlingsströme reagieren, wird letztendlich auf kommunaler Ebene beantwortet. Lieber Kollege Boginski, auch wenn der Bund mit im Boot ist: Die Kommunen sind letztendlich diejenigen, die das ausstragen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Kern unseres Antrags stehen mehrere Forderungen, die eine spürbare Entlastung bringen würden. Ich gehe kurz auf vier Punkte ein, die aus unserer Sicht für unsere Länder und die Kommunen wichtig sind:

Erstens. Im Antrag wird gefordert, den Ländern regelmäßig Zugangsprognosen über die Migrationsentwicklung zur Verfügung zu stellen. Diese Prognosen sind unverzichtbar; denn sie erlauben es unseren Städten und Gemeinden, sich besser auf die Ankunft von Asylbewerbern vorzubereiten, adäquate Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen und Integrationsmaßnahmen rechtzeitig zu planen. Diese Daten sind die Basis für alle weiteren Maßnahmen. Das muss eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Zweitens. Asylverfahren von Angehörigen aus Staaten mit einer Anerkennungsquote von unter 5 Prozent müssen zügiger abgeschlossen werden. Lange Asylverfahren belasten nicht nur die Betroffenen selbst, sondern eben auch unsere Kommunen, die für die Unterbringung zuständig sind. Beschleunigte Verfahren können dazu beitragen, Unsicherheiten für alle Akteure zu reduzieren und die Integrationschancen zu verbessern.

Drittens. Wir müssen den Bundesländern jede Möglichkeit der Unterstützung zukommen lassen, damit abgelehnte Asylbewerber konsequent in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden können. Dies ist besonders für die Kommunen wichtig, da die Rückführung abgelehnter Asylbewerber oft schwierig – wir haben es gehört – und ressourcenintensiv ist. Das wirkungslose sogenannte Rückführungsverbesserungsgesetz, das von den Ampelfrakturen beschlossen wurde, ist wirklich mehr als ungeeignet und eine klassische Verschlimmbesserung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Viertens und letztens. Um den Bau von Asylbewerberunterkünften sowie sozialen Einrichtungen wie Schulen und Kitas zu beschleunigen, wird in unserem Antrag eine zeitnahe Umsetzung von Erleichterungen im Bau- und Vergaberecht gefordert. Dies würde es den Kommunen ermöglichen, schneller auf Bedarfsänderungen zu reagieren und einen Teil der überbordenden Bürokratie zu umgehen.

Lassen Sie mich abschließend eines sagen: Die Kommunen blicken ganz genau auf die heutige Debatte zu unserem Antrag. Die kommunalen Entscheidungsträger sind es leid, mit leeren Phrasen der regierenden Politiker abgespeist zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Liebe Kollegin Jurisch, Sie haben hier die Länder in die Pflicht genommen. Die Länder arbeiten. Erstaufnahmeeinrichtungen auf den Weg zu bringen, ist nicht ganz einfach. Die Herausforderungen kennen Sie. Das kleine Schleswig-Holstein mit 2,8 Millionen Einwohnern hat sieben Erstaufnahmeeinrichtungen auf den Weg gebracht, die letzte Ende vergangenen Jahres. Die Standortsuche ist ein Problem wie auch die Akzeptanz. Und die Unterbringung in Containern möchte auch niemand.

Ich appelliere an Sie und an Ihre Verantwortung und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die SPD-Fraktion ist die nächste Rednerin Luiza Licina-Bode.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Torsten Herbst [FDP])

Luiza Licina-Bode (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauende! Der Titel des Oppositionsantrags – „Länder und Kommunen in der Migrationskrise nicht im Stich lassen – Bund muss Vereinbarung mit den Ländern umsetzen“ – ist nichts anderes als parteipolitischer Populismus. Denn im Widerspruch dazu belegen Sie ja in Ihrem Antrag die beachtliche Leistungsbilanz der Bundesregierung auf nationaler und europäischer Ebene in Asyl- und Migrationsfragen in den letzten zwei Jahren. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Unser Kanzler und unsere Innenministerin haben zahlreiche Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, um Asyl- und Migrationsfragen sachgerecht zu regeln. Gemeinsam mit den Ländern und Kommunen sind zentrale Fragen abgearbeitet und Vereinbarungen über Maßnahmen getroffen worden, zuletzt im März 2024. Vieles davon ist in der letzten Legislatur von Ihrem Innenminister nicht einmal ansatzweise angegangen worden.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Friedhelm Boginski [FDP])

Aktuell sind wir bei vielen Punkten bereits in der Umsetzungsphase. Ihre Ungeduld in allen Ehren – wir verstehen Sie –, aber die bislang ergriffenen Maßnahmen werden – nach und nach – bald wirken. Konkret zu nennen sind die gesetzlichen Schritte zur Entbürokratisierung im Asyl- und Ausländerrecht oder das Gesetz zur Verbesserung der Rückführung von abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, das erst im Februar in Kraft getreten ist. Auch der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Anpassung der Datenübermittlungsvorschriften im Ausländer- und Sozialrecht ist in der Schlussphase der parlamentarischen Beratung. Die vereinbarten gesetzlichen Änderungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind ebenfalls gerade erst in Kraft getreten. Auch die in den letzten Tagen viel

Luiza Licina-Bode

(A) diskutierte Bezahlkarte wird kommen. Die Bundesregierung hat entsprechende Formulierungshilfen auf den Weg gebracht. Auch die gesetzlichen Regelungen zur schnelleren Arbeitsaufnahme von Geflüchteten sind gerade erst in Kraft getreten. Bund und Länder wollen die Anstrengungen weiter intensivieren, um Geflüchtete schneller in den Arbeitsmarkt zu bekommen, insbesondere Ukrainer oder Geflüchtete aus den acht zahlenmäßig stärksten Asylherkunftsländern.

Mit dem Ende 2022 beschlossenen Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts erhalten geduldete Menschen nun endlich die Möglichkeit, am Arbeitsleben teilzunehmen, und können darüber ein reguläres Bleibe-recht erhalten, indem sie ihren Lebensunterhalt eben selb-er verdienen.

Weiter haben sich Bund, Länder und Kommunen auch auf die Aufteilung der Flüchtlingskosten einigen können. Der Bund wird zeitnah einen entsprechenden Entwurf des Finanzausgleichgesetzes vorlegen und auch verabschieden, damit eben noch in diesem ersten Halbjahr 2024 der erste Abschlag an die Länder gezahlt werden kann.

Wir stellen Bundesimmobilien mietzinsfrei zur Unterbringung von Geflüchteten zur Verfügung, und wir haben auch Ausnahmen im Baurecht geregelt, damit Kommunen schneller Wohnraum schaffen können.

All das sind Maßnahmen, die der Bund getroffen hat und die Länder und Kommunen wirksam entlasten werden.

(B) Soweit Sie in Ihrem weiteren Antrag alles zusammen-geschrieben haben, was man auf europäischer Ebene mal besprechen könnte, habe ich gute Nachrichten für Sie: Unsere Innenministerin hat auf europäischer Ebene weg-weisende Erfolge errungen.

Wir haben das GEAS auf neue Beine gestellt, und das wird in der nächsten Zeit umgesetzt werden. In dem Zu-sammenhang werden alle Fragen, auch was Dublin, Ver-teilung etc. angeht, noch mal erörtert werden.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Ann-Veruschka Jurisch [FDP])

Frontex werden wir auch weiter unterstützen. Zu der Frage, die in letzter Zeit aktuell ist und die Sie aufgewor-fen haben, nämlich ob wir Asylverfahren in Drittstaaten in Betracht ziehen können: Ja, das prüfen wir. Aber ich gebe auch mal das Urteil zu bedenken, das Großbritan-nien in diesem Zusammenhang kassiert hat. Die Men-schenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskon-vention kann man eben darüber nicht aushebeln, und wir müssen uns fragen, ob wir die Einhaltung dieser Stan-dards in diesen Drittstaaten überhaupt garantieren kön-nen. Daran habe ich meine Zweifel, insbesondere auch, wenn ich an die Komplexität und auch an die Kosten denke, die solche Verfahren verursachen.

Liebe Union, ich gebe Ihnen mal zu bedenken, dass ungefähr 8 Millionen Menschen, Flüchtlinge, im Moment in Drittstaaten in UNHCR-Camps ausharren. Das alles sind Flüchtlinge, die den Weg nach Europa gar nicht schaffen. Das mal zur Information. Am Ende haben wir keine Möglichkeit, die Einhaltung dieser Standards zu garantieren.

(C) Die Bundesregierung – das wurde heute auch schon angesprochen – verhandelt zahlreiche Migrationsabkom-men und Rückübernahmeabkommen. Mit Georgien ist das passiert, mit Marokko ist eine Partnerschaft verabre-det. Mit weiteren Herkunftsländern sind wir insoweit im Gespräch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Johannes Fechner [SPD]: Alles, was die Union nicht geschafft hat!)

– Alles, was bisher nicht passiert ist, genau.

Abkommen mit Staaten, aus denen Menschen nach Deutschland kommen, bei denen wir aber nur geringe Anerkennungsquoten haben, sind eben auch beabsichtigt, und da spielt es dann am Ende keine Rolle, wie viele Prozent es sind. Wir wollen einfach ein Konzept, das zusammenpasst, und da kann man sich nicht nur auf einige konzentrieren.

Die verstärkten Kontrollen an den Grenzen, die wir jetzt eingeführt haben – dafür sind wir heute auch schon gelobt worden –, zeigen Wirkung. Die Polizei hat das bestätigt, und die Zahlen bestätigen das auch.

Wir brauchen aber bei allem, über das wir hier dis-kutieren, Einwanderung auch in den Arbeitsmarkt. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das wir auf den Weg gebracht haben und das mit Ihnen viele Jahre nicht mög-lich war, wird da jetzt hoffentlich viele Lücken schließen können.

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Das letzte haben wir gemacht!) (D)

Wir trennen insgesamt Migration gezielt von Asylver-fahren und eben auch von Erwerbsmigration.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Sie trennen es gerade eben nicht!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, davon, dass wir Län-der und Kommunen im Stich lassen, kann nach alldem, was wir heute hier besprochen haben, nicht mal ansatz-weise die Rede sein. Ganz im Gegenteil: Es wurde inten-siv mit Ländern und Kommunen zusammengearbeitet, um diese Erfolge zu erzielen, die wir bislang erzielt haben und die auch in nächster Zeit wirken werden.

Was die Bundesregierung erreicht hat, verdient An-erkennung und nicht diese Form von Populismus.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wenn ich mich mit Zukunftsforschern unterhalte, –

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Ihre Redezeit ist vorbei, bitte.

Luiza Licina-Bode (SPD):

– das vielleicht als Schlusssatz –, dann sagen die Zu-kunftsforscher: Die Zukunft wird gut, und die Zukunft für Deutschland wird auch gut.

Luiza Licina-Bode

- (A) Wir sollten mal aufhören mit dem Gejammer und den Menschen draußen auch mal sagen, dass wir eine gute Zukunft zu erwarten haben, und nicht alles immer schlechtreden, was diese schlechte Stimmung in unserer Gesellschaft verursacht.

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Ihre Redezeit ist vorüber, liebe Frau Licina-Bode.

Luiza Licina-Bode (SPD):

Ihren Antrag lehnen wir natürlich ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Alexander Throm [CDU/CSU]: Dafür brauchen Sie eine Glaskugel!)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die Gruppe Die Linke hat das Wort Clara Bünger.

(Beifall bei der Linken)

Clara Bünger (Die Linke):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Unionsfraktion hat auf drei Seiten einen ganzen Katalog von Maßnahmen der Abschottung und Entrechtung zusammengetragen, darunter: Stärkung von Frontex, EU-Türkei-Deal neu auflagen, Grenzkontrollen an innereuropäischen Grenzen und Sozialleistungen noch weiter absenken.

(B)

Eigentlich soll es aber laut Überschrift um etwas ganz anderes gehen: um die Unterstützung der Kommunen. Aber davon kann man in diesem Antrag nichts lesen.

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Wenn die Verfahren funktionieren, werden sie unterstützt!)

Stattdessen missbrauchen Sie wieder mal die Situation der Kommunen, um die Stimmung gegen geflüchtete Menschen noch weiter anzuheizen,

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Das sehen die Kommunen ganz anders!)

und das, obwohl gerade Millionen Menschen gegen den Rechtsruck und die Deportationspläne von rechts demonstrieren.

(Zuruf von der AfD: Lügen werden nicht besser durch Wiederholung!)

Wir alle hier wissen, dass man die Gründe der Flucht nicht einfach abstellen kann. Menschen fliehen beispielsweise aus Nordsyrien, weil Erdogan dort völkerrechtswidrig kurdische Gebiete bombardiert. Deutschland ist einer der engsten Partner der Türkei.

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das!)

Menschen fliehen, weil Kriege oder Zerstörung von Lebensgrundlagen ihnen keine andere Wahl lassen. Das ist der Grund.

Aber zurück zu Ihrem Antrag, in dem es ja eigentlich um die Kommunen gehen soll. Ich frage mich ernsthaft, ob Sie mal bei den Kommunen nachgefragt haben, was sie eigentlich brauchen. (C)

(Beifall bei der Linken – Zurufe von der CDU/CSU: Ja!)

Ich habe das getan. Ich habe über 120 Kommunen angeschrieben und gefragt, was sie wirklich brauchen. Und das, was die Kommunen geantwortet haben, hat, oh Wunder, gar nichts mit dem zu tun, was in Ihrem Antrag steht. Herr Throm, was Sie hier referiert haben, stimmt einfach nicht mit dem überein, was die Kommunen fordern.

Ich sage Ihnen mal, was die Kommunen durch die Bank weg gefordert haben: mehr Geld für strukturelle Förderung, beispielsweise Integrationskurse und Sprachklassen. Ich muss sagen, es ist schon ein Riesenskandal, dass die Unterstützung der Kommunen pro Person heute geringer ist als 2015. Inflationsbereinigt, so könnte man sagen, bekommen Kommunen heute 25 Prozent weniger Geld vom Bund pro Asylbewerber als unter Kanzlerin Merkel.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Da haben Sie mal ausnahmsweise recht!)

Dazu kommt: Seit Jahrzehnten werden die Kommunen kaputtgespart. Genau das lassen Sie aber galant weg; das thematisieren Sie in Ihrem Antrag nicht. Sie machen die Menschen, die vor zwei Monaten nach Deutschland gekommen sind, dafür verantwortlich, dass hier 30 Jahre lang die Kommunen kaputtgespart wurden. Genau das schreibt beispielsweise die Stadt Reutlingen: Die Flüchtlinge sind eben nicht die Ursache von Infrastrukturproblemen. (D)

(Beifall bei der Linken)

Was brauchen wir also tatsächlich? Nachhaltige finanzielle Unterstützung der Kommunen, damit sie die ankommenden Menschen, die geflüchteten Menschen, menschenwürdig aufnehmen und versorgen können. Das fordern die Kommunen übrigens auch selber.

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Clara Bünger (Die Linke):

Das würde allen Menschen zugutekommen.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Meine Kommunen wollen einfach schlicht weniger!)

Mein letzter Satz. Was wir nicht brauchen, sind mehr Abschottung und Entrechtung von Schutzsuchenden. Dass hier ernsthaft über das Ruanda-Modell diskutiert wird, ist eine Schande für diese Bundesregierung.

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Matthias Helferich ist der nächste Redner.

(A) **Matthias Helferich** (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Guter Antrag, liebe CDU/CSU! Herr Throm, wirklich Chapeau! Das war eine gelungene Oppositionssimulation.

An zahlreichen Stellen in Ihrem Antrag kritisieren Sie die migrationspolitische Blockadehaltung der grünen Partei und ihrer Vorsitzenden Lang, um sich als Gegenspieler des bunten Blocks hier im Hause zu inszenieren. Die Realität ist aber eine andere: In NRW schwärmt Ihr Ministerpräsident Wüst von dem Potenzial schwarz-grüner Regierung. Ausbleibende Abschiebungen und Kuscheljustiz für Clans sind bei dieser Machtoption eben eingepreist. Auch in meiner Heimatstadt Dortmund rühmt sich die Rats-CDU für ihre Projektpartnerschaft mit den örtlichen Grünen. Es verpflichtet nun mal zum Stillhalten, wenn die Pleitekommune Dortmund für rund 35 Millionen Euro neue Containerdörfer und Asylhotels plant.

Was Massmigration ganz konkret für unsere Kommunen bedeutet, zeigen drei Beispiele aus NRW:

In Erkrath metzelt ein Nordafrikaner junge Mädchen nieder, um ihre Handtaschen zu erbeuten. Er lässt seine Opfer schwerverletzt am Feldrand zurück.

In Duisburg sticht ein Deutsch-Bulgare wahllos, Herr Hartmann, in die Köpfe von Grundschulkindern. Sie überleben nur knapp.

In meiner Heimatstadt Dortmund kassiert der Afro-Dortmunder „Mister Cash Money“ über Scheinvaterschaften rund 1,5 Millionen Euro.

(B)

Deutschland ist zum Paradies für Messerstecher geworden. Deutschland ist ein Beuteland für Fremde. Hoffnung für unsere Heimat wird es mit der CDU/CSU nicht geben. Sie werden sie für eine Koalition mit der grünen Partei erneut verraten. Ich hoffe für Sie, dass die politische Ménage-à-trois von CDU, CSU und Ricarda Lang das alles wert ist.

Ich werde Sie an Ihre Worte nach der nächsten – –

(Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat das mit Ricarda Lang zu tun?)

– Quatschen Sie doch nicht immer dazwischen, Frau Kaddor. Hören Sie doch einfach mal zu!

(Zuruf der Abg. Rasha Nasr [SPD])

Ich werde Sie an Ihre Worte nach der nächsten Bundestagswahl erinnern. Es gibt nämlich Kräfte in diesem Land, in diesem Haus, Herr Throm, die Ihnen 2015 weder vergessen noch verzeihen werden.

(Rasha Nasr [SPD]: Eine Schande, dass Menschen wie Sie hier reden dürfen! Es ist eine Schande für dieses Haus! Ekelhaft! – Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immer die gleiche Leier! – Sebastian Hartmann [SPD]: Das „freundliche Gesicht des NS“ hat gesprochen!)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Und für Bündnis 90/Die Grünen hat nun das Wort Leon Eckert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

(C)

Leon Eckert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Kaum ist ein MPK-Beschluss gefasst, legt die Unionsfraktion uns einen neuen Antrag auf den Tisch. Anstatt gemeinsam – Bund und Länder zusammen – an einem Strang zu ziehen – und das mit schmerzhaften Kompromissen, wie der Kollege Emmerich für uns gesagt hat –, müssen Sie eine Woche nach der MPK reflexartig nachlegen.

Ich möchte auf drei aus meiner Sicht gefährliche Forderungen der Union eingehen, die den Antrag und die Debatte dominieren, und zwar:

Erstens: die Söder-Bezahlkarte. Ich zitiere die CSU: „Unsere Bezahlkarte kommt schneller und ist härter.“ Das bedeutet: Hunderte neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Landratsämtern werden nach den Vorstellungen der CSU in Zukunft die Einkäufe von Menschen durchwühlen. Zuerst durchsucht Söder nach eigenen Aussagen den Einkaufswagen nur nach Alkohol. Aber die Saat ist damit gelegt für den übergriffigen Freistaat.

Wie geht es mit der Söder-Bezahlkarte weiter? Unionsabgeordnete fordern bereits jetzt die Bezahlkarte für Bürgergeldempfänger. Und nach einem ungünstig verlaufenden Termin im Landratsamt sperrt Söder dann die Schokolade oder die Süßigkeiten auf der Bezahlkarte?

(Moritz Oppelt [CDU/CSU]: Das machen doch eher die Grünen! Ein Scherz!)

(D)

Ein fataler Vorschlag, bei dem ich an alle Kolleginnen und Kollegen appelliere, die Gefahren, die mit einer solchen Maßnahme verbunden sind, nicht zu unterschätzen!

Zweitens. Seit Seehofer ist die bayerisch-österreichische Grenzregion in wirtschaftlicher Geiselschaft mit Millionenschäden für die Wirtschaft vor Ort. Pendlerinnen und Pendler stehen stundenlang in Schlangen, während die Polizeigewerkschaft selbst sagt: Sinnvoller wäre flexibel statt stationär, weil die Kontrollpunkte bekannt sind. – Und, oh Wunder, man kann einfach außen rumfahren.

Drittens. CSU-Zwangsdienst – na, ich meine „gemeinnützige Arbeit“, wie es von vielen Landräten von der CSU genannt wird – legt Kommunalverwaltungen lahm und hält Menschen von sinnvollen Integrationsmaßnahmen ab. Der Bäcker in Traunstein findet keinen Azubi, während Asylbewerber von Ihnen als „faul“ bezeichnet und mit Arbeitsverboten belegt werden. Absurde CSU-Logik!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Was wir jetzt brauchen, ist eine echte Integration und die Unterstützung des Bundes für die Länder und Kommunen. Dafür entlasten wir die Kommunen finanziell bei der Unterbringung und Integration, erleichtern den Zugang zum Arbeitsmarkt, und vor allem tun wir eins nicht: Scheinlösungen vorschlagen auf Kosten der Schwächeren.

Leon Eckert

- (A) Zum Ende meiner Rede möchte ich noch anmerken, dass es aus meiner Sicht mit der Geschäftsordnung nicht übereingehet, dass hier AfD-Parteifunktionäre die Redezeit der AfD erweitern, nur weil sie sich als Fraktionslose tarnen. Ich glaube, da sollten wir noch mal drüber reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Sebastian Hartmann [SPD]: Er ist ja auch im Landesvorstand der AfD in NRW! – Dr. Götz Frömming [AfD]: Da müssen Sie mal nach links gucken!)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Und die nächste Rednerin ist Joana Cotar.

Joana Cotar (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Kanzler Scholz und die Ministerpräsidenten berieten nunmehr zum vierten Mal in einem Jahr, wie man die Zuwanderung nach Deutschland begrenzen könnte – und heraus kam: nichts. Stattdessen war man stolz darauf, die Besprechung diesmal so kurz gehalten zu haben.

Liebe Kollegen, und wenn Sie sich die Nächte um die Ohren schlagen müssen: Die Bürger haben ein Recht darauf, dass verantwortliche Politiker endlich eine Lösung für ein Problem finden, das dieses Land seit mittlerweile zehn Jahren belastet. Mit dieser MPK lässt die Bundesregierung die Kommunen und die Menschen vor Ort einmal mehr im Stich, die nicht mehr wissen, wo sie Wohnraum, Geld, Schul- und Kitaplätze und auch Geduld hernehmen sollen.

- (B) Gleichzeitig empören sich alle hier über die guten Umfrageergebnisse der AfD.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Die sind gar nicht mehr so gut! Schauen Sie mal hin!)

Dabei ist es ganz einfach: Die Leute haben die Schnauze voll. Die Leute haben die Schnauze voll von Ihrer Politik, von Ihren Ausflüchten und davon, sich für dumm verkaufen zu lassen und dass Sie sich nicht mal ansatzweise bemühen, die Probleme dieses Landes zu lösen.

Und es sind nicht nur die Deutschen. Es sind auch die Ausländer und die Deutschen mit Migrationshintergrund, die sagen: Genug ist genug. – Die haben sich hier nämlich ein Leben aufgebaut, die haben etwas geleistet, die haben sich integriert, die haben nie die Hand aufgehoben, sondern gearbeitet, oft in weniger gut bezahlten Jobs. Und die sehen dann, dass andere hierherkommen, Forderungen aufstellen und mithilfe von NGOs auf alle möglichen Rechte klagen und dann rundum versorgt werden. Das ist nicht fair.

Das Leben in Deutschland ist für viele nicht mehr fair: für die Rentner, für die Leistungsträger, für die Alleinerziehenden, für die Familien, für die, die sich hier anständig benehmen, arbeiten und Steuern bezahlen. Und dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn Ihr Vorschlag?)

- (C) Anstatt das anzugehen und die Sorgen ernst zu nehmen, die Bürger massiv zu entlasten und das Land wieder zu einen, machen Sie das Gegenteil und ignorieren die Realität vieler Bürger.

Es ist nicht schwer, das Migrationsproblem zu lösen.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Die Vorschläge liegen seit Jahren auf dem Tisch. Man muss es nur wollen. Und das ist das Problem: Die Ampel gegen die Bürger! Sie wollen nicht. Aber das Schöne ist: Nächstes Jahr, bei den Wahlen, werden die Bürger gewinnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Dr. Johannes Fechner [SPD]: Was war jetzt Ihr Vorschlag? Keiner! Null! – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum sind Sie überhaupt ausgetreten?)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Und für die Unionsfraktion ist der letzte Redner in dieser Debatte Detlef Seif.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Detlef Seif (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich die Debattenbeiträge der Ampelvertreter höre, dann merke ich, dass das Problem relativiert wird, dass es bei Ihnen völlig aus dem Blick geraten ist.

- (Dr. Johannes Fechner [SPD]: Überhaupt nicht! – Gegenruf des Abg. Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Ja, aber selbstverständlich! Volle Kanne!)

– Man hat es bei Ihren Beiträgen nicht wahrgenommen.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Zuhören!)

Der andauernde und im Ergebnis nicht gesteuerte und kontrollierte Zuzug von Menschen in unser Land belastet uns in erheblichem Umfang. Die Länder und Kommunen sind längst an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen.

(Sebastian Hartmann [SPD]: Ihr habt doch bei Frau Merkel 2015 geklatscht!)

Gehen Sie in die Kindertagesstätten, gehen Sie in die Schulen, gehen Sie in die Verwaltungen!

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Ja, das tun wir!)

Sie sehen überall Überlastung. Die Menschen stoßen auch persönlich an ihre Grenzen. Der Wohnungsmarkt ist mehr als angespannt; es brennt in diesem Land. Bei diesem Sachverhalt ist gelungene Integration bloßes Wunschdenken. Wir haben eine Krise, und die muss gelöst werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Frage ist, wie. Wenn mir ein AfD-Vertreter ohne Differenzierung sagt: „Wir müssen die Migration auf null zurückführen und dann vielleicht die nächsten zehn Jahre ohne Differenzierung auf EU-Zuwanderung, auf Zuwanderung im Bereich Arbeitsmigration, auf sonstige Zu-

Detlef Seif

(A) wandern verzichten“, dann ist das völlig falsch und macht deutlich, welches Weltbild und welches Menschenbild Sie haben. Das lehnen wir alle hier in diesem Haus ab.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Manuela Rottmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Sebastian Hartmann [SPD]: Das ist aber nicht die schwarz-grüne Regierung in NRW, oder?)

Auf der anderen Seite: Lieber Helge Lindh, die Migration ist zwar nicht die Mutter aller Probleme, aber ungelöste Probleme führen zu einer Krise. Und es geht genau darum. Es geht nicht darum, Migration zu verteufeln,

(Helge Lindh [SPD]: Dann tun Sie es doch nicht!)

sondern darum, zu erkennen, dass wir hier Lösungen brauchen. Allein mit – Sie sprachen davon – einem offenen Herzen, einer offenen Gesellschaft lösen wir das Problem nicht.

(Sebastian Hartmann [SPD]: Aber das ist doch schwarz-grüne Regierungspolitik in NRW! – Weiterer Zuruf von der SPD, an Abg. Sebastian Hartmann [SPD] gewandt: Eben, genau! So läuft der Wüst rum!)

Eines zur Klarstellung. Gerade die ungelöste Situation als solche und nicht die Diskussion über die Migrationskrise führt zur Stärkung der politischen Extreme. Ich verstehe nicht, dass Sie den Zusammenhang bis heute nicht begriffen haben, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU – Sebastian Hartmann [SPD]: Und ich verstehe nicht, warum in NRW die Hälfte der Abschiebungen scheitert! Können Sie das mal erklären?)

Kollegin Ann-Veruschka Jurisch, Sie sind hochgeschätzt; Sie sind intelligent, Sie kennen sich in den Themen aus.

(Zuruf von der SPD)

Ich war nicht enttäuscht, dass Sie nicht meine Meinung vertreten haben, aber darüber, dass Sie hier den falschen Duktus gewählt haben. Sie wissen genau: Auch die Einigung zum GEAS wird die Probleme nicht in Gänze lösen können. Wir haben jetzt schon ein GEAS; wir haben jetzt schon Rechtsvorschriften. Das Problem ist, dass viele Mitgliedstaaten sich im Bereich der Registrierung, im Bereich der Zuständigkeiten nicht daran halten. Und die werden sich auch beim neuen GEAS wegducken. Deshalb müssen wir hier flexibel sein und neue Lösungen finden. Und die ersten sind die, die wir im heute vorliegenden Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sebastian Hartmann [SPD]: Jetzt haben wir wirklich ein Problem! – Helge Lindh [SPD]: Eijei!)

Noch eines zur Klarstellung. Wenn wir über Verfahren in sicheren Drittstaaten reden, liegen Welten zwischen unseren Auffassungen. Wir als Fraktion sagen: Die ir-

reguläre Migration kann man nur zurückdrängen, wenn man den Anreiz nimmt, in die Europäische Union zu kommen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das schafft man nur, indem alle Asylverfahren in sichere Drittstaaten verlagert werden. Sie wollen, auch Kollege Castellucci, sogar Antragstellungen in den Drittstaaten möglich machen. Welcher Irrsinn! Ein neuer Zuzug, eine neue Massenmigration!

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fangen Sie endlich an, Verantwortung für dieses Land zu übernehmen! Lassen Sie sich asylpolitisch nicht von den Grünen am Nasenring durch die Arena ziehen!

(Lamy Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich mach' mir die Welt, wie sie mir gefällt! – Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Grundgesetz ist bei Ihnen gar nichts mehr wert, gar nichts! Die CDU/CSU tritt es in die Tonne!)

Herr Bundeskanzler, zeigen Sie Führung. Migration ist, wie auch unser verstorbener Kollege Wolfgang Schäuble gesagt hat, eine Schicksalsfrage für die Europäische Union, aber auch für Deutschland. Werden Sie tätig im Sinne dieses Landes!

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU – Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schämen Sie sich! Gehen Sie mal ins Kloster, und besinnen Sie sich! Dann wissen Sie, was christliche Werte sind! Das ist ja unglaublich! – Sebastian Hartmann [SPD]: Damit ist die schwarz-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen beendet!)

(D)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Und damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU/CSU-Fraktion auf der Drucksache 20/10611 mit dem Titel „Länder und Kommunen in der Migrationskrise nicht im Stich lassen – Bund muss Vereinbarungen mit den Ländern umsetzen“. Wer stimmt für den Antrag? – Das ist die Unionsfraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Regierungskoalition und die Gruppe der Linken. Wer Enthält sich? – Das ist die AfD-Fraktion. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ich rufe nun auf den Zusatzpunkt 5:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen – Unterwanderungen von Organisationen verhindern und mehr Transparenz bei Gefährdungslagen sicherstellen

Drucksache 20/10612

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Inneres und Heimat (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Vizepräsidentin Yvonne Magwas

- (A) Hierzu ist eine Aussprache von 39 Minuten vereinbart. – Ich bitte Sie, die Plätze entsprechend einzunehmen.

Dann eröffne ich die Aussprache, und das Wort hat für die AfD-Fraktion Martin Hess.

(Beifall bei der AfD)

Martin Hess (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In unserem Land hat sich der Linksextremismus längst zum Linksterrorismus entwickelt, und die Bundesinnenministerin schaut dieser für unser aller Sicherheit so gefährlichen Entwicklung nicht nur tatenlos zu,

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: So ein Blödsinn!)

nein, durch ihre ideologisch bedingte, völlig verfehlte Fokussierung auf den Kampf gegen rechts ist sie selbst zum Brandbeschleuniger dieser Entwicklung geworden. Das ist inakzeptabel und kann nicht länger hingenommen werden.

(Beifall bei der AfD – Dr. Johannes Fechner [SPD]: So ein Unsinn!)

Dass wir in unserem Land bei der Terror- und Extremismusbekämpfung dringend eine Kurskorrektur brauchen, haben nicht zuletzt die Fälle einer festgenommenen RAF-Terroristin und der Anschlag der linksextremistischen „Vulkangruppe“ auf die kritische Infrastruktur in unserem Land gezeigt.

- (B) Die mit Haftbefehl gesuchte RAF-Terroristin Klette wurde nicht, wie man das in einem Rechtsstaat erwarten müsste, durch Polizeibehörden, sondern durch Journalisten entdeckt, die einfach in öffentlich zugänglichen Quellen recherchiert haben und dadurch auf die Spur dieser Schwerverbrecherin gekommen sind.

(Rasha Nasr [SPD]: Auf einmal ist freier Journalismus gewünscht! Auf einmal ist das gut!)

Diese Staatsfeindin lebte mitnichten im Untergrund. Sie hat völlig ungeniert am normalen gesellschaftlichen Leben teilgenommen, hat Nachhilfe gegeben und war Tanzlehrerin. Und trotzdem war sie für unsere Sicherheitsbehörden unauffindbar.

(Rasha Nasr [SPD]: Was ist denn mit Ihren Mitarbeitenden?)

Und die Innenministerin erdreistet sich allen Ernstes, diesen Erfolg dann der eigenen angeblich so erfolgreichen Sicherheitspolitik zuzuschreiben. Frau Faeser – die jetzt leider wieder mal nicht da ist –, für wie blöd halten Sie eigentlich die Bürger unseres Landes?

(Beifall bei der AfD)

Die Wahrheit ist: Dieser Vorgang ist ein Armutszeugnis für unsere Sicherheitsorgane

(Dorothee Martin [SPD]: Nein! Sie sind ein Armutszeugnis für Deutschland!)

und zeigt die ganze Dysfunktionalität unseres Staates in diesem zentralen Sicherheitsbereich. Das muss endlich ein Ende haben.

(Beifall bei der AfD)

(C)

Das belegt auch das staatliche Agieren in Bezug auf die linksterroristische „Vulkangruppe“, die zuletzt in Brandenburg einen Brandanschlag auf einen Strommasten verübte, der durch den erzeugten großflächigen Stromausfall nicht nur Hunderte Millionen Euro Schaden im dortigen Tesla-Werk verursacht hat, sondern vor allem auch zu einer Lebens- und Gesundheitsgefahr für Patienten in den vom Stromausfall betroffenen Kliniken und Arztpraxen geführt hat. Supermärkte konnten über Tage nicht beliefert werden.

Aber das war nicht der erste Anschlag dieser Gewaltverbrecher. Diese Terroristen verüben seit 2011 solche Anschläge auf unsere kritische Infrastruktur. Die letzte Sitzung des Innenausschusses hat klar und eindeutig ergeben, dass bis zum heutigen Tage nicht ein einziger Tatverdächtiger identifiziert, geschweige denn festgenommen worden ist. Das ist ein sicherheitspolitischer Skandal. Noch blinder kann ein Staat auf dem linken Auge gar nicht mehr sein.

(Beifall bei der AfD – Dr. Johannes Fechner [SPD]: So, jetzt mal zu den Rechtsextremisten in Ihren Reihen, Ihren Fraktionsmitarbeitern! Sagen Sie mal dazu was!)

Das ist umso schwerwiegender, wenn man zur Kenntnis nehmen muss, dass dieser Staat im Kampf gegen rechts alles bekämpft, was nicht links ist, und dabei keine roten Linien mehr kennt. Dass in Deutschland ein Schuldirektor eine 16-jährige Schülerin aus dem laufenden Unterricht holt und ohne Anwesenheit der Eltern eine Gefährderansprache durch die Polizei durchführen lässt,

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Wahnsinn!)

weil diese auf Social Media ein Schlumpf-Video geteilt und die Meinung vertreten hat, dass Deutschland für sie mehr als ein Ort auf der Landkarte sei, Deutschland sei für sie Heimat,

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das würden Sie bei einem islamistischen Video für total angemessen halten! Das ist Ihre Doppelmoral! – Gegenruf des Abg. Florian Müller [CDU/CSU]: Das geht bei beiden nicht!)

zeigt doch jedem überzeugten Demokraten, dass dieser Kampf gegen rechts nichts, aber auch gar nichts mit dem Schutz unserer Demokratie zu tun hat, sondern genau das Gegenteil bewirken will,

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: So ein Quatsch!)

nämlich den gänzlichen Ausschluss jeder nicht linken Meinung aus dem demokratischen Diskurs.

(Beifall bei der AfD – Dr. Johannes Fechner [SPD]: Unsinn! –Zuruf des Abg. Sebastian Hartmann [SPD])

Diese links-grün-roten Politikkommissare betätigen sich damit als Totengräber unserer Demokratie, Herr Hartmann. Und dass sie sich jetzt sogar an unseren Kindern vergreifen,

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bitte?)

(D)

Martin Hess

- (A) dürfen und werden wir denen niemals durchgehen lassen.
(Beifall bei der AfD)

Es muss in diesem Land aufhören, dass legitime Meinungsäußerungen unter dem Deckmantel einer angeblich verfassungsrelevanten Delegitimierung des Staates verfolgt werden.

(Sebastian Hartmann [SPD]: Aha!)

Wir brauchen endlich wieder richtige Meinungsfreiheit.

(Dorothee Martin [SPD]: Wir haben Meinungsfreiheit! Aber das passt Ihnen nicht!)

Unsere Sicherheitsorgane müssen sich stattdessen endlich um tatsächliche Sicherheitsgefahren kümmern, und dazu gehört vor allem der bisher sträflich vernachlässigte Linksextremismus und -terrorismus. Dieser muss endlich mit aller Härte und Konsequenz bekämpft werden.

(Beifall bei der AfD)

Und wenn die AfD in Regierungsverantwortung ist,

(Rasha Nasr [SPD]: Niemals!)

dann werden wir genau das umsetzen.

(Rasha Nasr [SPD]: Nie wieder! – Dr. Johannes Fechner [SPD]: Dann können Sie jetzt aufhören! Das wird nie passieren!)

Die Sicherheit unserer Bürger vor allen Extremismusformen hat für uns oberste Priorität.

- (B) (Dr. Johannes Fechner [SPD]: Aber nicht in den eigenen Reihen! – Sebastian Hartmann [SPD]: Fangt mal bei euch an! – Rasha Nasr [SPD]: Nie wieder Faschismus!)

Und im Gegensatz zur Innenministerin ist das für uns keine hohle Phrase, sondern Verpflichtung zu aktivem Handeln. Wir werden eine klare Null-Toleranz-Strategie mit maximaler Robustheit umsetzen.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Aber nicht bei den eigenen Leuten!)

Wir verbieten die linksextremistische Rote Hilfe und die Antifa. Wir schalten die linksextremistische Plattform indymedia.org endgültig ab. Wir sorgen dafür, dass alle linksextremistisch besetzten Gebäude in Deutschland endlich geräumt werden,

(Rasha Nasr [SPD]: Und Sie nennen sich Demokrat! Frechheit!)

und wir unterbinden die Finanzierung von Linksextremisten und Terroristen. So muss man mit Staatsfeinden umgehen, wenn man Sicherheit in Deutschland schaffen will.

(Beifall bei der AfD – Dr. Johannes Fechner [SPD]: Und die eigenen Leute?)

Die klare Botschaft einer AfD-Regierung an alle Linksextremisten und -terroristen lautet: Die Zeiten, in denen ihr euch nahezu ungehemmt in unserer Gesellschaft austoben konntet, sind vorbei.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Erledigt durch Regierungshandeln!)

Dieser Staat schlägt ab sofort zurück. Wir lassen uns von euch nicht länger terrorisieren. (C)

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Und für die SPD-Fraktion hat das Wort Daniel Baldy.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Daniel Baldy (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Antrag über die angebliche links-extremistische Unterwanderung von Organisationen

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Guter Antrag!)

endet diese Woche der Ablenkungsmanöver und Nebelkerzen bei der AfD. Denn: Was tun Sie hier genau? Sie versuchen, von sich abzulenken. Und es ist wieder einmal offensichtlich: Es kommen pikante Enthüllungen über die AfD heraus, und Sie sprechen hier über Linksextremismus.

(Dr. Gottfried Curio [AfD]: Den Messerangriff hat es gar nicht gegeben, ja?)

Umso spannender, dass Sie dann, wie auch jetzt in diesem Antrag, ausgerechnet den Bundesverfassungsschutz immer wieder als Kronzeugen benennen. Und das bringt uns direkt zum ersten Punkt, von dem Sie diese Woche ablenken wollen.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Sie lenken gerade vom Thema ab!) (D)

Der Bundesverfassungsschutz stuft die AfD als rechts-extremen Verdachtsfall ein. Sie wehren sich vor einem Gericht und veranstalten diese Woche eine reine Show, um das Urteil bis nach den Landtagswahlen zu verschleppen. Sie können das Oberverwaltungsgericht Münster beschäftigen und hinhalten, solange Sie wollen; aber eins steht doch ganz sicher fest: Sie stehen nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Nein, Sie stehen ganz tief drin in einer Grube voller braunem Mist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Götz Frömming [AfD]: Ein normales rechtsstaatliches Verfahren! Was ist daran verkehrt?)

Kommen wir zum zweiten Ereignis in dieser Woche, von dem Sie hier gerade ablenken möchten: Ein Recherche-Team des Bayerischen Rundfunks enthüllt, dass mehr als 100 Menschen aus der rechtsextremen Szene bei Ihnen, bei Ihnen als Abgeordneten, bei Ihnen als Fraktion, beschäftigt sind.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Vollkommener Quatsch!)

Mehr als die Hälfte Ihrer Abgeordneten beschäftigt Mitarbeitende aus dem rechtsextremen Spektrum.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Vollkommener Schwachsinn!)

Daniel Baldy

- (A) Jetzt wird – zumindest mir – auch klar, was Sie immer meinen, wenn Sie den demokratischen Fraktionen vorwerfen, sie würden Steuergelder an Staatsfeinde auszahlen. Sie meinen damit nämlich die Mitarbeitendenpauschale für Abgeordnete, die Sie an Verfassungsfeinde auszahlen. Aber für dieses Problem gibt es eine sehr einfache Lösung: Wenn Ihnen so viel an unserer Verfassung liegt, wie Sie immer behaupten, dann trennen Sie sich doch von diesen 100 rechtsextremen Mitarbeitern.

(Rasha Nasr [SPD]: Das wäre mal eine Maßnahme!)

Aber das werden Sie nicht tun. Und warum? Verfassungsfeindlichkeit ist bei Ihnen Einstellungskriterium Nummer eins. Deshalb werden Sie das nicht tun.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Götz Frömmling [AfD]: Das wurde doch alles von der Bundestagsverwaltung geprüft! Von der Präsidentin persönlich! Lügen, Lügen, Lügen!)

Nachdem der Nebel um Ihre Nebelkerzen jetzt ein bisschen gelüftet ist, doch noch ein paar Worte zu dem Antrag, der ja nur so strotzt vor Falschbehauptungen und Fehlannahmen. Ihren Vorwurf der Mittelvergabe an Verfassungsgegner bekräftigen Sie ja immer gern, beispielsweise auch wenn es um das Demokratiefördergesetz geht. Die Ampel hätte ja nur den Rechtsextremismus im Blick und würde alle anderen Formen des Extremismus ignorieren.

- (B) Wenn man sich mal den Gesetzentwurf anschaut, was Sie offenbar nicht getan haben, dann stellt man jedoch fest: 73-mal wird von Extremismus gesprochen und nur zweimal – im Rahmen einer Aufzählung – explizit von Rechtsextremismus und Linksextremismus. Es kann also gar keine Rede von der Konzentration auf nur einen Phänomenbereich sein; denn unser Gesetzentwurf achtet sehr genau darauf, die Demokratie und vor allen Dingen Demokratinnen und Demokraten zu unterstützen.

Darum wundert es mich, ehrlich gesagt, auch nicht, dass Sie das Demokratiefördergesetz ablehnen. Man kann nämlich nur etwas fördern, was zumindest schon in Teilen vorhanden ist. Wenn man bei der AfD nach dem Schlagwort „Demokratie“ sucht, kommt man leider zu dem Ergebnis „Error 404. Demokratie not found“. Sie sind demokratieförderunfähig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Philipp Hartewig [FDP])

Weil Sie in Ihrem Antrag den Verfassungsschutz zu Ihrem Kronzeugen erheben, zum Abschluss noch ein paar Zahlen aus dem letzten Verfassungsschutzbericht. Linksextremistische Straftaten: 3 847, Tendenz stark sinkend. Rechtsextremistische Straftaten: 20 967,

(Rasha Nasr [SPD]: Aha!)

Tendenz steigend. Linksextreme Gewalttaten: Reduzierung um 39 Prozent auf 602 Taten.

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Zahlen können die nicht so gut, Herr Kollege!)

Rechtsextreme Gewalttaten: Anstieg um 12 Prozent auf 1 016 Fälle. (C)

(Zuruf des Abg. Jörg Schneider [AfD])

Und jetzt hören Sie gut zu, weil Sie in Ihrem Antrag auch stark auf das Thema „Gefahr für Leib und Leben“ abstellen: Mehr als 40 Prozent aller politisch motivierten Körperverletzungen werden der Politisch motivierten Kriminalität – rechts zugeordnet.

(Dr. Götz Frömmling [AfD]: Glaub keiner Statistik, die du nicht selbst hast fälschen lassen!)

Sie haben eben von den angeblich vielen untergetauchten Linksextremisten gesprochen. Mehr als 600 Rechtsextremisten sind in Deutschland aktuell untergetaucht, bei den Linksextremisten sind es 20. Sie können hier noch so viele Falschbehauptungen aufstellen, wie Sie wollen: Diese Zahlen lügen nicht. Aber Sie tun es. Sie tun es jeden Tag. Und das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Philipp Hartewig [FDP] – Dr. Götz Frömmling [AfD]: Wer hat denn das Tesla-Werk gerade lahmgelegt? Ihre Freunde!)

Zu guter Letzt. Sie nehmen in Ihrem Antrag auch Bezug auf den Prozess gegen Lina E. im letzten Sommer. Lassen Sie mich deshalb enden mit einem Zitat aus der Urteilsverkündung von Hans Schlüter-Staats, dem Vorsitzenden Richter im Prozess gegen Lina E.: Rechtsextremismus ist die „derzeit größte Gefahr“ in Deutschland. (D)

Herzlichen Dank. Schönes Wochenende! Genießen Sie das Wetter!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die Unionsfraktion ist der nächste Redner Michael Breilmann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Breilmann (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, gerade in diesen Tagen werden die Gefährdungen des Extremismus in all seinen Formen in Deutschland deutlich. Aber es ist an Unglaubwürdigkeit und Absurdität wirklich nicht zu überbieten,

(Stephan Brandner [AfD]: ... dass Sie am Rednerpult stehen!)

dass Sie als AfD hier einen Antrag einbringen,

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Allerdings!)

in dem Sie fordern, dass unser Land „aktiv“ gegen alle Extremismusformen vorgehen muss

(Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Michael Breilmann

- (A) und dass eine „Taskforce im Bundesamt für Verfassungsschutz“ eingerichtet werden soll, obwohl Sie selbst völlig zu Recht als rechtsextremer Verdachtsfall Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Christian Wirth [AfD]: Entscheiden Sie das? – Martin Hess [AfD]: Das können Sie doch gar nicht bewerten! Das entscheiden doch nicht Sie!)

Wir werden es in diesem Parlament nicht zulassen, dass Sie sich als Verfechter unserer Demokratie ausgeben, wie Sie es gerade getan haben; denn Sie sind in Wahrheit eine Gefahr für unsere Demokratie, nichts anderes.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der AfD)

Die Medienberichte wurden gerade schon angesprochen. Man weiß ja gar nicht, ob nicht vielleicht sogar einer dieser Mitarbeiter, der von der Recherche betroffen ist und einer rechtsextremen Organisation angehört, diesen Antrag geschrieben hat.

(Zuruf des Abg. Stephan Brandner [AfD])

Es wird ja immer skurriler, dass Sie hier jetzt auch noch solche Mitarbeiter einbinden.

Nein, wir brauchen als Union diesen Antrag von Ihnen nicht. Wir haben einen 360-Grad-Blick,

(Martin Hess [AfD]: Sie haben versagt!)

- (B) und wir werden gegen alle Gefahren des Linksextremismus vorgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Dr. Götz Frömming [AfD])

Der jüngste Anschlag auf das Tesla-Werk und auch die Festnahme der RAF-Terroristin Daniela Klette haben schon ein Schlaglicht

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Aha!)

auf die linksextreme Szene geworfen, die nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden seit Jahren leider wächst.

(Stephan Brandner [AfD]: Jetzt biegen Sie aber rechts ab!)

Besonders beunruhigend ist dabei natürlich die zunehmende Intensität der Delikte. Es werden schwere Verletzungen von Bürgerinnen und Bürgern in Kauf genommen. Deswegen ist es umso wichtiger, dass es eine konsequente Strafverfolgung gibt, aber dass wir auch über die gefährlichen Ziele und Taktiken von Linksextremisten aufklären.

Trotz dieser Gefährlichkeit des Linksextremismus haben hier in Berlin Hunderte von Menschen Sympathiebekundungen für eine RAF-Terroristin geäußert. Ich sage es ganz deutlich: Linksextreme Verbrecher sind genauso schlimm wie rechtsextreme Verbrecher.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Peter Heidt [FDP])

- Sympathiebekundungen für die einen wie für die anderen sind unerträglich und dürfen wir nicht dulden. (C)

Aber ich sage ebenso – leider hat die Bundesinnenministerin pünktlich zu diesem Tagesordnungspunkt das Plenum verlassen –: Auch die Bundesinnenministerin muss jetzt endlich handeln. Es kann nicht nur bei verbalen Verurteilungen bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich frage die Ministerin: Wann legen Sie eigentlich einen Aktionsplan gegen Linksextremismus vor? Dazu gehört natürlich insbesondere auch der Einsatz hochmoderner Fahndungstechnologien.

Wir haben bei der Zielfahndung nach Frau Klette gesehen, dass keine Gesichtserkennungssoftware eingesetzt werden konnte. Dass die Polizei im Zeitalter von künstlicher Intelligenz, von Digitalisierung, von Automatisierung auf solch wichtige Software nicht zurückgreifen kann, das ist Polizeibeamtinnen und -beamten, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu erklären. Deswegen muss das auf den Prüfstand. Deswegen bedarf es hier auch Änderungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn wenn der Satz richtig ist, dass wir uns gegen jede Form des politischen Extremismus, von rechts wie von links, mit allen Mitteln wehren, dann gehören auch moderne Erkennungsmethoden dazu.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf das Thema RAF eingehen, auch vor dem Hintergrund, dass es diese Sympathiebekundungen gegeben hat. Ich finde, der bayerische Innenminister Joachim Herrmann hat völlig recht, wenn er sagt: Das Gedenken an den RAF-Terror braucht einen würdigen Ort. Es braucht „ein Mahnmal für ein ‚Nie wieder‘“. Das sind wir den Opfern, das sind wir aber auch den Angehörigen mehr als schuldig. (D)

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Daniel Baldy [SPD])

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort Lamya Kaddor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Lamya Kaddor (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Die AfD kommt einmal mehr mit ihrem Lieblingsthema daher: der Ablenkung vom Rechtsextremismus, erst recht von dem in den eigenen Reihen. Das liegt natürlich in der Natur der Sache, könnte man denken und einen Haken daran machen, und dann wäre es gut oder auch nicht. Genau das ist aber ein weiteres Problem. Die AfD sorgt dafür, dass man der Ernsthaftigkeit linksextremistischer Bedrohungen nicht mit voller Konzentration gerecht werden kann. Man muss stets erst Ihre Absichten offenlegen und Ihre Erzählungen dekonstruieren, bevor man zur eigentlichen Sache kommt.

Lamya Kaddor

- (A) Nun denn: Reden wir erst einmal über die Gefahr links-extremistischer Gewalt. Da die Grenzen des Linksextremismus von Ihnen und anderen ja gerne einmal verwischt werden, um möglichst viel darunter fassen zu können, lassen Sie uns Linksextremismus erst einmal erklären. Der Verfassungsschutz definiert Linksextremismus – ich zitiere wörtlich – als

„Sammelbegriff für alle gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen, die auf einer Verabsolutierung der Werte von Freiheit und (sozialer) Gleichheit beruhen, wie sie sich insbesondere in den Ideen von Anarchismus und Kommunismus ausdrücken.“

Zitat Ende.

Linksextremisten wollen nach einer Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung – ich zitiere –

„die demokratische Grundordnung mit Gewalt zerstören und eine sozialistische Ordnung einführen.“

Ich zitiere weiter:

„Ein Ziel ist, dass völlige soziale Gleichheit in der Gesellschaft herrscht. Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte, die für eine Demokratie entscheidend sind, lehnen Linksextremisten ab. Was der Durchsetzung von Gleichheit im Wege steht, muss ... abgeschafft werden.“

(B)

Zitat Ende.

Fest steht: Wer Gewalt nutzt oder verherrlicht, nur um seine Interessen durchzusetzen, sei es mit tätlichen Angriffen gegenüber politisch Andersdenkenden oder mit Attacken auf Polizistinnen und Polizisten oder durch das Sabotieren der Stromversorgung bei Tesla oder Ähnlichem, kann in einem freiheitlichen Rechtsstaat nicht auf der richtigen Seite stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Solche Personen müssen mit der vollen Härte des Gesetzes rechnen. Und genau das passiert nun auch in Grünheide, meine Damen und Herren. Der Rechtsstaat ist nämlich auf dem linken Auge genauso wenig blind wie auf dem rechten Auge. Das zeigen die Festnahme von Daniela Klette und die nun laufenden Ermittlungen gegen die beiden RAF-Mitglieder der dritten Generation.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, zwischen den verschiedenen Formen des Extremismus – also Rechtsextremismus, Islamismus und Linksextremismus – bestehen Wechselwirkungen, teilweise bedingen sie einander wie in einem Kreislauf. Islamismus befördert Rechtsextremismus, Rechtsextremismus befördert Linksextremismus, Linksextremismus befördert Rechtsextremismus, und Rechtsextremismus befördert Islamismus. Deshalb bleiben unsere Sicherheitsbehörden wachsam, und zwar in alle Richtungen.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C) Wichtig für uns ist jetzt, der wachsenden Radikalisierung auch politisch entgegenzutreten und ihr den Nährboden zu entziehen. Die schnelle Verabschiedung des Demokratiefördergesetzes ist notwendiger denn je.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, der Staat ist handlungsfähig, auch gegen linksextremistische Gewalt. Eine linksextremistische Unterwanderung von Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist ein Hirngespinnst.

Apropos „Unterwanderung durch Extremisten“: Jetzt wären wir dann doch bei Ihnen, da war ja was. Die AfD beschäftigt – nach Recherchen des BR, wir hörten es gerade – in ihrer Fraktion und ihren Abgeordnetenbüros über hundert Rechtsextreme. Dass Sie hier kaltschnäuzig einen Antrag zur Unterwanderung von Linksextremisten stellen, ist kaum zu unterbieten.

(Dr. Christian Wirth [AfD]: Sie sind zu gutgläubig!)

– Ja, wahrscheinlich bin ich zu gutgläubig, weil es wahrscheinlich noch mehr als hundert Rechtsextreme bei Ihnen sind.

(Dorothee Martin [SPD]: Genau!)

Es gehen tagtäglich – tagtäglich! – über hundert Verfassungsfeinde – oder mehr, wie Sie sagen – in diesem Haus ein und aus. Sie haben Zugang zu parlamentarischen Dokumenten, darunter Verschlussachen und Abläufe, und werden aus Steuergeldern bezahlt, von denen Ihnen zu diesem Zweck 30 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Darunter sind Personen, die namentlich in Verfassungsschutzberichten erwähnt sind

(Zuruf von der AfD)

– ich weiß, es tut weh – oder Führungspositionen in beobachteten Organisationen bekleiden. Sie nahmen an Neonazi-Aufmärschen teil, stehen im Zusammenhang mit der Reichsbürgerbewegung oder gründeten lokale Pegida- oder Querdenkerabteiler.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Uijuijui!)

Da ist beispielsweise John Hoewer, Mitglied im Vorstand des Vereins „Ein Prozent“, der als gesichert rechtsextrem eingestuft ist. Er ist Mitarbeiter Ihres Kollegen Sebastian Münzenmaier.

(Zuruf des Abg. Manuel Höferlin [FDP])

Oder Sie stellen Personen an, die Ihnen eigentlich zu radikal waren. Den Abgeordneten Frank Pasemann warfen Sie aus Ihrer Fraktion. Nun ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Jürgen Pohl. Das Gleiche gilt für den aus der AfD unter Druck ausgetretenen Marvin Neumann, der nun für Hannes Gnauck arbeitet.

(Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, was!)

Die Liste lässt sich weiterführen: Mario Müller, mehrfach rechtskräftig verurteilt, gilt als einer der führenden Köpfe der Identitären und war beim sogenannten Geheimtreffen von Potsdam dabei. Er arbeitet bei Jan Wenzel Schmidt.

(D)

Lamya Kaddor

- (A) (Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Echt? – Zuruf des Abg. Dr. Götz Frömmling [AfD])

Marie-Thérèse Kaiser, Mitarbeiterin bei Bernd Baumann, ist Mitglied der Identitären Bewegung und – wen wundert's? – Content-Kreatorin bei „Ein Prozent“ und arbeitet nebenbei für den bildungspolitischen Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Rolf Weigand usw. usw. usw.

Die größte Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische und rechtsstaatliche Grundordnung kommt derzeit eindeutig von rechts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das belegen die Zahlen, das belegt die Qualität der Taten und auch die Worte der AfD; das hören wir ja hier auch andauernd.

(Zuruf des Abg. Dr. Götz Frömmling [AfD])

Wenn Sie die Unterwanderung von Verfassungsorganen durch Extremisten unterbinden wollen, dann sollten Sie sich von diesen über hundert Personen einfach trennen, und das machen Sie ganz offensichtlich nicht.

Diese rechtsextremistische Gewalt werden wir weiter politisch und gesellschaftlich bekämpfen. Diese Radikalität werden wir weiter hier transparent machen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort Philipp Hartewig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Philipp Hartewig (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Debatten und Anträgen zum Thema Extremismus in diesem Haus ist ja leider ein eher beschauliches Niveau gemein, angefangen von der fragwürdigen Glaubwürdigkeit der Antragsteller in Extremismusfragen über die Ernsthaftigkeit des Antrags bis hin zu einer eher zu vermissenden Tiefgründigkeit bei der Einbringung.

Dabei haben wir es beim Phänomen „Linksextremismus“ mit einem ernsthaften und die Demokratie gefährdenden Problem zu tun. Linksextremismus in Deutschland zeigt sich in vielfältigen Formen: vom militanten Protest über ideologisch motivierte Angriffe auf staatliche Institutionen oder Unternehmen bis hin zum bewussten Unterwandern von Strukturen von innen heraus.

Was all diese Erscheinungsformen vereint, ist ihre fundamentale Ablehnung unserer demokratischen Ordnung und ihrer Werte. Aus dem Verfassungsschutzbericht 2022 beispielsweise geht hervor, dass das linksextremistische Personenpotenzial auf 36 500 Personen angewachsen ist;

darunter befinden sich 10 800 gewaltorientierte Linksextremisten. Das hohe Gefahrenpotenzial mündet insbesondere in zahlreichen Körperverletzungs- sowie Sachbeschädigungs- und Brandstiftungsdelikten.

Dabei ist klar: Das ist kein neues Phänomen, wie zum Beispiel die Ermittlungen im Bereich RAF zeigen, aber auch kein Phänomen, was aus der Mode gekommen ist, wie die Anschläge auf die Funktionsfähigkeit des Tesla-Werkes in Brandenburg zeigen.

Beim Thema Linksextremismus möchte ich einen Aspekt besonders herausheben; denn für linke Gewalttäter stellt dabei insbesondere die Polizei oft ein zentrales Feindbild dar. Polizeibeamte werden mitunter aufs Übelste attackiert und diffamiert. Für viele Linksextremisten sind Polizeibeamte das Symbol für unseren Staat.

An dieser Stelle möchte ich klar sagen: Wer Polizistinnen und Polizisten angreift, wer Menschen angreift, die sich in den Dienst unseres Landes stellen und für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten, der hat keinen Platz und verdient keinen Respekt in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Alexander Hoffmann [CDU/CSU])

Polizeibeamte leisten jeden Tag aufs Neue einen unersetzlichen Job für unsere Bundesrepublik und verdienen daher unsere vollste Rückendeckung.

(Zuruf des Abg. Christoph de Vries [CDU/CSU] – Gegenruf des Abg. Sebastian Hartmann [SPD]: Hey, hey!)

Aber auch jenseits des Themas Gewalt haben Extremisten bei Fragen zu demokratischen Grundprinzipien wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Parteivielheit ein eher – sagen wir es mal so – taktisches Verständnis. Gemeinsam ist ihnen vor allem das Ziel, die bürgerliche Republik, ihre Institutionen und die Freiheiten zwar für ihre Ziele zu nutzen, aber sie letztendlich doch zu beseitigen.

Wir begehen in diesem Jahr 75 Jahre Grundgesetz – eine zweifelsfrei beeindruckende Bilanz. Im Kampf gegen Extremismus gibt es dabei eine historische Lehre, die sich wie ein roter Faden bereits durch die Ursprungsfassung zog und bis heute gilt: Eine Demokratie und Demokraten müssen wehrhaft sein gegenüber ihren Feinden. Niemals wieder sollen demokratische Freiheitsrechte missbraucht werden, um Freiheit und Demokratie abzuschaffen. Dafür allein reicht das Grundgesetz aber nicht aus.

Erforderlich ist, dass wir Bürger es mit Leben füllen und uns unserer Verantwortung für unser demokratisches Miteinander bewusst sind. Erforderlich ist, dass wir mit Entschlossenheit und Wehrhaftigkeit die Werte unseres Grundgesetzes weiter achten, wahren und verteidigen. Erforderlich ist, dass wir entschlossen sind, schon im Alltag wehrhaft zu sein, das heißt, den Willen zum Widerspruch gegen Angriffe auf Freiheit und Demokratie zu beweisen und die auftrumpfenden Lügen und Unwahrheiten von Freiheitsfeinden nicht mit Schweigen und Be-

(C)
(D)

Philipp Hartewig

- (A) schwächtigung hinzunehmen und die Freiheitsfeinde dadurch womöglich noch zu ermutigen. Das gilt selbstverständlich für jeden Extremismus.

Als überzeugter Demokrat bin ich aber auch besorgt über die insbesondere in den sozialen Netzwerken festzustellende Normalisierung von Gewalt als politischem Mittel. Ich bin besorgt über regelmäßig zu lesende Verharmlosung von Straftaten, wenn das Motiv womöglich ein hehres war. Ich bin besorgt, dass auch Linksextremismus in zu großen Teilen der Gesellschaft salonfähig ist.

In einem Rechtsstaat wie unserem darf es keinen Platz für die Rechtfertigung oder Verharmlosung von Gewalt geben, unabhängig von der politisch-ideologischen Ausrichtung. Denn es ist klar: Der Zweck heiligt die Mittel gerade nicht. Gewalt war und ist niemals ein Mittel des Protests und kann niemals ein Teil der Meinungskundgebung sein.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Alexander Hoffmann [CDU/CSU])

Zur Debatte zum Linksextremismus gehört aber auch, das Thema Linksextremismus, welches die Bevölkerung in vielschichtiger Art und Weise beschäftigt, nicht allein einem Teil des politischen Spektrums zu überlassen, sondern als demokratische Parteien dieses Hauses allen Bürgerinnen und Bürgern aktiv zu zeigen: Wir nehmen dieses Problem ernst. Es ist unser aller Anliegen; wir lösen es. Das machen wir als Koalition. Wir gehen die Herausforderungen stets mit der notwendigen Ehrlichkeit und Entschlossenheit an. Den Antrag brauchen wir dafür nicht.

(B)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Alexander Hoffmann für die Unionsfraktion ist der nächste Redner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Hoffmann (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Grunde war es in der Geschichte schon immer so: Der Rechtsextremismus hat einen Teil seiner Daseinsberechtigung daraus geschöpft, dass er gegen den Linksextremismus kämpfen muss, und der Linksextremismus hat einen Teil seiner Daseinsberechtigung daraus geschöpft, dass er gegen den Rechtsextremismus kämpfen muss.

Im Ergebnis ist das im Parteienspektrum ähnlich; denn auch da muss man sagen: Je weiter eine Partei nach rechts rückt, umso geschlossener ist das rechte Auge; und je weiter eine Partei nach links rückt, umso geschlossener ist das linke Auge.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der AfD)

Das sieht man auch an dem AfD-Antrag sehr schön. Es beginnt nämlich im ersten Satz, der da lautet:

„Die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsstaat und Träger des staatlichen Gewaltmonopols muss allen Formen des Extremismus aktiv entgegentreten ...“

Da denke ich mir: Aber hallo, da muss der Schreiber auf dem rechten Auge ganz schön blind gewesen sein! Ich habe mir da überlegt: Sie wissen schon, dass es ganze Landesverbände von Ihnen gibt, die als gesichert rechts-extrem eingestuft sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zuruf von der AfD: Die Frage ist nur, ob es stimmt! – Weitere Zurufe von der AfD)

Kommen wir aber zurück zu diesem Bild: Je weiter man auf die eine Seite rückt, desto mehr ist das entsprechende Auge geschlossen. Ganz ehrlich: So ähnlich ist es ja auch bei der Ampel. Sie haben natürlich den Kampf gegen rechts. Da gilt das Prinzip: höher, schneller, weiter. Da sind wir bei Ihnen.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Sehr gut!)

Aber das Problem ist, dass Sie im Übrigen einen ziemlichen Linksdrall haben. Immer dann, wenn wir Themen ansprechen, wie zum Beispiel die „Letzte Generation“, und erklären: „Die ist extremistisch“, dann sagen Sie: Nein, das sind die nicht. Die kämpfen ja für die gute Sache.

(Manuel Höferlin [FDP]: Das haben wir nie gesagt, Herr Kollege!)

Dann wollen wir mit Ihnen über politischen Islamismus reden. Dann sagen Sie: Nein, so was gibt es hier doch überhaupt nicht.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Und wenn wir dann sagen: „Wir haben einen importierten Antisemitismus im Land“, dann heißt es: Na ja, also, das kann man so nicht sagen. Es gibt viele Formen von Antisemitismus.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch gar nicht! Das ist nicht ansatzweise wahr!)

Und Sie relativieren das weg.

Deswegen will ich Ihnen trotz aller Unmutsbekundungen jetzt schon mal sagen: Wäre ich ein Augenarzt, müsste ich Ihnen auf dem linken Auge eine erhebliche Sehschwäche konstatieren, die sich unter Umständen zu einer Blindheit entwickeln könnte.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist einfach nicht wahr! – Sebastian Hartmann [SPD]: Hey! Vorsicht bei der Rede! Wir sind nicht in Bayern!)

(C)

(D)

Alexander Hoffmann

(A) Die Wahrheit ist: Einen ernsthaften Kampf gegen alle Arten von Extremismus

(Stephan Brandner [AfD]: ... fordern wir mit unserem Antrag!)

wird es nur

(Dr. Götz Frömmling [AfD]: ... mit uns geben!)

mit der Union als echter Partei der Mitte mit zwei offenen und gesunden Augen geben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Götz Frömmling [AfD]: Mit welchem Partner? – Dorothee Martin [SPD]: Dann demonstrieren Sie doch mal mit! Gehen Sie mal zu den Demos!)

Zurück zum Antrag. Sie schreiben, es stimme nicht, dass der Rechtsextremismus in diesen Tagen die größte Bedrohung für unser Land ist.

(Sebastian Hartmann [SPD]: Die Leistungsbilanz von Hans-Georg Maaßen war sehr übersichtlich!)

– Jetzt mal abwarten; jetzt kommt etwas, das Ihnen gefallen wird, Kollege Hartmann.

(Sebastian Hartmann [SPD]: Ach du liebe Zeit!)

Da muss ich Ihnen von der AfD schon ganz ehrlich sagen: Es sind gerade Sie mit Ihrem Unterbau, mit der Tendenz, die Demokratie aus sich heraus mit Mitteln der Demokratie zu zersetzen,

(B) (Dr. Götz Frömmling [AfD]: „Zersetzen“! Das war Stasi! – Weitere Zurufe von der AfD)

die genau dazu führt,

(Sebastian Hartmann [SPD]: Das haben die gar nicht verstanden!)

dass Rechtsextremismus in diesen Tagen sehr wohl die größte Bedrohung für unser Land ist.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sebastian Hartmann [SPD]: Das war jetzt zu kompliziert für die AfD!)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Dorothee Martin für die SPD-Fraktion ist die nächste Rednerin.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Philipp Hartewig [FDP])

Dorothee Martin (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wir haben hier mal wieder einen Antrag der AfD zum Thema Linksextremismus. Es ist schon sehr auffällig, dass von Ihnen nur Anträge zu Linksextremismus kommen.

(Stephan Brandner [AfD]: Das andere machen Sie ja schon!)

(C) Wenn Sie denn wirklich Probleme mit Extremismus im Allgemeinen hätten, frage ich mich: Wo ist denn Ihr Antrag gegen Rechtsextremismus?

(Martin Hess [AfD]: Da besteht kein politischer Handlungsbedarf, Frau Kollegin!)

Ich habe mal nachgeschaut: Dazu gibt es keinen. Sie haben in Ihrer gesamten Zeit im Deutschen Bundestag noch keinen Antrag gegen rechts gestellt,

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr verräterisch!)

noch keinen Antrag zum Kampf gegen rechtsextreme Gewalt.

(Sebastian Hartmann [SPD]: Ach was!)

Da könnte man glatt auf die Idee kommen, dass Sie gar kein so großes Problem mit Rechtsextremismus haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Philipp Hartewig [FDP])

Genau das ist der Unterschied zwischen uns Demokraten und der AfD: Wir stehen gegen jede Form von politischem und religiösem Extremismus. Wir verteidigen die Demokratie gegen all ihre Feinde.

Im heutigen Antrag der AfD steht, dass man – ich zitiere – „einer streitbaren und wehrhaften Demokratie umfassend gerecht“ werden muss. Ich empfehle der AfD, sich dabei wirklich an die eigene Nase zu fassen. Haben Sie genau das mal Björn Höcke, Alice Weidel, Frau von Storch oder auch Ihrem Spitzenkandidaten für die Europawahl, Maximilian Kraus, gesagt? (D)

Weder in diesem Haus noch auf der Straße nimmt doch irgendjemand der AfD noch ab, dass sie sich für eine streitbare und wehrhafte Demokratie und deren Grundwerte einsetzt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Philipp Hartewig [FDP])

Ihr Antrag wird noch unterirdischer. Die AfD behauptet darin, dass der Rechtsextremismus nicht „die größte Gefahr“ für unser Land sei. Das ist schlicht falsch. Man kann es gar nicht oft genug sagen.

(Zuruf des Abg. Martin Hess [AfD])

Es gibt in Deutschland jeden Tag 57 rechtsextreme Straftaten.

(Zuruf des Abg. Dr. Götz Frömmling [AfD])

Es gibt jeden einzelnen Tag fast drei Gewalttaten von Rechtsextremen. Aber davon hört man von der AfD einfach nichts. Sagen Sie doch einfach was dazu!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schauen wir uns doch allein diese Woche an. Wir reden von einer Woche, in der die AfD durch das unrechtmäßige Besetzen des Platzes der Vorsitzenden im Gesundheitsausschuss einen astreinen Putschversuch im Deutschen Bundestag unternommen hat.

Dorothee Martin

(A) (Dr. Götz Frömming [AfD]: Oh! Einen Putsch!)

Das war eine versuchte Selbstermächtigung gegen jeden demokratischen Anstand.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und wir reden von einer Woche, in der enthüllt wurde – auch das muss man immer wieder sagen –, dass die AfD in ihren Büros über hundert Rechtsextremisten beschäftigt. Wir reden von einer Woche, in der sich wieder einmal ein Gericht damit beschäftigt, wie verfassungsfeindlich die AfD ist. Ich bin mir hier ganz sicher, dass auch das Oberverwaltungsgericht Münster juristisch bestätigen wird, was politisch schon ganz lange klar ist: Die AfD ist rechtsextrem, und sie gehört deshalb auch umfassend beobachtet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Philipp Hartwig [FDP] – Zuruf des Abg. Martin Hess [AfD])

Meine Damen und Herren, die AfD krakeelt im Antrag und offenbar auch hier im Plenum von mehr Transparenz. Auch hier mal ein Tipp: Fangen Sie damit doch mal bei sich selbst an! Legen Sie doch mal Ihre halbseidenen Finanzströme offen.

(Sebastian Hartmann [SPD]: Aha!)

Legen Sie doch mal offen, mit welchen Regimen Sie zusammenarbeiten, die unseren Staat bekämpfen und beschädigen wollen.

(B) (Dr. Götz Frömming [AfD]: Sagen Sie das mal Ihrem Kanzler!)

Machen Sie transparent, wen Sie hier ins Haus holen. Das sind Rechtsextremisten; das sind Verschwörungstheoretiker; das sind Gewalttäter. Und die statten Sie dann auch noch mit einem Hausausweis aus.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Das macht die Bundestagsverwaltung! Die Präsidentin!)

Das ist ein Anschlag auf unsere Demokratie!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Noch mal zu den aktuellen Enthüllungen: Über hundert Mitarbeitende der AfD-Fraktion gelten als gesichert rechtsextrem.

(Zurufe von der AfD)

Gemeint sind damit zum Beispiel Mitglieder der Identitären Bewegung mit Verbindungen zur ehemaligen NPD. Auch diese Organisationen stuft der Verfassungsschutz als ganz klar rechtsextrem ein. Das ist die wirkliche Unterwanderung, die in Deutschland stattfindet, nicht die, von der Sie in Ihrem Antrag schwadronieren.

Aus all diesen Gründen lehnen wir nicht nur Ihren völlig überflüssigen Antrag ab. Wie die überwältigende Mehrheit in diesem Land lehnen wir auch die AfD, lehnen wir die menschenverachtende Politik der AfD ab. „Nie wieder!“ ist jetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der AfD) (C)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Der letzte Redner in der Debatte ist für die Unionsfraktion Moritz Oppelt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Moritz Oppelt (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der AfD trägt die vielversprechende Überschrift „Linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen“ usw. usf. Bei näherer Betrachtung muss man leider sagen: Dieser Antrag ist eine einzige Enttäuschung:

(Beifall der Abg. Sebastian Hartmann [SPD] und Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kein Bekenntnis zu unseren Sicherheitsbehörden und dem Verfassungsschutz!

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Wir sind doch nicht in der Kirche, um Bekenntnisse abzulegen!)

Keine Forderung nach neuen oder verbesserten Befugnissen für diejenigen, die Tag für Tag Extremisten in unserem Land bekämpfen! Die einzig konkrete und zugleich völlig absurde Forderung ist, dass Sie der Bundesregierung künftig verbieten wollen, dass sie ihre Meinung vertritt und sagt, der Rechtsextremismus sei die größte Gefahr für unsere Demokratie. (D)

(Zurufe von der AfD)

Ist das diese „echte Meinungsfreiheit“, von der Sie gerade gesprochen haben? Und vor allen Dingen: Was hilft denn das im Kampf gegen den Linksextremismus?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich frage mich: Ist das wirklich alles, was Ihnen zu diesem Thema einfällt?

Die Wahrheit ist: Der gewaltbereite Linksextremismus ist ein ernstzunehmendes Problem in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die in Teilen immer noch untergetauchte „Hammerbande“, die „Vulkangruppe“, die mit ihrem Anschlag auf die Tesla-Fabrik in Grünheide einen dreistelligen Millionen-schaden verursacht hat, und die Verhaftung der RAF-Terroristin Klette, die ein Sturmgewehr und eine scharfe Panzerfaust in ihrer Wohnung hatte, zeigen, wie ernst die Lage wirklich ist.

Wer in dieser Situation die Abschaffung unseres Verfassungsschutzes fordert, wie das zum Beispiel die AfD in Baden-Württemberg tut, der gefährdet selbst die Sicherheit in unserem Land. Nur mit Monitoring und irgendwelchen Statistiken werden wir der Probleme hier bestimmt nicht Herr werden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Götz Frömming [AfD]: Der Verfassungsschutz hat die nicht entdeckt!)

Moritz Oppelt

- (A) Liebe Kolleginnen und Kollegen der Ampelkoalition, wenn Sie nicht dieselbe inhaltsleere Antiextremismuspolitik machen wollen wie die, die die AfD mit dem heutigen Antrag hier vorschlägt,

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Hä?)

dann müssen Sie Ihre Ankündigungen endlich auch in die Tat umsetzen. Sie müssen unsere Ermittlungsbehörden noch besser befähigen, um gegen *jede* Form des Extremismus entschieden vorgehen zu können.

Unsere Polizistinnen und Polizisten werden von der Politik in manchen Bereichen ganz bewusst die Hände auf den Rücken gebunden. Ich will es ganz konkret sagen: Es kann doch nicht sein, dass irgendwelche Journalisten mit einer einfachen Google-Bildersuche die Terroristen schneller ausfindig machen als unser gesamter Staatsapparat. Wir müssen uns endlich ernsthaft über den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware in Verbindung mit KI unterhalten. Wir brauchen eine zentrale Fallbearbeitungssoftware. Wir brauchen unbedingt die Onlinedurchsuchung, die Speicherung von IP-Adressen und vieles mehr.

Lassen Sie es mich an dieser Stelle ganz klar sagen: Unsere Polizei ist die beste Polizei der Welt. Ich würde sie gegen keine Polizei irgendeines anderen Landes tauschen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

- (B) Dieses Misstrauen, das bei Ihnen teilweise durchschimmert

(Sebastian Hartmann [SPD]: Nee!)

und das dazu führt, dass wichtige Verbesserungen ausbleiben, ist aus meiner Sicht vollkommen unangemessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit jedem weiteren Monat, in dem Sie zögern und Ihren Ankündigungen keine Taten folgen lassen, schaden Sie der Sicherheit in unserem Land.

(Sebastian Hartmann [SPD]: Ist es jetzt die beste Polizei, oder nicht?)

Lassen Sie uns gemeinsam für einen handlungsfähigen Rechtsstaat, für unsere wehrhafte Demokratie und gegen jede Form von Extremismus arbeiten. Diesen AfD-Antrag brauchen wir hierfür nicht; der ist völlig ungeeignet. Wir lehnen ihn ab.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 20/10612 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Ich sehe Ihrerseits keine weiteren Überweisungsvorschläge. Dann verfahren wir so.

- Ich rufe nun auf den Tagesordnungspunkt 24: (C)

Beratung der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU

Projektförderung des Bundes im Bereich der Grundlagenforschung zu Long COVID, ME/CFS und dem Post-Vac-Syndrom

Drucksachen 20/8846, 20/10544

Für die Aussprache ist eine Dauer von 39 Minuten vereinbart. – Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die Unionsfraktion dem Kollegen Stephan Albani.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Albani (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute am Welttag gegen Long Covid die Große Anfrage der Union an das BMBF zu ebendiesem Thema. Je nach Studie und Abschätzung leiden unter dieser Erkrankung 2,5 Millionen bis 3,3 Millionen Menschen. Vielen dieser Menschen wird die Kraft zum Leben geraubt. Außer einigen wenigen Analogieansätzen, was die Therapie anbelangt, können wir diesen Menschen bisher nur Best Care anbieten.

So löst das BMBF am Ende der Einleitung seines Antwortschreibens auf die Große Anfrage durchaus Hoffnung aus, wenn es schreibt – Zitat –:

„Die weitere Erforschung der Erkrankung und die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung der Patientinnen und Patienten sind für die Bundesregierung wichtige Anliegen.“ (D)

Ich glaube durchaus, dass der entsprechende Wille vorhanden ist. Auch in entsprechenden Verlautbarungen wird ähnlich formuliert. Was wir aber brauchen, sind Taten. Und schaut man sich diese an, dann sieht es leider etwas anders aus.

(Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Vorsicht!)

Was wir brauchen, ist eine Entfesselung der Wissenschaft. Wir müssen die besten Köpfe aus Wissenschaft und Forschung mit ihren neuen Ideen und Entwicklungen an die Seite der leidenden Menschen stellen. Um es in der Sprache der Ampel zu sagen: Wir brauchen einen Forschungs-Wumms. Doch wir erleben nur ein Wümmchen nach dem anderen im Rahmen einer lustigen Salamitaktik.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auf unsere erste Kleine Anfrage im vergangenen Jahr – das alles ist nachlesbar – hieß es zuerst, es würden 23 Millionen Euro für die entsprechende Forschung bereitgestellt. Da stellte man fest: Das ist nun wirklich ein bisschen wenig. – Dann hat man noch mal nachgeschaut und stellte bei der nächsten Anfrage hier im Plenum fest: Es sind 43 Millionen Euro; da waren aber die 23 Millionen Euro eingerechnet. Wenig später hieß es dann, es würden weitere 9,8 Millionen Euro zur Verfügung ge-

Stephan Albani

- (A) stellt. Ich erspare Ihnen den Rest der Salamitaktik. Lesen Sie die Antworten nach. Achten Sie aber bitte darauf, wo Sie addieren und subtrahieren müssen und wo es sich um Gelder des BMBF und des BMG handelt; denn das muss man differenzieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zusammenfassend – und daran müssen wir Sie messen – stehen nach Ihren eigenen Angaben als Antwort auf unsere Anfrage im Zeitraum von Dezember 2021 bis zum dritten Quartal 2027 bis zu 59,5 Millionen Euro für die Forschung zur Verfügung. Für den Bereich der gesundheitspolitischen Forschung ist das leider sehr überschaubar. Und in dem „bis zu“ liegt die nächste Fußfessel; denn Ihnen wurde eine globale Minderausgabe von 845 Millionen Euro für diesen Haushalt auferlegt, und das wird vierteljährlich überprüft. Dank des „bis zu“ besteht also die Gefahr, dass diese Summe noch gekürzt wird. Das geht nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Quatsch! Das stimmt nicht! – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unseriös, was Sie hier machen!)

– Das ist nicht unseriös, sondern das Ergebnis reiner Mathematik, das sich aus den Zahlen der Antwort ergibt, die uns vorliegen. Lesen Sie die Antwort auf unsere Große Anfrage und addieren Sie!

- (B) Die Betroffenen sind vom BMBF aus meiner Sicht zu Recht enttäuscht. Sie demonstrieren nachher hier vor dem Reichstag, und zwar zu Recht.

(Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie viele Haushaltsanträge haben Sie für den Forschungsbereich gestellt?)

Außerdem fokussiert sich das BMBF im Bereich der Grundlagenforschung und bei den Medikamentenstudien allein auf Drug Repurposing, also auf den Nutzen vorhandener, bekannter Wirkstoffe und nicht auf neue und grundlegende Erkenntnisse über die Wirkweise und Herkunft der betreffenden Krankheiten. Deren Bekämpfung muss aber vom Grundsatz her angegangen werden.

Eine Förderung innovativer Projekte vermissen wir. Wir benötigen aber neue Wirkstoffansätze für ME/CFS- und Post-Covid-Erkrankte in Deutschland dringend. Es wird eine Förderung der Erforschung innovativer Wirkstoffe benötigt, und zwar im Zusammenwirken der besten Forscherinnen und Forscher an Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und explizit auch in innovativen Pharma- und Biotechunternehmen. Als Wissenschaftler weiß ich: Das BMBF kann solche Moonshots, wie sie die Amerikaner nennen. Bitte zögern Sie nicht länger und lösen Sie sie aus!

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

(C)

Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Ruppert Stüwe das Wort.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ruppert Stüwe (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Eben noch mitten im Leben, mitten im Beruf, mitten in der Familie – ME/CFS, Post Covid und selten auch Post-Vac treffen vor allem Menschen unter 50, häufig Frauen. Eben noch Kollegin, Freundin, Mutter, jetzt unfähig, an diesem Leben teilzunehmen, weil es zu erschöpfend ist, weil schon die leichteste Tätigkeit zu sehr anstrengt – das ist das Gemeinsame der drei Krankheiten, über die wir heute sprechen. Und noch etwas ist ihnen gemeinsam: Wir können die Ursachen und die Mechanismen dieser Krankheiten noch nicht vollständig beschreiben. Es gibt keine eindeutige Diagnose. Wir müssen immer über die Symptome gehen.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Genau! Richtig!)

Es gibt keine zuverlässig wirksamen Medikamente und Therapien, und es gibt einen riesigen Forschungsbedarf auf diesem Feld. Gemeinsam haben wir das immer wieder deutlich gemacht, zuallererst die Betroffenen selbst und ihre Angehörigen – vor ihnen und dem, was sie leisten, habe ich einen riesigen Respekt –,

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(D)

aber auch wir im Parlament durch Anfragen und Anträge. Ich finde es gut, dass die CDU/CSU-Fraktion das Thema immer wieder auf die Tagesordnung setzt, auch mit der gebotenen Ernsthaftigkeit.

Wir haben im Parlament aber durchaus auch als Haushaltsgesetzgeber gehandelt. Deshalb hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung rund 60 Millionen Euro und das Gesundheitsministerium 81 Millionen Euro sowie weitere 52 Millionen Euro für Rehaeinrichtungen für erkrankte Kinder und Jugendliche bereitgestellt.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Über sechs Jahre!)

Medikamente und andere Therapieansätze werden aktuell erprobt in Deutschland, in Europa und weltweit. Weil wir die Mechanismen dieser Krankheiten noch nicht genau kennen, erfolgt diese Erprobung in der nationalen Studienplattform gerade mit vorhandenen Medikamenten. Ich finde diesen Ansatz übrigens gar nicht verkehrt. Er ist richtig; denn er wird schneller zu Erfolgen führen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich möchte an diesem Pult auch ehrlich sein und nicht allen alles versprechen, weder bei den möglichen Erfolgen der Forschung noch bei den Mitteln, die wir investieren. Unter den vorhandenen Bedingungen sind es immer Abwägungsentscheidungen. Natürlich kann man

Ruppert Stüwe

- (A) immer mehr fordern, Herr Albani. Man muss aber auch zur Kenntnis nehmen, dass Sie nie im Haushaltsausschuss mehr Geld beantragt haben

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Doch! Selbstverständlich!)

und dass Sie an anderer Stelle immer sehr genau darauf achten, Staatsaufgaben zu begrenzen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Stephan Albani [CDU/CSU]: Wir hätten die Gelder der DATI genommen; das wissen Sie!)

Was diese Krankheiten auch zeigen: Dort, wo es große Unsicherheiten gibt, weil wir die Mechanismen der Krankheiten nicht kennen, braucht es öffentliche Forschung; auch da haben Sie Recht. Pharmaunternehmen wagen sich nämlich in diesem Bereich nicht vor.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Deswegen muss man es zusammen mit ihnen machen!)

Das müssen wir immer im Blick haben, wenn wir zum Beispiel über ein Gesetz zur Medizinforschung reden. Wir korrigieren hier Marktversagen mit öffentlichem Geld. Dafür brauchen wir aber auch eine stärkere Kooperationsbereitschaft der betreffenden Unternehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei denjenigen, die am stärksten unter Post Covid leiden, ähneln die Symptome denen von ME/CFS, einer Krankheit, die wir zu lange ignoriert haben. Bei den davon Betroffenen müssen wir uns entschuldigen

- (B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

für die jahrelang zu geringfügige Forschung. Noch heute werden sie zum Teil in Rehas gesteckt, die ihr Leiden vergrößern, anstatt es zu lindern. Wenn wir heute über Post Covid sprechen, dürfen wir ME/CFS nicht aus dem Blick verlieren. Auch die Forschung daran müssen wir nachhaltig stärken.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich bin auch froh darüber – ich habe eher eine Rede der Gemeinsamkeiten vorbereitet –, dass Sie in Ihrer Großen Anfrage Post-Vac extra angesprochen haben. Die Impfung hat viel Gutes bewirkt. Sie hat schwere Verläufe verhindert. Und wir werden noch erleben, dass Post-Vac an diesem Pult dazu benutzt wird, um gegen die Impfung zu hetzen.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Das ist Quatsch!)

Ich bin froh, dass die Betroffenen sich auf diese Hetze und diesen Missbrauch nicht einlassen. Und ich bin der Union dankbar, dass sie das so sorgfältig getrennt hat und sagt: Dafür brauchen wir Forschung. – Das hat aber nichts damit zu tun, wie wir die Impfung insgesamt beurteilen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP) (C)

Der erste Schritt beim Kampf gegen Post Covid ist gegangen. Ich bin froh, gemeinsam mit Ihnen und den Betroffenen die weiteren Schritte zu gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Abgeordnete Martin Sichert für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt wird es grausig!)

Martin Sichert (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Große Anfrage beweist, dass es höchste Zeit ist für einen Corona-Untersuchungsausschuss. Als Antwort auf die Anfrage schreibt die Regierung – ich zitiere –:

„Der Bundesregierung liegen keine validen Zahlen vor, wie viele Personen nach Impfung gegen COVID-19 unter Beschwerden leiden.“

Sie wollen es schlicht nicht wissen; denn die Wahrheit ist wahrscheinlich ziemlich unangenehm für Sie. (D)

(Beifall bei der AfD)

Aber Sie geben bekannt, dass 390 000 Erwachsene unter sogenanntem Long Covid leiden. Eine US-Studie besagt, dass bei 70 Prozent der Long-Covid-Patienten die Symptome im Nachgang der Impfung auftraten. Das heißt, wir können davon ausgehen, dass mehr als eine Viertelmillion Deutsche unter Spätfolgen der Impfung leiden.

(Zuruf der Abg. Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Statt dass Sie diese Risikosignale ernst nehmen, wird die mRNA-Impfung auf alles Mögliche ausgerollt: Grippeimpfung, Krebsimpfung, Impfung bei Rindern, Schweinen und sogar bei Garnelen. Höhepunkt des Wahnsinns ist mRNA-Impfung für Menschen per Nasenspray. Wer sich so impfen lässt und dann niesen muss, der impft gleich alle um sich herum noch mal mit. Dieser leichtfertige Umgang mit mRNA ist völlig verantwortungslos, genauso wie die Impfpflicht bei der Bundeswehr, die umgehend beendet gehört.

(Beifall bei der AfD)

Wir müssen endlich die Risikosignale ernst nehmen. Die mRNA-Technologie gehört so lange gestoppt, bis klar ist, welche Schäden die Coronaimpfung verursacht hat.

(Zuruf des Abg. Ruppert Stüwe [SPD])

Martin Sichert

- (A) – Ja, dass Sie das nicht wissen wollen, weil Sie die Verantwortlichen für diese ganzen Schäden sind, das ist uns schon bewusst. Aber übernehmen Sie endlich mal Verantwortung! Wir sind hier im Deutschen Bundestag und nicht in irgendeinem Kaninchenzüchterverein.

(Beifall bei der AfD)

Zum Schluss noch eine Bitte an die Kollegen von CDU und CSU. Es ist ja gut, dass Sie und Vertreter Ihrer Partei sich ständig in den Medien für Ihr Fehlverhalten in der Coronazeit entschuldigen. Viel besser wäre aber, wenn auch Sie endlich Verantwortung übernehmen und gemeinsam mit uns einen Untersuchungsausschuss zu allen Coronamaßnahmen inklusive der Impfung einrichten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Dr. Götz Frömking [AfD]: Richtig! Ja! Das wär's! – Stephan Albani [CDU/CSU]: Thema verfehlt! Es ging hier um die medizinische Forschung! – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So eine Realitätsverweigerung! – Ruppert Stüwe [SPD]: Nichts zu den Betroffenen!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Laura Kraft für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

(B)

Laura Kraft (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist Long Covid Awareness Day. Man hätte die Redezeit auch nutzen können, um den Betroffenen ein Gesicht zu geben, was eigentlich der Sinn dieses Tages ist,

(Johannes Wagner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

und sich nicht in irgendwelchen merkwürdigen Schwurbeleien verlieren müssen. Das ist einfach nur unsäglich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie des Abg. Stephan Albani [CDU/CSU])

Es sind die Betroffenen, die nicht mehr am Leben teilhaben können, wie sie es sich eigentlich wünschen, die sich einfach nur aus tiefstem Herzen wünschen, dass sie ihr Leben zurückbekommen, die seit ihrer Erkrankung massiv leiden und denen wir mehr Sichtbarkeit verleihen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ich will meine Redezeit auch nutzen, um Menschen und Namen zu nennen, wie zum Beispiel Thomas, der 59 Jahre alt ist, aus Baden-Württemberg. Er ist Mechaniker und seit Januar 2021 erkrankt. Oder Monique. Sie ist 38 Jahre alt, aus Mecklenburg-Vorpommern. Sie ist eigentlich Medizinische Fachangestellte, aber sie ist seit

Februar 2022 arbeitsunfähig. Oder Ina. Ina ist 46 Jahre alt, auch aus Mecklenburg-Vorpommern. Sie war Pflegedienstleiterin und ist arbeitsunfähig seit Oktober 2021. (C)

(Martin Sichert [AfD]: Ja, mussten sich alle impfen lassen!)

Oder Larissa. Larissa ist 43 Jahre alt, aus Baden-Württemberg. Sie ist Beamtin, und auch sie ist seit November 2021 arbeitsunfähig.

Ich habe Fotos von diesen Menschen zugeschickt bekommen. Und wenn man ein Gesicht vor Augen hat und vielleicht noch Teile der Biografie kennt, dann sehen die Zahlen, über die wir hier sprechen, noch mal ganz anders aus. Ich möchte dazu motivieren: Heute Nachmittag wird auf der Fläche vor dem Reichstag vom Betroffenenverband „NichtGenesen“ noch mal auf dieses Thema aufmerksam gemacht. Da können wir uns noch mal mit Einzelschicksalen auseinandersetzen. Ich glaube, das ist doch das, was uns in der Politik antreiben sollte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wir haben schon von Kolleginnen und Kollegen gehört, was Long Covid für Millionen von Betroffenen bedeutet. Ich finde es auch gut, liebe Union, dass Sie eine Große Anfrage zu dem Thema gestellt haben. Sie stellen die richtigen Fragen. Aber Sie stellen die Fragen, die Forscherinnen und Forscher gerade noch versuchen zu beantworten. Auch die Bundesregierung kann nur die Antworten auf Fragen liefern, die wir schon kennen. Das muss man auch dazusagen.

Wir haben das Ganze unterstützt. Ich bin wirklich stolz darauf, dass wir es fraktionsübergreifend geschafft haben, ressortübergreifend über 200 Millionen Euro (D)

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Vom Gesundheitsministerium kommt das meiste doch!)

für Gesundheit und Forschung zu mobilisieren, damit wir eine ganzheitliche Forschung an Long Covid, Post Covid und Post-Vac ermöglichen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Eines muss uns allen klar sein: Sosehr wir es uns wünschen, wir können keine Forschungsergebnisse bestellen; es ist nicht möglich.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Aber wir können gute Forschung ermöglichen, sodass sie fruchtbar wird. Das muss unsere Aufgabe sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ich möchte, dass wir auch in den nächsten Jahren diesen Awareness Day produktiv nutzen und schauen, wo wir noch mehr tun können, nicht nur in finanzieller Hinsicht.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin.

(A) **Laura Kraft** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Denn Sie wissen ganz genau, dass Forschungsgelder auch abgerufen werden müssen. Geld ist nicht alles. Wir müssen an die Strukturen rangehen.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen, die hier in diesem Haus zusammengearbeitet haben, damit das möglich ist und wir über 200 Millionen Euro bereitstellen können. Ich glaube, das ist ein gutes Signal.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP – Stephan Albani [CDU/CSU]: Vor allen Dingen vom BMG!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun Dr. Stephan Seiter das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Stephan Seiter (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, eine Rede heute am Pult hat gezeigt, wie man dieses Thema für eigene politische Ziele missbrauchen kann und wie man Fake News verbreitet. Das wird den Menschen, die an den Folgen von Covid leiden, nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B)

Es ist unser aller Aufgabe, für diese Menschen etwas zu tun. Ich selber bin Wissenschaftler und als solcher immer froh, wenn der Fördertopf groß ist. Aber es ist nicht so, dass keine Forschung stattfindet. Die Forschung hat sich sogar ausgedehnt. Das müssen wir an dieser Stelle ehrlicherweise auch mal festhalten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt Forschung über die Spätsymptome von Covid. Es gibt Forschung über Krankheitsmechanismen. Es gibt Forschung über das Gesundheitsmonitoring. Es gibt Forschung über die Datenanalyse. Es geht um Therapieentwicklung mit schon zugelassenen Medikamenten. Es wird gearbeitet, und es wird auch weiter daran gearbeitet. Es hilft niemandem, wenn wir das, was schon getan wird, reduzieren. Vielmehr müssen wir uns überlegen, wie wir auf Grundlage der Ergebnisse, die nun durch die Forschung erzielt werden, weitere Forschungsprogramme entwickeln können, um dann die Forschung stufenweise voranzubringen und nachhaltig zu machen. Das muss unser großes Ziel sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Stephan Albani [CDU/CSU]: Es muss erst mal die Forschung breit beginnen!)

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt hinweisen – die Zahlen sind schon genannt worden –: Die Folgen von Covid sind natürlich auch für unsere Volkswirtschaft ein

großes Problem. Kollegin Kraft hat Namen, aber auch Berufe genannt. Ich möchte noch einen Namen anfügen: Tabea ist eine junge Frau in meiner Nachbarschaft – ich habe sie besucht –, deren Lebenstraum durch diese Krankheit zerstört wurde. Das können wir nicht akzeptieren.

Aber es werden nicht nur individuelle Lebensträume zerstört, sondern dem Arbeitsmarkt auch potenzielle Fachkräfte entzogen. Das darf nicht unser vorrangiges Argument für Forschung und Versorgung sein. Aber es schwingt mit. Denn wir brauchen auch diese Menschen. Diese Menschen brauchen eine Perspektive. Das ist wichtig.

Wenn Sie sich den Post anschauen, der vom BMBF veröffentlicht wurde und in dem die Betroffenen gefragt werden, was sie möchten und erwarten, dann werden Sie sehen, dass darunter viele Meldungen stehen, in denen gesagt wird: Wir möchten gesehen werden. Wir möchten, dass die Ärzte wissen, dass es diese Krankheit gibt, und wir möchten als kranke Menschen anerkannt werden. – Auch das muss eine Aufgabe sein. Das werden wir aber nicht mit Forschungsgeldern hinbekommen. Vielmehr müssen wir dafür im Endeffekt die Strukturen im medizinischen Bereich verändern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Erich Irlstorfer für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Erich Irlstorfer (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Betroffene und Angehörige! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuerst einmal einen Dank an die Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung für die Große Anfrage loswerden.

Es ist ein gutes Zeichen, dass wir am heutigen internationalen Long-Covid-Tag eine weitere Debatte im Deutschen Bundestag führen. Long Covid, Post Covid, ME/CFS und Post-Vac bestimmen weiterhin das Leben vieler Menschen in Deutschland, darunter auch das von Kindern. Ich möchte ausdrücklich sagen, dass diese Kohorte zusammensteht, dass es hier keine Abwägungen oder Abschätzungen gibt, sondern dass es ein Pakt aller betroffenen Gruppen gibt und dass wir uns für alle gleichermaßen einsetzen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, obwohl die Pandemie beendet ist, ist die Belastung vieler Betroffener unerträglich und ihre Situation von Hoffnungslosigkeit geprägt; schon häufig habe ich das hier im Plenum vorgetragen. Lassen Sie mich zwei wesentliche Bereiche ansprechen.

(C)

(D)

Erich Irlstorfer

- (A) Erstens: Verantwortung der Bundesregierung. Die Bundesregierung ist in Form des BMG und des BMBF nicht nur zuständig, sondern vor allem verantwortlich für die Versorgung und die Erforschung. Ich möchte hier ausdrücklich meinen Dank für gute Gespräche und erste Schritte mit verschiedenen Akteuren aussprechen. Bundesminister Professor Lauterbach hat Gelder auch in schwierigen Zeiten akquirieren können, zwar nicht in der Höhe, die wir uns gewünscht hätten; aber es ist ein gutes Zeichen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Da darf man ruhig klatschen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Jedoch erscheint mir die Beantwortung der Fragen – ich möchte nicht sagen: lieblos – unzureichend. Ich jedenfalls hätte mir ein noch deutlicheres Bekenntnis gewünscht.

Zweitens: Forderungen an die Bundesregierung und die Ampelfraktionen. Schauen Sie vor den Reichstag! Dort demonstrieren gerade engagierte Betroffene und Angehörige und zeigen 500 Fotos von Betroffenen. Ich sage deutlich an dieser Stelle: Wir alle sehen und hören sie. Sie sind nicht allein. Das ist mir wichtig.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich schließe mich den Forderungen von Professorin Scheibenbogen von der Charité-Ambulanz an, dass wir deutlich mehr Forschung benötigen. Es braucht eine Dekade der Long-Covid-Forschung, inklusive zehn Forschungsinstitute, die sich auch mit ME/CFS und Post-Vac befassen. Gelder müssen abgerufen werden und deutschlandweit in mehreren Forschungsprojekten investiert werden. Dafür braucht es flexible Strukturen und auch die Einbeziehung von Betroffenen. Auch müssen wir engagierte Unternehmen und Start-ups unterstützen. Es gibt viele, die gute Präparate entwickeln; es fehlt jedoch an Geld.

Auch möchte ich hier noch mal erwähnen, dass das Kriterium der Belastungsintoleranz unbedingt in die Förderbescheide zukünftiger Forschungsanträge aufgenommen werden muss. Wir dürfen den Betroffenen nicht schaden.

Ich komme zum Schluss. Außerdem fordere ich einen Parlamentskreis hier im Deutschen Bundestag, der sich mit postinfektiösen Erkrankungen befasst. Für Mitstreiter wäre ich dankbar und interfraktionell offen. Das Thema darf politisch und gesellschaftlich nicht verloren gehen. Wir sind den Menschen schuldig, Lösungen zu finden.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

(C) Das Wort hat Dr. Carolin Wagner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dr. Carolin Wagner (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Für die große Mehrheit der Bevölkerung ist die Coronapandemie schon lange her. Viele von uns haben sich schon wieder völlig selbstverständlich an eine alte Normalität gewöhnt. Für Hunderttausende Menschen aber ist diese alte Normalität nicht mehr eingetreten. Sie leiden unter den unterschiedlichsten Long-Covid-Symptomen und sind in ihrem Alltag massiv eingeschränkt, wie eine junge Frau, 27 Jahre alt, hier aus Berlin. Sie war Triathletin, trainierte vier-, fünfmal in der Woche, Radfahren, Schwimmen, Laufen. Dann kommt vor zwei Jahren die Coronainfektion, und schlagartig ist alles anders. Sie leidet bis heute unter größten Konzentrationsschwierigkeiten, braucht regelmäßig Ruhephasen. Ihrem geliebten Sport kann sie nicht mehr nachgehen. Sie hat keine Kraft, sie hat keine Luft. Heute fällt ihr sogar das Treppensteigen schwer. Ein Zurück zum alten Normal gibt es für sie nicht.

Für diese junge Frau und alle anderen betroffenen Menschen ist es wichtig, dass wir die Forschung rund um Long Covid ausbauen und stärken. Deshalb ist es auch richtig, dass wir deutlich über 180 Millionen Euro hierfür in die Hand nehmen. Da ist es auch egal, lieber Stephan Albani, ob das allein aus dem Etat des BMBF oder aus anderen Etats kommt.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Nein! Das ist nicht egal, weil das unterschiedlich orientiert ist!)

Wichtig ist, dass hier jetzt geforscht wird. Das ist eine gute Nachricht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Stephan Albani [CDU/CSU]: Forschung ist nicht gleich Forschung!)

Dabei fangen wir in Deutschland mit dieser Forschung auch nicht bei null an. Nein, es gibt bereits herausragende wissenschaftliche Arbeit, die schon während der Pandemie geleistet wurde, zum Beispiel in der Lungenspezialklinik Donaustauf in meinem Wahlkreis Regensburg. Sie ist eine von zwei anerkannten Lungenfachkliniken in Bayern und bundesweit beispielgebend bei der Behandlung von Patientinnen und Patienten, die nicht invasiv oder invasiv langzeitbeatmet werden müssen. Während der Coronapandemie war das Haus ein wichtiger Versorger und hat die erste Post-Covid-Ambulanz in der Region angeboten. Patientinnen und Patienten, die aufgrund von schwerer ME/CFS nicht fähig zur Rehabilitation sind, haben kaum Therapiemöglichkeiten. Ihnen wird in Donaustauf eine stationäre Therapie angeboten. Die Klinik kann erste Erfolge vorweisen.

(C)

(D)

Dr. Carolin Wagner

- (A) So wie in Donaustauf arbeiten bundesweit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Lösungen zur Behandlung von Post Covid. Woran hat es bisher gefehlt, um hier schneller mit großen Schritten voranzukommen? Zunächst eben mal am Geld. Erst mit dem nötigen Geld können Forschungsprojekte angegangen werden. Wir als Ampel nehmen jetzt viel in die Hand: allein für die versorgungsnahe Forschung 81 Millionen Euro, für die Verbesserung der Versorgung von Kindern und Jugendlichen, die an Long bzw. Post Covid erkrankt sind, 52 Millionen Euro.

Was wir aber auch brauchen, liebe CDU/CSU-Fraktion, ist Zeit. Um für eine Krankheit, die 200 verschiedene Symptome mit den unterschiedlichsten Ausprägungen aufweist, passende Medikamente zu erforschen, ist Geld allein nicht die Lösung, siehe USA.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Eine wichtige Voraussetzung!)

Da braucht man auch Geduld und Zeit.

Meine Damen und Herren, ich habe es an dem Beispiel der jungen Triathletin gezeigt: Long Covid kann alle treffen, auch junge, geimpfte Menschen. Allerdings ist es so, dass eine Impfung die Wahrscheinlichkeit einer Long-Covid-Erkrankung senkt, und zwar um 58 Prozent.

Damit noch ein paar Worte zu der Fraktion hier rechts von mir. Für die Verschwörungsgläubigen und Coronaleugner war die Pandemie ein Erfolgsmodell. Sie haben bewusst Menschen mit ihren Lügengeschichten über die Gefährlichkeit der Coronaimpfung verunsichert und verängstigt. Sie haben Menschen davon abgehalten, sich impfen zu lassen.

(B)

(Martin Sichert [AfD]: Zum Glück!)

Derweil wären in Europa ohne die Impfung 1,4 Millionen Menschen mehr gestorben.

(Martin Sichert [AfD]: Was für eine Lüge!)

Sie haben Zweifel an der Wissenschaft gesät. Sie haben weltweit angesehene Forscherinnen und Forscher diskreditiert und zum Opfer von Hass und Gewalt gemacht,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Martin Sichert [AfD]: Das haben Sie gemacht! – Jörg Schneider [AfD]: Sie haben das gemacht!)

Und das allein, um aus den Angstgebilden, die Sie zu jedem Thema aufblasen, für sich selbst Kapital zu schlagen. Niederträchtig ist das. Die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger weiß das und geht Ihnen nicht auf den Leim, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie des Abg. Erich Irlstorfer [CDU/CSU] – Zuruf von der AfD: Heuchelei!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Michael Kaufmann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Michael Kaufmann (AfD):

(C)

Verehrte Präsidentin! Geehrte Kollegen! Wir haben heute zum zweiten Mal gehört, dass für die SPD Wissenschaftler, die nicht auf Regierungslinie sind, Verschwörer sind. Deswegen ist es wichtig, jetzt dagegenzusprechen.

(Beifall bei der AfD)

Die Forschung zu Long Covid, ME/CFS und Post-Vac finden wir hier wieder nebeneinander im Titel genannt. Im Text und bei der Grundlagenforschung fallen die Impffolgen, Post-Vac, jedoch weitgehend unter den Tisch.

Die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage offenbart zwei Dinge. Sie wissen praktisch nichts, und das vier Jahre nach Beginn der Pandemie. Sie ordnen alle Krankheitsbilder, die im zeitlichen Zusammenhang mit der Infektion und/oder Impfung aufgetreten sind, kurzerhand Long Covid zu. Das ist Vertuschung! Seriöse Wissenschaft geht anders. Seriöse Wissenschaft wäre, zunächst herauszufinden, wie sich Long Covid und Impffolgen sauber voneinander abgrenzen lassen.

(Beifall bei der AfD)

Erst dann können für die Betroffenen passgenaue Therapien gefunden werden. Impfstoffe, Impfschäden und Covid-Folgen müssen zuverlässig voneinander abgegrenzt werden.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Ja, dann machen Sie es mal!)

Davor haben Sie eine Heidenangst; denn dann würde Ihre experimentelle Gentherapie plötzlich als eine ernsthafte Gesundheitsgefahr dastehen.

(D)

(Beifall bei der AfD – Stephan Albani [CDU/CSU]: Schwachsinn! – Zuruf von der SPD: Absoluter Blödsinn!)

Die in Ihrer Antwort genannten 768 Verdachtsfälle von Nebenwirkungen sind ein schlechter Witz. Die Post-Vac-Ambulanz der Uniklinik Gießen kann gar nicht alle Menschen behandeln, die sich in ihrer Not dorthin wenden. Und Sie behandeln dieses schreckliche Schicksal wie ein unbedeutendes Nebengebiet der Long-Covid-Forschung. Dazu passt, dass Herr Lauterbach, der heute nicht da ist, die vom Post-Vac-Syndrom Betroffenen mit beispielloser Kaltschnäuzigkeit von dem runden Tisch ausgeladen hat. Sie würden gern vertuschen, dass Ihre Massenimpfung eine Gesundheitsgefahr ist.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: So ein Quatsch!)

Aber das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der AfD – Dr. Carolin Wagner [SPD]: So ein Schwachsinn! Ein Geschwurbel!)

Stehen Sie zu Ihrer Verantwortung, und helfen Sie den Menschen, deren Leben durch Ihre Verantwortungslosigkeit zerstört wurde.

Danke.

(Beifall bei der AfD – Dr. Carolin Wagner [SPD]: Ihre Rede ist echt bitter! Wirklich bitter!)

(A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Maria Klein-Schmeink für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Maria Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Hause! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Wenn es ein Beispiel für Verantwortungslosigkeit braucht,

(Peter Boehringer [AfD]: ... dann sind Sie es!)

dann hat das mein Vorredner gezeigt. Man muss sich einfach einmal klar machen: 5 Milliarden Coronaimpf-dosen weltweit; 192,2 Millionen Impfdosen in Deutschland. 64,9 Millionen geimpfte Personen in Deutschland. Da machen Sie das Post-Vac-Syndrom als die Erklärung dafür aus, dass wir Long Covid haben.

(Dr. Michael Kaufmann [AfD]: Sie wissen es nicht!)

Das vertauscht Ursache und Wirkung,

(Dr. Michael Kaufmann [AfD]: Sie wissen es doch gar nicht!)

und gleichzeitig ist es verantwortungslos, weil Sie damit die Wirksamkeit von Impfungen infrage stellen wollen, und das nur aus politischer Angstmache. Darum geht es.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie des Abg. Stephan Albani [CDU/CSU])

Ich finde es auch ziemlich krass, dass Sie das an einem Tag machen, an dem wir international zum dritten Mal der Opfer und Betroffenen von Long Covid gedenken, wo wir darauf hinweisen, um welche schwere Erkrankung es sich dabei handelt und um welchen massiven Eingriff in die Lebensqualität der betroffenen Menschen. Es geht darum, diesen Menschen zuzuhören, zu schauen: Was können wir tun, um diese Leiden abzustellen? Wie können wir mit der Forschung und der Therapie weiterkommen? Das ist unsere Aufgabe, und das wäre auch Ihre Aufgabe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Erkrankte brauchen unsere Solidarität und Unterstützung. Sie brauchen Behandlungsoptionen. Die haben wir bisher auch deshalb noch nicht in ausreichendem Maße, weil wir aus der Forschung noch immer nicht ableiten können: Was sind denn die eigentlichen Ursachen, was sind die eigentlichen Mechanismen, die zu diesem verschiedenen und vielfältigen Krankheitsbild gehören? Und wie können wir dazu kommen, dass wir tatsächlich mehrere und passende Therapieoptionen entwickeln? Daran arbeiten wir mit verschiedenen Forschungslinien. Wir arbeiten aber auch daran, dass wir im Gesundheitsbereich die Versorgung und den Zugang zur Versorgung für diese Menschen verbessern.

Auch wenn es noch keine kurativen Behandlungsoptionen gibt, gibt es Optionen, um die Lebensqualität zu verbessern. Es gibt Optionen, um den Alltag mit diesen Symptomen besser aushalten zu können, besser gestalten zu können. Auch daran arbeiten wir – Herr Irlstorfer, Sie haben sich unermüdlich an verschiedenen Stellen dafür eingesetzt – sowohl zum Beispiel im Forschungsministerium durch Frau Ministerin Stark-Watzinger als auch im Gesundheitsministerium; wir tun es national koordiniert in verschiedenen Kompetenznetzwerken und international mit Verabredungen zu großen Forschungs- und Behandlungskompetenznetzwerken.

Das ist der Weg, den wir gehen müssen. Das schulden wir auch diesen Menschen. Ich kann nur darauf hinweisen und auch wieder appellieren, dass wir deren Schicksal dauerhaft ernst nehmen und weiter hartnäckig dranbleiben. Und ich bin froh, wenn wir hier über alle demokratischen Fraktionen hinweg gemeinsam an einem Strang ziehen. Das ist unsere Aufgabe und so sollten wir auch diesen Tag begehen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP und des Abg. Erich Irlstorfer [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Maximilian Funke-Kaiser für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) **(D)**

Maximilian Funke-Kaiser (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gesundheitlichen Folgen der Pandemie wie Long Covid, ME/CFS und das Post-Vac-Syndrom belasten Betroffene in unvorstellbarem Maße. Die Auswirkungen dieser Krankheit dürfen nicht auf die leichte Schulter genommen werden, und ich kann versichern: Die Regierung nimmt das auch nicht auf die leichte Schulter. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung beispielsweise hat allein bis letztes Jahr September über 40 Millionen Euro für viele Forschungsprojekte zu Long Covid und ME/CFS investiert. Die versorgungsnahe Long-Covid-Forschung fördert das Gesundheitsministerium.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Nein, das ist das BMBF!)

Das kommt mir viel zu kurz; das ist eigentlich das viel Wichtigere im Bereich der Erforschung, nämlich die Versorgungsforschung, und auch da packen wir an.

Die Forschungsgelder allein reichen aber nicht aus. Es bedarf vielmehr einer verbesserten Forschungsdateninfrastruktur, und da musste die Ampelkoalition ordentlich aufräumen. Mit dem Gesundheitsdatennutzungsgesetz ermöglichen wir jetzt der Forschung den Zugang zu Gesundheitsdaten. Das geplante Forschungsdatengesetz schafft Rechtssicherheit und vereinfacht die Auf-

Maximilian Funke-Kaiser

- (A) findbarkeit von Forschungsdaten. Parallel dazu verbessern wir mit dem Medizinforschungsgesetz die Rahmenbedingungen im Bereich der Arzneimittelproduktion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Geschwurbel der AfD war zu erwarten. Doch auch Sie, Herr Albani, wurden dem Thema nicht wirklich gerecht.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Stephan Albani [CDU/CSU]: Aha, aha!)

Eine Ausnahme ist Herr Kollege Irlstorfer. Die Bedingungen für die Gesundheitsforschung, liebe Union, haben Sie in den letzten Legislaturperioden kein Stück verbessert. Sie haben es vielmehr eher verschlechtert.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Sie haben es nicht verstanden! Es geht hier um Gesundheitsforschung!)

Umso zynischer finde ich es, dass Sie sich hier als Retter in der Not inszenieren, um vom Leid der Betroffenen zu profitieren. Das gehört sich einfach nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Betroffene – auch auf den Rängen –, seien Sie versichert: Die Regierungsparteien arbeiten intensiv daran, die Forschung an Long Covid, ME/CFS und Post-Vac zu stärken. Wir stehen an Ihrer Seite, und ich sage auch: Wir müssen das Ganze gemeinsam angehen. Schluss mit dem ganzen Geschieße der Opposition auf die Regierung! Es geht hier darum, dass wir gemeinsam diese Krankheit erforschen.

(B)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Thomas Jarzombek [CDU/CSU]: Mäßige doch mal deine Sprache bitte!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Kathrin Vogler für die Gruppe Die Linke.

(Beifall bei der Linken)

Kathrin Vogler (Die Linke):

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, Sie liegen in einem abgedunkelten, stillen Zimmer, rund um die Uhr. Gespräche, Lesen, Musik hören sind Anstrengungen, die Sie nur ganz kurz ertragen. Danach müssen Sie ausruhen, können aber nicht schlafen. Alles tut weh. Es gibt kein einziges zugelassenes Medikament und nur wenige Fachleute, und die sind komplett ausgelastet. Man sagt Ihnen, Sie sollen sich einfach mehr anstrengen. Aber wenn Sie das tun, geht es Ihnen dramatisch schlechter. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Realität im Leben vieler Menschen mit Long Covid oder ME/CFS.

Wundern Sie sich, dass manche von ihnen glauben, wir hätten sie vergessen und aufgegeben? Minister Lauterbach hat viele Versprechungen gemacht und nur

wenig umgesetzt. Er bleibt ein Ankündigungsminister, obwohl wir einen Durchsetzungsminister brauchen würden. (C)

(Beifall bei der Linken – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Quatsch! – Zuruf des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Drei Dinge müsste er mindestens durchsetzen, um den Betroffenen Hoffnung zu geben.

Erstens: genug Geld für Erforschung und Entwicklung von Medikamenten und anderen Therapien – egal was der Finanzminister sagt. Es ist auf jeden Fall billiger, in die Gesundung dieser Menschen zu investieren, als sie weiter leiden zu lassen.

Zweitens: gut ausgestattete interdisziplinäre Kompetenzzentren für Long Covid und ME/CFS – das haben Sie ja auch versprochen –,

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gibt es!)

die die Betroffenen unterstützen und behandeln können und auch genug Kapazitäten haben.

(Beifall bei der Linken – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben wir viel getan! – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vorhanden!)

Und drittens: Schluss mit der Psychologisierung! Die Menschen sind körperlich krank. Sie stellen sich nicht an. Das geht auch nicht durch Psychotherapie weg, auch wenn sie helfen kann, die Krankheitsfolgen zu bewältigen. Wir brauchen jetzt überall – im Gesundheitswesen, bei Pflegediensten, Sozialämtern, Krankenkassen, Jobcentern und bei der Rentenversicherung – Leute, die darüber Bescheid wissen und Hilfe leisten, anstatt Druck und Zwang auszuüben. (D)

(Beifall bei der Linken)

Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird sich Die Linke weiter einsetzen, nicht nur am Long Covid Awareness Day.

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat Dr. Holger Becker für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dr. Holger Becker (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Betroffene! Es ist gut und wichtig, dass wir heute, am Long Covid Awareness Day, in diesem Haus über dieses sehr ernste Thema debattieren. So manche in diesem Saal haben vielleicht Betroffene in ihrer Familie oder ihrem Freundeskreis und kennen die Symptome, die den Alltag der Betroffenen fast unerträglich machen: chronische Erschöpfung, Fatigue, depressive und kognitive Störungen, eingeschränkte körperliche Leistungsfähigkeit, muskuläre Schmerzen, Luftnot, Hus-

Dr. Holger Becker

- (A) ten, gestörter Geruchs- und Geschmackssinn. Das macht den Alltag für die Betroffenen tatsächlich unerträglich.

Gerade das Symptom der Fatigue lässt oft aufhorchen, da uns das Chronic Fatigue Syndrome als eigenständige Krankheit seit ungefähr 50 Jahren bekannt ist. Die Tragik liegt darin, dass es in all den Jahrzehnten bislang weder gelungen ist, valide Biomarker noch hilfreiche Therapieverfahren zu identifizieren. Auch für Post-Covid-Beschwerden gibt es derzeit keine kausale Therapie für betroffene Patientinnen und Patienten.

Diese ungelösten Fragestellungen deuten einerseits auf einen erhöhten Forschungsbedarf hin; zum anderen ist dies Anzeichen dafür, dass hier vielfältige und vor allen Dingen interdisziplinäre Ansätze notwendig sind.

Umso mehr freut es mich, von einem Projekt aus meinem Wahlkreis berichten zu können: Am Universitätsklinikum Jena wurde bereits 2021 ein Post-Covid-Zentrum eingerichtet, in dem die unterschiedlichen medizinischen Disziplinen gemeinsam an diesem Thema forschen und gleichzeitig Betroffenen helfen.

Darüber hinaus entsteht auch ein Register, in welchem das Spektrum und die Verläufe von Post-Covid-Symptomen systematisch erfasst werden. Hier eine evidenzbasierte Datengrundlage zu schaffen, wird für zukünftige Forschungsvorhaben von enormer Bedeutung sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

- (B) Die Bundesregierung hat mit ihrer Antwort auf die vorliegende Große Anfrage eine Vielzahl von Ansätzen dargelegt, wie auch sie sich dieser Thematik aus vielen Richtungen nähert; über die Finanzvolumina wurde bereits berichtet. Und ja, auch in Zeiten knapper Kassen sollten wir schauen, inwieweit wir hier in den kommenden Jahren weitere Mittel zur Verfügung stellen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich noch sagen: Gerade mit Blick auf das neu beschlossene Gesundheitsdatennutzungsgesetz sowie das Forschungsdatengesetz habe ich die Hoffnung, dass insbesondere bei Krankheiten, die wir als Long Covid zusammenfassen und die in der Differenzialdiagnostik so schwierig sind,

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Richtig! Sehr richtig!)

auch durch die Anwendung neuer Technologien wie der künstlichen Intelligenz signifikante Fortschritte erzielt werden können.

Wir alle hier im Saal sind uns der Bedeutung dieses Themas bewusst und möchten für die Betroffenen und ihre Familien, dass Methoden und Therapien entwickelt werden, die die pandemiebedingten Folgen im Idealfall völlig verschwinden lassen oder aber zumindest so weit abmildern, dass ihre Lebensqualität weitestgehend wiederhergestellt wird.

Daran sollten wir alle arbeiten. Das ist ein Auftrag für uns in diesem Haus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP) (C)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Andrej Hunko für die Gruppe BSW.

(Beifall beim BSW)

Andrej Hunko (BSW):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin der CDU/CSU dankbar für diese Große Anfrage, weil sie die drei wichtigen Krankheitsformen ME/CFS – Chronisches Erschöpfungssyndrom –, Long Covid – Langzeitfolgen einer Coronainfektion –, aber eben auch Post-Vac – Impfn Nebenwirkungen – umfasst und hier auf bessere Datengrundlage und bessere Forschung drängt. Und das ist auch richtig so; denn alle drei müssen ernst genommen werden.

(Beifall beim BSW)

Es ist schon erschütternd, wenn in der Antwort der Bundesregierung zum Thema Post-Vac, also Impfn Nebenwirkungen, gesagt wird: Hier liegen keine validen Datengrundlagen vor. – Das darf nicht sein; denn auch diese Impfn Nebenwirkungen müssen ernst genommen werden und dürfen nicht einfach unter Long Covid subsumiert werden,

(Beifall beim BSW)

wie etwa bei dem baden-württembergischen Bürgermeister Frank Wittendorfer, der sich jetzt mit 41 Jahren dauerhaft arbeitsunfähig melden musste, da er nach der Auffrischung so schwer erkrankt war, dass er seinen Dienst nicht mehr antreten konnte. Es wurde zunächst als Long Covid eingestuft. Jetzt ist klar: Das hat mit der Impfung zu tun. Solche Fälle gibt es leider viel zu viele, und sie müssen ebenso Teil einer wissenschaftlichen Erforschung sein.

(Beifall beim BSW sowie des Abg. Martin Sichert [AfD] – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind sie! Sie müssen doch schon zur Kenntnis nehmen, was geforscht wird!)

Im Übrigen habe ich schon den Eindruck – das hat auch die Debatte hier ein bisschen gezeigt –, dass das Thema Post-Vac nicht die gleiche Aufmerksamkeit bekommt. Ich glaube, das hat vielleicht damit zu tun, dass der jetzige Gesundheitsminister am Anfang ausgeschlossen hat, dass es Nebenwirkungen gibt.

Ich bin auch der Meinung, dass wir eine Coronaaufarbeitung brauchen, wie es sie auch in anderen europäischen Ländern gibt,

(Zuruf von der AfD: Hört! Hört!)

unabhängig von parteipolitischen Profilierungen und ideologischen Scheuklappen.

Vielen Dank.

(D)

Andrej Hunko

- (A) (Beifall beim BSW – Ruppert Stüwe [SPD]:
Und unabhängig von der Gesundheitsfor-
schung zu Post-Vac!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Thomas Jarzombek für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Jarzombek (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Postvirale Erkrankungen und ME/CFS sind ein großes Problem in Deutschland, und es gibt viele Betroffene.

(Zuruf der Abg. Maria Klein-Schmeink
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will Ihnen an dieser Stelle sagen: Wir sind bei diesem Thema nicht neutral; wir sind selber betroffen. Ein toller Mitarbeiter in unserem Team hatte im vorletzten Jahr Covid, wie viele bei uns, und wir haben gesagt: Gut, dann mach mal eine Woche Pause! – Und dann merkten wir: Irgendwas war bei ihm anders, und das ging auch nicht weg.

Ich habe erlebt, wie viel Hoffnung er hatte; er hat geglaubt, man kann sich wieder zurückkämpfen. Der Mann ist in den besten Jahren. Er ist Vater von zwei Kindern, hat einen tollen Job bei uns gemacht, ist Leistungsträger in unserer Gruppe, und bis heute leidet er sehr an den Symptomen von Long Covid.

- (B) Deshalb kann ich Ihnen nur sagen: Es trifft Leute sehr unvermittelt. Und es trifft auch diejenigen, die eigentlich glauben, sie seien fit, leistungsstark und sie ließen sich nicht so leicht erschüttern.

(Dr. Marc Jongen [AfD]: Die geimpft sind! –
Gegenruf des Abg. Stephan Albani [CDU/
CSU]: Das ist unverschämt! Das ist Quatsch! –
Gegenruf des Abg. Martin Sichert [AfD]: Das
ist die Realität! – Gegenruf des Abg. Stephan
Albani [CDU/CSU]: Quatsch!)

Deshalb glaube ich: Wir sind all denen, die unter postviralen Erkrankungen leiden, schuldig, dass wir hier etwas tun und dass wir auch mehr tun.

Ich will das erst mal sehr anerkennen, dass auch die Betroffenen trotz der Schwere ihrer Erkrankungen so kämpfen, wie auch hier heute vor dem Reichstag. Ich will anerkennen, dass in der Forschung Leute so engagiert sind wie Frau Professor Scheibenbogen oder Herr Professor Schieffer, die hier so viel tun.

Aber es geht nicht nur um Versorgung, sondern wir müssen auch in der Forschung mehr tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn wir wissen und verstehen nicht genau, wie die Zusammenhänge sind und was man tun kann und tun muss. Deshalb ist es an dieser Stelle so wichtig, dass wir mehr

für Forschung machen. Denn wir müssen den Betroffene- (C)
nen ein positives Signal senden. Wir müssen das Licht am
Ende des Tunnels heller machen; es darf nicht dunkel
bleiben. Das ist es, worauf es ankommt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Frau Bundesministerin Stark-Watzinger, ich glaube, das ist das, was die Betroffenen auch von Ihnen erwarten. Hier wäre heute eine gute Gelegenheit gewesen, dass Sie klar zeigen: Ich stehe an eurer Seite, und wir machen was; wir machen auch mehr.

Mein Eindruck ist – bitte widerlegen Sie den! –: Wir mussten Sie hier zu oft zum Jagen tragen. Wir hatten eine Diskussion im Ausschuss, die relativ leer war, und wir haben es dann am Ende durch den gemeinsamen Druck – und da danke ich auch den Abgeordneten der Regierungskoalition – geschafft, dass zumindest ein bisschen mehr Mittel kommen. Aber: 4,2 Millionen Euro in diesem Jahr, 10,5 Millionen Euro im nächsten Jahr – das sind Mittel, mit denen Sie am Ende zwei Projekte machen können.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Insgesamt 200 Millionen in den
nächsten Jahren! – Stephan Albani [CDU/
CSU]: Forschung! Es geht um Forschung von
ME/CFS!)

Das ist entschieden zu wenig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abge-
ordneten der Linken)

Deshalb müssen wir tatsächlich das Thema hier plat- (D)
zieren. Sie müssen den Betroffenen zeigen, dass Sie sie
verstehen und dass Sie mehr tun. Dafür kämpfen wir
weiter; denn ohne den Druck des Parlaments wird es nicht
gehen. Und den garantieren wir Ihnen weiterhin.

(Beifall bei der CDU/CSU – Kordula Schulz-
Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unver-
schämt!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Vielen Dank. – Ich schließe die Aussprache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn viele von Ihnen angekündigt haben, sich dieses Themas am heutigen Tage auch noch an einem anderen Ort anzunehmen, was natürlich richtig ist, sind wir heute am Schluss unserer Tagesordnung angekommen.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 20. März 2024, 13 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen alles Gute bis dahin und danke auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns so sicher durch diese Woche begleitet haben.

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 13.19 Uhr)

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)**Anlage 1****Entschuldigte Abgeordnete**

Abgeordnete(r)		Abgeordnete(r)	
Andres, Dagmar	SPD	Müller, Bettina	SPD
Auernhammer, Artur	CDU/CSU	Naujok, Edgar	AfD
Bachmann, Carolin	AfD	Nietan, Dietmar	SPD
Bilger, Steffen	CDU/CSU	Özdemir, Cem	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Bochmann, René	AfD	Paus, Lisa	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Brandenburg (Südpfalz), Mario	FDP	Petry, Christian	SPD
Christmann, Dr. Anna	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Pohl, Jürgen	AfD
Chrupalla, Tino	AfD	Polat, Filiz	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Dağdelen, Sevim	BSW	Rohde, Dennis	SPD
De Ridder, Dr. Daniela	SPD	Schäfer, Jamila	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Ehrhorn, Thomas	AfD	Schauws, Ulle	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Engelhard, Alexander	CDU/CSU	Schenderlein, Dr. Christiane	CDU/CSU
(B) Ferschl, Susanne	Die Linke	Schmidt, Eugen	AfD
Göring-Eckardt, Katrin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Schreiner, Felix	CDU/CSU
Gutting, Olav	CDU/CSU	Seitz, Thomas	AfD
Hardt, Jürgen	CDU/CSU	Stark-Watzinger, Bettina	FDP
Hilse, Karsten	AfD	Teuteberg, Linda	FDP
Hönel, Bruno	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Theurer, Michael	FDP
Hoppenstedt, Dr. Hendrik	CDU/CSU	Ulrich, Alexander	BSW
in der Beek, Olaf	FDP	Weidel, Dr. Alice	AfD
Janich, Steffen	AfD	Weingarten, Dr. Joe	SPD
Jongen, Dr. Marc	AfD	Weishaupt, Saskia (gesetzlicher Mutterschutz)	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Kaufmann, Dr. Stefan	CDU/CSU	Weiss, Maria-Lena	CDU/CSU
Kindler, Sven-Christian	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Weyel, Dr. Harald	AfD
Lange, Ulrich	CDU/CSU	Wissing, Dr. Volker	FDP
Lenders, Jürgen	FDP	Witt, Uwe	fraktionslos
Machalet, Dr. Tanja	SPD		
Moncsek, Mike	AfD		

(D)

(A) Anlage 2**Amtliche Mitteilungen ohne Verlesung**

Die folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass sie gemäß § 80 Absatz 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absehen:

Rechtsausschuss

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Sonderbericht der Bundesregierung – Bessere
Rechtsetzung und Bürokratieabbau in der 20. Le-
gislaturperiode**

Drucksache 20/9000

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

- Unterrichtung durch die Nationale Stelle zur Ver-
hütung von Folter

Jahresbericht 2022

Drucksache 20/7660

**Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfol-
genabschätzung**

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht über die Verwendung der 2022 in den Lan-
deshaushalten freigewordenen BAföG-Mittel**

Drucksachen 20/7113, 20/7293 Nr. 19

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Dreiundzwanzigster Bericht nach § 35 des Bundes-
ausbildungsförderungsgesetzes zur Überprüfung
der Bedarfssätze, Freibeträge sowie Vomhundert-
sätze und Höchstbeträge nach § 21 Absatz 2**

Drucksache 20/9870

**Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung**

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Transformationsbericht der Bundesregierung zu
internationaler Verantwortung und Zusammen-
arbeit – Herausforderungen und Wege der Trans-
formation**

Drucksachen 20/7790, 20/8267 Nr. 1.10

**Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union**

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Fünfter Bericht der Bundesregierung zum Auf-
bauinstrument „Next Generation EU“**

Drucksachen 20/8750, 20/9243 Nr. 1.3

Ausschuss für Kultur und Medien

- Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Eckpunkte zur Einrichtung eines Zukunftszen- (C)
trums für Deutsche Einheit und Europäische
Transformation****Drucksache 20/1764**

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden Uni-
onsdokumente zur Kenntnis genommen oder von einer
Beratung abgesehen hat.

Petitionsausschuss

Drucksache 19/910 Nr. A.1
EP P8_TA-PROV(2017)0449
Drucksache 19/910 Nr. A.2
EP P8_TA-PROV(2017)0502
Drucksache 19/7505 Nr. A.1
EP P8_TA-PROV(2018)0531
Drucksache 19/8458 Nr. A.1
EP P8_TA-PROV(2019)0114
Drucksache 19/17195 Nr. A.1
EP P9_TA-PROV(2020)0016
Drucksache 19/27086 Nr. A.1
EP P9_TA-PROV(2020)0383
Drucksache 19/28621 Nr. A.1
EP P9_TA-PROV(2021)0082

Auswärtiger Ausschuss

Drucksache 20/10143 Nr. A.2
EP P9_TA(2023)0463
Drucksache 20/10143 Nr. A.3
Ratsdokument 15986/23
Drucksache 20/10143 Nr. A.4
Ratsdokument 16743/23
Drucksache 20/10143 Nr. A.5
Ratsdokument 16752/23
Drucksache 20/10143 Nr. A.6
Ratsdokument 16863/23
Drucksache 20/10143 Nr. A.7
Ratsdokument 16865/23
Drucksache 20/10143 Nr. A.8
Ratsdokument 17031/23

Wirtschaftsausschuss

Drucksache 20/5893 Nr. A.7
Ratsdokument 5933/23
Drucksache 20/6087 Nr. A.4
EP P9_TA(2023)0053
Drucksache 20/6624 Nr. A.3
Ratsdokument 7551/23
Drucksache 20/6624 Nr. A.4
Ratsdokument 7568/23
Drucksache 20/6624 Nr. A.6
Ratsdokument 7613/23

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Drucksache 20/10143 Nr. A.16
Ratsdokument 15864/23

Verkehrsausschuss

Drucksache 20/9842 Nr. A.11
Ratsdokument 15200/23

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Drucksache 20/9261 Nr. A.23
Ratsdokument 13215/23
Drucksache 20/9620 Nr. A.15
Ratsdokument 14710/23
Drucksache 20/10143 Nr. A.30
EP P9_TA(2023)0461

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Drucksache 20/9620 Nr. A.19
Ratsdokument 14712/23
Drucksache 20/9620 Nr. A.20
Ratsdokument 14718/23

(B)**(D)**

